FRANKFURT A./M.

IM

SCHMALKALDISCHEN KRIEGE.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG

DER

PHILOSOPHISCHEN DOCTORWÜRDE

AN DER

KAISER-WILHELMS-UNIVERSITÄT STRASSBURG

VON

DR. PAUL COLLISCHONN.

STRASSBURG.
VERLAG VON KARL J. TRÜBNER.
1890.

G. Otto's Hof-Buchdruckerei in Darmstadt.

Die folgenden Blätter versuchen vor allem, zur Kenntniss der inneren Geschichte der Katastrophe des Protestantismus beizutragen. Ein günstiges Geschick hat neben Rathsprotokollen und Bürgermeisterbüchern fast die gesammte politische Korrespondenz Frankfurts aus der Zeit des schmalkaldischen Krieges der Nachwelt überliefert. So wird es möglich, die politische Haltung dieses Bundesgliedes während aller Stadien des Krieges und unter den verschiedensten Verhältnissen eingehend zu beobachten. Aber auch für das Verständniss der kriegerischen Ereignisse gewinnt die Geschichte der Stadt durch ihren Antheil an der Aktion gegen das bürensche Korps eine hervorragende Bedeutung. Indem ich mich bestrebte, ein reiches und werthvolles Material dem Interesse der allgemeinen Geschichte dienstbar zu machen, war es mir besonders lieb, zur Aufhellung der Vergangenheit meiner Vaterstadt thätig sein zu dürfen.

Allen denen, die mich bei der Arbeit unterstützten, sage ich meinen besten Dank: den Verwaltungen der Kaiserl. Universitäts- und Landesbibliothek und des Stadtarchivs zu Strassburg, der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs zu Frankfurt a. M. Ganz besonders fühle ich mich verpflichtet: Herrn Stadtarchivar Dr. Rudolph Jung zu Frankfurt der mich auf mein Thema hinwies und mir fortwährend in der liebenswürdigsten Weise zur Seite stand, und meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Hermann Baumgarten zu Strassburg, dessen Theilnahme und unschätzbarer Rath mich auch bei dieser Arbeit stets begleitete.

INHALT.

Einleitung S. 1—21. Karl V. und die Protestanten vor dem Kriege S. 1 ff. — Frankfurt und die Reformation bis Frühjahr 1546 S. 16 ff.

Vom Beginne der kriegerischen Bewegungen bis zum Anmarsche Bürens S. 21—38. Erste kriegerische Nachrichten S. 21 ff. — Thätigkeit des Rathes S. 25 ff. — Besorgnisse, Landgraf und Oberländer S. 30 ff. — Bemühungen um Vermittlung und nichtbündische Reichsstädte S. 34 ff. — Bundeskriegssteuer S. 37 ff.

Sperrung des Rheinüberganges und Flucht von Kastel S. 39—48. Gefahr und Unentschlossenheit S. 39 ff. — Besetzung des Rheinufers S. 42 ff. — Mangel an Einheit und Wachsamkeit S. 46. — Bürens Rheinübergang S. 47.

Frankfurter Verhältnisse S. 48—54. Rath und Klerus S. 49 ff. — Katastrophe S. 51 ff. — Geldnöthe S. 53 ff.

Nach der Flucht von Kastel S. 56—62. — Militärische Situation S. 56 ff. — Bürens Weitermarsch S. 59 ff.

Stille Zeiten S. 62—72. Geldsorgen S. 62 ff. — Auflösung des Bundesheeres S. 66. — Vermittlungsantrag S. 67. — Beginnende Umwandlung der Gesinnung des Rathes S. 67 ff.

Der Abfall vom Bunde S. 72—88. Berathungen S. 72 ff. — Annäherung Bürens, Anerbieten des Landgrafen S. 77. — Gesandtschaft an den Kaiser S. 78. — Berechtigung der Argumente gegen Fortsetzung des Widerstandes S. 79 ff. — Verhandlungen mit Büren S. 81 ff.

Die Folgen S. 88—101. Zustände in der Stadt S. 88 ff. — Erfolg der Gesandtschaft an den Kaiser S. 94 ff. — Messfreiheit und Kriegsentschädigung S. 96 ff. — Entfernung der Besatzung S. 98 ff. — Einfluss der Katastrophe auf die politische Entwicklung Frankfurts S. 101.

Anlagen S. 102—108. I. Bekanntmachung des Rathes an die Bürgerschaft beim Ausbruche des Krieges S. 102. — II. Rath von Nürnberg an den Rath von Frankfurt d. d. 1. Juli 1546 S. 103. — III. Bericht Oigers von Melem über seine Audienz bei dem Landgrafen von Hessen d. d. 18. Juli 1546 S. 104. — IV. Der Ausschuss des Frankfurter Rathes an die 13 von Strassburg d. d. 25. August 1546 S. 105. — V. Frankfurt an Braunschweig d. d. 23. August 1546 S. 107.

ABKÜRZUNGEN.

Seckendorf = Seckendorf, commentarius de lutheranismo. 1642.
Neudecker, Akten = Neudecker, merkwürdige Aktenstücke aus dem Zeitalter der Reformation.
Neudecker, Urkunden = Neudecker, Urkunden aus der Reformationszeit.
Rommel = Rommel, Philipp der Grossmüthige, Landgraf von Hessen.
Lenz = Lenz, Briefwechsel Landgraf Philipps des Grossmüthigen von Hessen mit Buzer.
Quellen = Quellen zur Frankfurter Geschichte.
St. pap. H. VIII. = State papers. King Henry VIII.
Fr. St. A. RSN. = Frankfurter Stadtarchiv Reichssachen Nachträge.
Str. St. A. = Strassburger Stadtarchiv.
R. A. = Reichstagsakten.
R. Pr. = Frankfurter Rathsprotokoll.
BB. = Frankfurter Bürgermeisterbuch.

Als Karl V. im Jahre 1521 zu Worms das Todesurtheil gegen die deutsche Ketzerei ausfertigen liess, ahnte Niemand, dass derselbe Herrscher gegen Ende seiner Regierung mit den Lutherischen um die Existenz werde kämpfen müssen.[1] 25 Jahre stand die Exekution des Wormser Edikts hinter den grossen politischen Kämpfen des Kaisers zurück. Die persönlichen religiösen Anschauungen Karls änderten sich während jener ganzen Zeit zwischen 1521 und 1546 niemals, seine äusseren Beziehungen zu den Protestanten erfuhren grosse Wandlungen. Unter dem Einflusse der erbitterten italienischen Kämpfe, der antihabsburgischen Politik mächtiger katholischer Reichsfürsten, der furchtbaren Türkennöthe näherte sich der Kaiser gegen das Jahr 1544 hin mehr und mehr den evangelischen Ständen. Aber diese unnatürliche Freundschaft musste dem ersten politischen Umschwunge zum Opfer fallen. So geschah es, dass in dem Momente, wo die Protestanten Frankreich, ihren Retter aus so mancher Noth, dem Kaiser zu Liebe preisgaben, mit einem Male der Kampf gegen eben diese dienstwilligen Ketzer den Augen Karls als das wichtigste, unbedingt nothwendige politische Ziel erschien. Und in der That durfte einen Monarchen, der wie Karl in der Erhaltung der universalen Kirche ein

[1] Die Einleitung beruht wesentlich auf: Baumgarten, Karl V. und die deutsche Reformation, Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 1889. — Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. — Baumgarten, Zur Geschichte des schmalkaldischen Krieges, historische Zeitschrift Bd.36, 26 ff. - Lenz, Die Kriegführung der Schmalkaldener, historische Zeitschrift Bd. 49, 385 ff.

fundamentales Bedürfniss seiner universalen Herrschaft erkannte, die zunehmende Ausbreitung der neuen Lehre in Europa, in seinen eigenen Reichen, mit der schwersten Sorge erfüllen.

Das letzte Dezennium hatte Rom einen Verlust über den andern gebracht. In England, Dänemark, Schweden triumphirte die Ketzerei. In Deutschland bildete der Bund der Protestanten bereits die grösste politische Macht. Mit jedem Tag schien die neue Lehre dem völligen Siege näher zu rücken. Der Norden konnte seit dem Uebertritte Brandenburgs, des herzoglichen Sachsens, der Vertreibung des Herzogs Heinrich von Braunschweig kein bedeutendes katholisches Territorium unter weltlichem Herrn mehr aufweisen; am Rhein zeigte der Kurfürst von der Pfalz starke Neigungen zum Abfall; im Süden fluthete aus Württemberg und den Reichsstädten immer wieder das Gift der Ketzerei nach den umliegenden katholischen Landschaften hinüber, gerade in den österreichischen Erblanden fand es die bereiteste Aufnahme. Nichts aber beängstigte den Kaiser mehr als die Bemühungen des Kurfürsten von Köln, sein Erzbisthum in ein protestantisches Fürstenthum zu verwandeln. Wenn Hermann von Wied sich als weltlicher Herr behauptete, so verloren nicht nur die Katholiken die Majorität im Kurfürstenkolleg und die Habsburger ihre sichere Stellung im Reiche, sondern es war auch zu befürchten, dass dieses Beispiel an andern Kirchenfürsten Nachahmer finden und die Niederlage Roms sich vollenden werde. Mindestens ebenso mächtig wie der Ausblick auf diese grossen Konsequenzen ergriff den Kaiser ein mehr persönliches Moment: Die Aufrichtung eines protestantischen Territoriums an der Grenze der Niederlande schien es ihm fast unmöglich zu machen, diese seine Lieblingslande gegen eine neue beständige Invasion ketzerischer Ideen dem Katholizismus zu erhalten, ein Gedanke, welcher dem Kaiser völlig unerträglich war.

Karl erkannte, dass die Entscheidung über die religiösen Dinge zur Existenzfrage für ihn geworden sei. Auf welchem Wege dieselbe auch immer gefunden werden mochte,

ob durch theologische Disputationen, ob durch Diplomatie und Krieg, so viel war klar, dass nur die Konzentration aller seiner Kräfte und Hülfsmittel Aussicht auf eine Lösung, wie er sie wünschte, eröffnen könne. Dies setzte unbedingt voraus, dass Karl sich aus allen europäischen Händeln zöge und Unterstützungen der Evangelischen durch Frankreich oder England unmöglich mache. Schon der erste bedeutende Schritt, durch welchen sich die veränderte politische Auffassung des Kaisers kundgab, hatte nach beiden Seiten grosse Wirkung. Indem Karl plötzlich den Feldzug gegen Franz I. abbrach, gewann er freie Verfügung über die Kräfte, welche seither der französische Krieg in Anspruch genommen hatte und bewog zugleich seinen Rivalen durch sehr günstige Bedingungen im Frieden von Crespy ausdrücklich auf jede Unterstützung der deutschen Ketzer zu verzichten. Aber Karl besass noch einen anderen furchtbaren Gegner. Die grossen osteuropäischen Besitzungen der Habsburger waren keinen Augenblick vor den schrecklichen Anfällen der Osmanen sicher. Es musste unbedingt hier ein Abkommen getroffen werden, welches wenigstens für die nächste Zeit türkische Raubzüge fernhielt. Nach langen demüthigenden Verhandlungen wurde der Sultan bewogen, dem Kaiser im Herbst 1545 gegen schmachvolle Bedingungen einen fünfjährigen Waffenstillstand zu gewähren.

Ehe jedoch diese diplomatische Thätigkeit allenthalben ihr Ziel erreicht hatte, galt es, darüber schlüssig zu werden, ob man sich nochmals auf theologische Verhandlungen einlassen oder gleich mit dem Schwerte gegen die Ketzer vorgehen wolle. Der Kaiser ging mit der ganzen Umsicht, welche eine gereifte politische Erfahrung verleiht, und der ganzen Gründlichkeit, die seiner Natur eignete, zu Rathe. Das Ergebniss war, dass er nochmals den Weg friedlicher Vergleichung betrat. Freilich behandelte er jetzt im Frühjahre 1545 auf dem Reichstage zu Worms die religiösen Dinge in einem ganz anderen Geiste als vor dem letzten französischen Feldzuge. Damals hatte er zu Speyer die Evangelischen nichts als Versöhnlichkeit spüren lassen, die

Erfüllung ihrer sehnlichsten Wünsche wurde ihnen in Aussicht gestellt. Jetzt war von alledem keine Rede mehr. Der Kaiser verlangte, sie sollten das tridentinische Konzil beschicken und sich den Beschlüssen desselben unterwerfen. Nichts kam ihnen unerwarteter als ein solches Ansinnen. Hatte doch Karl selber im Jahre zuvor versprochen, nur ein „gemein frei christlich" Konzil über die religiöse Frage entscheiden zu lassen. Solchen Charakter aber konnte selbst ein Unbetheiligter dieser vom Papste berufenen, auf italienischem Boden tagenden Versammlung schwerlich zuerkennen. Selbstverständlich lehnten die Protestanten die Betheiligung an dem Konzil rundweg ab. Ein Vermittelungsversuch des Pfalzgrafen war bei der Schärfe der Gegensätze ohne jeden Erfolg.

Karl überzeugte sich davon, dass die Protestanten ebenso fest auf ihrer Meinung beharrten, wie er auf der seinigen. Einen Augenblick schwankte er noch, ob er zum Äussersten greifen solle, dann ward er innerlich ganz fest: Der Krieg war ihm fortan beschlossene Sache. Es handelte sich für ihn nur noch darum, denselben unter möglichst günstigen Verhältnissen, d. h. nach Vollendung umfassender diplomatisch-militärischer Vorbereitungen zu beginnen. Nicht ohne Bewunderung wird man die gesammte politische Thätigkeit, welche Karl in der bis zum Ausbruche des Krieges noch verfliessenden Zeit entfaltete, beobachten können. Was eine Partei an Umsicht, Klugheit, Energie aufbieten kann, um sich im Voraus des Sieges im kommenden Entscheidungskampfe zu versichern, scheint Karl, der Beherrscher eines der grössten kraftvollsten Reiche, welche die Weltgeschichte kennt, zur Vorbereitung des Krieges gegen die deutschen Protestanten aufzubieten. Selbst wenn man weiss, dass er in der Täuschung seiner Gegner, in der Geheimhaltung seines Entschlusses die Grundvoraussetzung seines Aktionsplanes und damit eine der wesentlichsten Aufgaben seiner Politik erblickte, begreift man kaum, wie es ihm gelingen konnte, für die Ausführung seiner Zurüstungen ein ganzes Jahr Zeit zu gewinnen. Zweierlei kam ihm dabei sehr zu statten: Einmal der geringe Scharf-

blick seiner Gegner, ganz besonders aber das Schicksal, welches bis dahin über der Behandlung der religiösen Frage gewaltet hatte.

Wie oft war nicht die kaiserliche Regierung den Protestanten noch feindseliger entgegengetreten als auf diesem Wormser Reichstage; wie hatte nicht immer die Gestaltung der grossen europäischen Verhältnisse die Ausführung ihrer Absicht verhindert! Ein Jahr, ein Reichstag hatte dem anderen die religiöse Frage ungelöst überliefert. War es demnach etwas Ungewöhnliches, konnte es Verdacht erwecken, dass der Kaiser trotz der hervorgetretenen Differenzen auch diesmal am Schlusse des Reichstages verkündigen liess, er werde die Stände im kommenden Jahre zur Fortsetzung der Verhandlungen einberufen und zuvor nochmals eine Theologenversammlung mit der Erörterung der religiösen Streitpunkte betrauen? Der Kaiser erwartete bestimmt, dass die Protestanten trotz seines veränderten Auftretens die Redlichkeit seiner friedlichen Anordnungen nicht bezweifeln und keinerlei direkt kriegerische Absichten bei ihm voraussetzen würden.

Und wie verhielten sich thatsächlich die Protestanten dem Gebahren des Kaisers gegenüber? Bemerkten sie gar nichts von den Veränderungen, welche draussen in der grossen Welt vor sich gingen? Sahen sie nicht, wie der Kaiser seine europäischen Händel beilegte, wie die Fortdauer des englisch-französischen Krieges ihn bei der Behandlung der deutschen Verhältnisse von jeder Rücksicht auf auswärtige Gegner entband? Keineswegs. In manchen klar blickenden Protestanten hatte schon der eilige Abschluss des Friedens von Crespy Argwohn geweckt und die Bedeutung des englisch-französischen Krieges wurde so allgemein gewürdigt, dass der schmalkaldische Bund von Worms eine Gesandtschaft abordnete, um Frieden zwischen den beiden Mächten zu vermitteln. Noch weit lebhaftere Sorge hatte das Vorgehen des Kaisers gegen den Kölner Erzbischof erzeugt. Wie verschieden sonst die Zeichen der Zeit, selbst innerhalb des schmalkaldischen Bundes, beurtheilt werden mochten, die grosse Bedeutung der kölnischen

Sache, die Verpflichtung aus allgemein protestantischem Interesse diesen Glaubensgenossen zu unterstützen, ward allseitig empfunden. Sollte in dieser Angelegenheit irgend etwas ausgerichtet werden, so musste der Bund vor allem in sich und womöglich mit den übrigen Protestanten einig sein. Davon liess sich eher das Gegentheil spüren.[1]

Die deutschen Stände waren so wenig gewöhnt, den eigenen Vortheil für die Gesammtheit oder für höhere allgemeine Zwecke zu opfern, dass es ihnen selbst bei redlichem Willen recht schwer fiel, gemeinsame Interessen gemeinsam zu verfolgen. Dieses tiefe Niveau, auf welchem die politische Bildung der Deutschen stand, machte sich im schmalkaldischen Bunde doppelt fühlbar. Denn die verschiedensten Interessenkreise: Fürsten und Städte, Nord- und Süddeutsche, waren in ihm vereinigt. Selbstverständlich kamen bei fast allen wichtigeren Fragen, welche an den Bund herantraten, neben religiösen auch politische Interessen ins Spiel. Jeden Augenblick drohten innere Collisionen und Differenzen dem Wirken des Bundes hemmend in den Weg zu treten. So erzeugte der ganze braunschweigische Handel eine tiefe Verstimmung der süddeutschen Städte gegen die Bundeshäupter, den Landgrafen von Hessen und den Kurfürsten von Sachsen;[2] auch die Herzöge von Württemberg, Zweibrücken, Pommern, der Markgraf Hans von Brandenburg hielten sich in dieser Angelegenheit abseits. Dagegen fanden jene beiden Fürsten die Zähigkeit, mit der die Städte ihren Standpunkt behaupteten, häufig unerträglich; von Unmuth überwältigt, wünschten sie sich dann wohl ihrer leitenden Stellung ledig.[3] Dazu erwuchsen aus der Unnatur des Doppelregimentes nur zu leicht verdriessliche Reibereien zwischen den grundverschiedenen Charakteren des leicht erregten thatenlustigen, unbeständigen Landgrafen und des gewissenhaften, schwerfälligen,

[1] Seckendorf III, sectio 31 § 121 pag. 553.

[2] Lenz II, 94 ff., besonders 218, 219, 220 ff. Neudecker, Akten 431 ff. 472. Rommel I, 471. Seckendorf III, sectio 31 § 121.

[3] Lenz II, 350, 405. Seckendorf, lib. III, sectio 25 § 105.

kleinlich-bedenklichen Kurfürsten. Diese Verstimmungen der Mitglieder gegeneinander, diese in den Verhältnissen des Bundes begründeten Schwierigkeiten waren auch in den Wormser Verhandlungen[1] der Schmalkaldener scharf hervorgetreten und liessen befürchten, dass der Bund mit dem Ablauf des alten Vertrages im Frühjahr 1547 sein Ende finden werde. Da wurde als Gegengewicht gegen diese Einflüsse gerade während des Wormser Reichstages in protestantischen Kreisen das Gefühl wieder einmal wach, wie bedenklich es doch eigentlich immer um ihre Sicherheit stehe, wie nöthig sie es hätten, gegen Bedrückungen von Glaubensgenossen auf der Hut zu sein, wie nur fester Zusammenhalt sie schützen könne.

In Erwägung dieser Verhältnisse ordnete der Bund für den kommenden Dezember eine Zusammenkunft seiner Mitglieder an, zu welcher auch nichtbündische protestantische Stände eingeladen werden sollten. In Frankfurt, welches zum Versammlungsorte ausersehen war, hoffte man nach gründlicher Berathung der Lage über gemeinsame Schritte einig zu werden. Ehe jedoch der Dezember herankam, schienen die Dinge für die Protestanten ein immer feindseligeres Ansehen zu gewinnen. Der Landgraf Philipp wenigstens und seine Freunde in den oberdeutschen Städten fühlten im Herbste des Jahres 1545 angesichts der türkischen Friedensverhandlungen, des immer schrofferen Vorgehens des Kaisers gegen den Erzbischof von Köln, sehr bedenklicher Nachrichten aus Venedig, Polen und Rom die Atmosphäre schwüler und schwüler werden. Allen Ernstes erwog der heissblütige Landgraf, ob man nicht gleich losschlagen und mit kühnem Stosse das Netz der gegnerischen Vorbereitungen zerreissen solle, ehe sich seine Maschen zusammenzögen.[2] Da versuchte plötzlich Herzog Heinrich von Braunschweig, sich durch einen Handstreich seines Landes wieder zu bemächtigen.[3] Ein solches Wagniss schien

---

[1] Seckendorf III, sectio 31 § 121.

[2] Lenz II, 362.

[3] Ende September 45.

nur durch die Aussicht auf fremde Unterstützung erklärlich; so sahen viele Protestanten darin einen Fühler der Pfaffenpartei, ein neues Glied in der Kette der Ereignisse, welche auf die nahe Entscheidung hindeuteten.

Unter dem Einflusse der geschilderten Dinge beriefen die Oberhauptleute des schmalkaldischen Bundes die protestantischen Stände beinahe drei Wochen früher nach Frankfurt, als ursprünglich beabsichtigt war.[1] Am 15. Dezember wurde der Bundestag unter aussergewöhnlich starker Betheiligung der Mitglieder eröffnet.[2] Drei hochpolitische Angelegenheiten: Erneuerung und Umgestaltung des Bundes, Gewinnung neuer Theilnehmer, Unterstützung des Erzbischofs von Köln harrten der Erledigung; auf's engste untereinander und mit der Sorge um die Zukunft überhaupt verknüpft, mussten sie Entscheidungen von ungeheurer Tragweite heraufführen. Die versammelten Protestanten waren nicht ohne Empfindung für die Wichtigkeit des Moments, die Grösse ihrer Aufgabe. Aber erstaunliche Unfähigkeit, die Verhältnisse der grossen Politik, die Zwangslage des universalen katholischen Kaisers zu erfassen und konsequent im Auge zu behalten, in schlimmem Bunde mit dem väterlichen Erbtheil einer kleinlichen, rücksichtslosen, in unglaublich schwerfälligen Formen wandelnden Interessenpolitik bannte die Blicke der meisten Stände unlösbar in den engen Kreis alltäglicher greifbarer Erwägungen und Entschlüsse. So wurde unklares Erkennen und halbes Wollen zum Nerv und Kennzeichen der Berathungen, der Beschlüsse.

---

[1] Die Frankfurter Verhandlungen, welche im Folgenden nur in Bezug auf die wesentlichsten Punkte skizzirt werden, denke ich an anderem Orte eingehender zu erzählen. Als Quellen dienten: Protokoll: Str. St.A. A.A. 537. Abschiede: Fr. St.A. RSN. 1545. Neudecker, Akten, Urkunden. Herberger, Schertlin v. Burtenbach. Lenz. Seckendorf. Varrentrapp, Hermann v. Wied.

[2] Vertreten waren: Sachsen, Hessen, Württemberg, Ernst von Braunschweig-Lüneburg, Anhalt, Mansfeld, Tecklenburg, Strassburg, Augsburg, Frankfurt, Konstanz, Ulm, Bibrach, Esslingen, Reutlingen, Hall, Heilbronn, Memmingen, Lindau, Kempten, Isny, Bremen, Hamburg, Goslar, Göttingen, Magdeburg, Braunschweig, Hildesheim, Hannover.

Als der Bund damit begann, über seinen Fortbestand und die Neugestaltung seiner Verfassung zu berathen, erkannten alle Mitglieder die Nothwendigkeit seiner Erhaltung an und betheuerten ihre Absicht, sich weiter daran zu betheiligen. Gleich darauf aber erhob sich eine solche Fluth von Klagen über die Lasten, welche er auferlegte, verhielten sich auch in Bezug auf wichtige Punkte der Verfassung die einen Stände so ablehnend gegen die Wünsche der anderen, dass die Schmalkaldener es vorzogen, die ganze Angelegenheit ruhen zu lassen und mit den nichtbündischen Protestanten die Berathungen wegen Kölns zu eröffnen. Dabei trug man sich mit der wunderlichen Hoffnung, wenn im Verlaufe dieser Verhandlungen die anderen Stände zum Eintritt in den Bund bewogen würden, möchten durch Vermehrung der Mitglieder die erwähnten Schwierigkeiten vermindert werden. Aber die beiden mächtigsten nichtbündischen Reichsfürsten, der Kurfürst von Brandenburg und Herzog Moritz von Sachsen, durch deren Anschluss die grössten Aussichten eröffnet worden wären, hatten ja nicht einmal Vertreter nach Frankfurt geschickt! Um so mehr muss man darüber erstaunen, dass die Anwesenden den Bitten des Erzbischofs ohne jeden Rückhalt willfahrten.[1] Sie verpflichteten sich nicht nur, die Sache desselben durch Gesandte bei Kaiser, Stadt, Kapitel und Universität von Köln zu vertreten, sie versprachen ihm auch Rath, Hilfe und Beistand, falls er mit Exekution bedroht würde. Als aber festgestellt werden sollte, wie viel Tausend Gulden jeder Stand im Bedürfnissfalle zur Unterstützung Kölns aufzuwenden habe, als eine Organisation geschaffen werden sollte, welche jenen allgemeinen Versprechungen realen Werth verliehen hätte, zeigte sich, wie wenig thatsächlich von der Bereitwilligkeit der Stände in der kölnischen, wie viel weniger noch in anderen protestantischen Angelegenheiten von nicht gleich allgemein anerkannter Bedeutung zu

[1] An diesen Verhandlungen waren ausser dem Bunde betheiligt: Köln, Münster, Wolfgang von Zweibrücken, Albrecht von Preussen, Nürnberg, Rotenburg, Dinkelsbühl, Kaufbeuern, Nordhausen.

erwarten sei. Die Mehrzahl der Gesandten verschanzte sich hinter der beliebten Erklärung, sie hätten keine Vollmacht zu solchen Beschlüssen und ging jeder bindenden Verpflichtung aus dem Wege. Zu wiederholten Malen versuchte Landgraf Philipp, die Stände aus ihrer Lethargie und engherzigen Befangenheit herauszureissen. Alle Vorstellungen über die Verderblichkeit halber Massregeln, die Gefahren der nächsten Zukunft, den Verlust an Prestige, welcher den Protestantismus treffen werde, wenn die Versammlung erfolglos verlaufe, blieben ohne Wirkung.

Auch als die von verschiedenen Seiten einlaufende Kunde, der Kaiser betreibe in den Niederlanden beträchtliche Rüstungen, wie aufflammendes Wetterleuchten die bevorstehende Bewegung des trüben politischen Himmels anzeigte, wies die Versammlung aller Protestanten die Anträge des Landgrafen auf Bewilligung einer gewissen Summe für militärische Vorsichtsmassregeln ab. Der Bund zeigte sich kaum williger, ein paar Tausend Gulden dem allgemeinen Interesse zu opfern. Die Stände hielten dafür, zu alledem sei auch später noch Zeit; man solle warten, bis man deutlicher sehe, wo die Dinge hinaus wollten und der Kaiser sich gegen ihre Gesandtschaft erklärt habe. Schliesslich gelang es aber doch, den Bund zur Aufwendung von 12,000 fl. zu bewegen. Die Schmalkaldener bekehrten sich also nach und nach zu einer ernsthafteren Auffassung der Lage. Man sollte meinen, sie hätten nun mit Hintansetzung berechtigter und unberechtigter Wünsche und Beschwerden die Erneuerung ihres Bundes ins Werk gesetzt. Allein das schien ein Ding der Unmöglichkeit; sofort tauchten die alten Schwierigkeiten auf, gleich hartnäckig wie früher behauptete jeder seinen Sonderstandpunkt. Es gelang nur festzustellen, welche Art von Bundessteuer den meisten Anklang finde; bis zum 1. März sollten sich die Stände über Annahme oder Ablehnung dieses Modus, des sogenannten gemeinen Pfennigs d. h. der Kopfsteuer, entscheiden und im April zu Worms die Bundeserneuerung zum Vollzuge bringen.

Die Frankfurter Versammlung war absolut unfähig, sich auf den Standpunkt zu schwingen, von dessen Höhe

aus allein Aufgaben von so ungemeiner Schwierigkeit und Bedeutung, wie die ihr gestellten, gelöst werden konnten. Und doch wies ein merkwürdiges Geschick gerade dieser Versammlung eine wesentliche Rolle in einer Angelegenheit zu, welche plötzlich auftauchend für die Stellung des Protestantismus, ja für den schmalkaldischen Bund selber höchst folgenreich werden konnte. Kurfürst Friedrich von der Pfalz äusserte die Absicht, die neue Lehre anzunehmen, er schien selbst zur Theilnahme am Bunde geneigt. Es gelang eine Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem Landgrafen ins Werk zu setzen. Friedrich betheuerte in Frankfurt, wo sich die Fürsten trafen, seinen Entschluss zum Religionswechsel, er versprach auf dem Reichstage mit den Protestanten Hand in Hand zu gehen und sicherte dem Erzbischof von Köln jede Unterstützung zu. Als er jedoch inne wurde, wie unerfreulich es um die Erweiterung, die inneren Zustände des schmalkaldischen Bundes bestellt war, hielt er mit einer entschiedenen Beitrittserklärung zurück. So kam auch diese Angelegenheit im wesentlichsten Punkte zu keinem befriedigenden Abschlusse.

Hatten zuerst Mangel an Opferfreudigkeit und Gemeinsinn den Bund veranlasst, sein eigenes Schicksal an die ungewisse Hoffnung auf Verstärkung von aussen zu knüpfen, so waren die nichtbündischen Protestanten gerade durch den prekären Zustand des Bundes vom Eintritt in denselben abgehalten worden. Erkenntniss der Nothwendigkeit für Köln aufzutreten bewog die Protestanten zu den weitgehendsten Versprechen. Und während sie sich nicht scheuten, eine Gesandtschaft abzuschicken, deren Erscheinen den ohnehin gegen die Protestanten erbitterten Kaiser in seinem Souveränitätsgefühl verletzen und zum Angriff provoziren konnte, sträubten sie sich hartnäckig auch nur den Verpflichtungen, welche sie im Kriegsfalle Köln gegenüber auf sich genommen hatten, einen realen, werthvollen Inhalt zu geben. Mit nicht mehr Konsequenz bewilligte der Bund, erschreckt durch eine Menge bedrohlicher Anzeichen, schliesslich eine wenn auch geringe Summe zur Einleitung der Mobilmachung, um gleichzeitig die Frage seines Fortbestan-

des in einem fast hoffnungslosen Zustande der Zukunft zu überweisen, gerade als ob man einer Zeit des tiefsten Friedens, der ungestörten Fortsetzung endloser Berathungen entgegengehe.

Wer vom Momente hingerissen nur der Schwächen der Protestanten gedenkt und sich dann des Gegners erinnert, dem wird der Ausgang des Kampfes im Voraus festzustehen scheinen. Auf's Genaueste unterrichtet über Gesinnung und Handlungen der zu Frankfurt Versammelten, hätte der Kaiser seinen Gegnern nicht sicherer das Verderben bereiten können, als er es nun that. Denn indem er jeden kriegerischen Angriff gegen die Protestanten weit von sich zu weisen schien, entzog er den schwachen Anfängen, welche sie gemacht hatten, sich in Vertheidigungszustand zu setzen, die einzig wirksam treibende Kraft der Furcht. Die beruhigende nichtssagende Antwort, welche der Kaiser der protestantischen Gesandtschaft auf ihre Anfrage wegen der Rüstungen zu Theil werden liess, wurde allgemein als Garantie des Friedens aufgefasst.[1] Nicht wenig trug dazu die loyale Gesinnung bei, welche die Deutschen ihrem Kaiser entgegenbrachten. Denn das Kaiserthum nahm durch die tief eingewurzelte Vorstellung von seiner Autorität und Würde in den Gemüthern der Deutschen trotz seiner traurigen Machtlosigkeit noch immer eine sehr bedeutende Stelle ein. Wenn so friedlichen Versicherungen aus kaiserlichem Munde leichtes Vertrauen entgegenkam, schien die Reise Karls zum Reichstage nach Regensburg vollends alle argwöhnischen Befürchtungen zu entkräften. Statt, wie man im Januar befürchtet, von einem Heere umgeben Köln mit Exekution bedrohend den Rhein herauf zu ziehen, ritt der Kaiser mit ganz geringem Gefolge mitten durch protestantische Landschaften.

Die Wirkung blieb nicht aus. Gegenüber der Beunruhigung, welche um die Jahreswende sich der protestantischen Stände bemächtigt hatte, trat jetzt ein gewisser Rück-

[1] Maurenbrecher, Karl V. und die deutschen Protestanten, pag. 99.

schlag ein.[1] Dass der Landgraf mit schärferem Blicke die Situation überschaute, dass er seit der Speyerer Unterredung mit Karl keineswegs beruhigt rastlos den Schlangengängen der kaiserlichen Politik nachspürte, änderte nichts an der Haltung seiner Glaubensgenossen. Sein Treiben und Drängen fand jetzt noch viel weniger Zugang bei ihnen als vorher in Frankfurt. So hatten es denn auch die Betheiligten mit der definitiven Erledigung der Fragen, ob der schmalkaldische Bund erneuert, und wie alle protestantischen Kräfte gegen einen Angriff auf das Evangelium organisirt werden sollten, durchaus nicht eilig. Der zu diesem Ende auf den 1. April nach Worms berufene Tag ging wegen zu schwachen Besuches beinahe ganz in die Brüche und führte zu keinerlei Entschlüssen.[2] Nur so viel erhellte aus den Besprechungen der Gesandten, dass die Einführung des gemeinen Pfennigs nicht durchzusetzen sei; dies hiess nach den bezüglichen Frankfurter Verhandlungen den einzig möglichen Weg zur Erhaltung resp. Erweiterung des Bundes abschneiden. Der Ablauf des alten Vertrages im März des kommenden Jahres stellte infolge dessen die Auflösung jedes politischen Bandes zwischen den deutschen Protestanten in sichere Aussicht. Wie mit Blindheit geschlagen trieben sie ihrem Geschicke entgegen. In dem Momente, wo nur der festeste Zusammenhalt Aller retten konnte, schickten sie sich an, jeder einzeln seinen Weg zu gehen. Ganz überraschend ereilte so die Katastrophe den Bund, welcher — einst mit Rücksicht auf eben diese Gefahr geschlossen — nun in den letzten Zügen lag. Kaum waren den Schmal-

[1] Ohne diese Annahme scheint mir unerklärlich: das weiter darzulegende Verhalten Frankfurts seit Mitte April; die Erfolglosigkeit des Wormser Tages; die Unbeweglichkeit der Protestanten auf dem Reichstage; die Angabe bei Holländer, Strassburg im schmalkaldischen Krieg p. 2, dass selbst Strassburg noch im Juni nichts von weiterer Reiterbestellung wissen wollte. — Wegen der Speyerer Unterredung vergl. Rommel II, 476, v. Druffel, Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts III, 1—25.

[2] Str. St.A. A.A. 543 enthält das Protokoll der Sitzungen vom 15. bis 23. April. Fr. St A. RSN. 1545 Abschied des Tages.

kaldener Gesandten auf dem Reichstage zu Regensburg über die bedrohliche Gestaltung der Verhältnisse die Augen aufgegangen, so dröhnte ihnen auch schon der Klang kaiserlicher Werbetrommeln in's Ohr. Zu Regensburg, welches sich aus einer Berathungsstätte des Reiches in ein Feldlager verwandelte, konnten sie an keine Erwägung gemeinsamer Schritte zur Vertheidigung denken; mit dem Gelöbnisse, in dem kommenden Kampfe treu beieinander auszuharren, verliessen sie die Stadt.[1] Völlig ungerüstet überraschte jetzt die Protestanten der Losbruch des Gewitters, welchen man im Frühjahr vergeblich erwartet hatte. Mit ihren ganzen Angelegenheiten stand es eher schlimmer wie damals. Ein Raub innerer Auflösung, durch keinen Vertrag der Hülfe anderer evangelischer Stände sicher, gefesselt an eine Verfassung, deren Unzuträglichkeiten Niemand bezweifelte, mochte dieser Bund dem Angreifer, der in ihm eine rein politische Vereinigung erblickte, nur zu sehr geringem Widerstande fähig scheinen.

[1] Fr. St.A. RSN. 1546. Kopie eines Briefes der hessischen Reichstagsgesandten an den Landgrafen d. d. 18. Juni: ... Nun haben wir E. f. G. dieser tagen geschrieben, und ist heut von den ständen widerumb erwogen, das inen keineswegs zu thun sein wöll, alhie von der gegenwehr zu rathschlagen oder von der mass und wegen zu der begegnung dieses furnemens zu reden. dann solte das alhie von gemeinen stenden bescheen und etwan ein brief niderlegen, so mocht man noch den hieigen reten und gesanten der stend trachten und sie bei den helsen, nemen, so wil es auch nit der weg sein, das man durch Ziffer und Charakteres diese ding schreiben konde, dann solte ein solch brief mit Ziffern und Charakteres geschrieben niderligen, so het man uns alhie alsbald zu zwingen, denselben brief zu transferieren, und darumb so ist von allen stenden fur gut angesehen, das wir den Churfursten und E. f. G. zu erkennen geben solten, das sie sich uf der ir gegenwertigen stend, rete und gesanten, so jetzt alhie bei einander sein, beratschlagung mit nichten verlassen. wiewol wir solichs mit grosser beschwerung thun und underlassen müssen und sonderlich in bedenkung unserer pflicht und anders. dweil wir aber alhie im gleidt ligen und obgemelter gefahr leibs und lebens zu erwarten haben, so ist fur gut angesehen E. Chur u. f. G. clerlich anzuzeigen, das wir allhie, da uns hend und füss gebunden sein, zu statlich beratschlagung nit kommen mogen ...

Wer dürfte den Kaiser tadeln, wenn er darauf rechnete, durch Verhüllung seines innersten Motives den Zusammenhang dieser losen Masse vollends zu sprengen? Aber zuerst misslang jene Täuschung und dann beseelte das kaum beachtete, seither schlummernde Grundprinzip die welken Glieder des siechenden Bundes mit ungeahnter Lebenskraft. Ohne Ausweg, ohne Wahl sahen sich die Stände vor der Alternative, entweder auf Kosten ihres Gewissens und ihrer Ehre die Sicherheit der materiellen Güter erwerben, oder Leib und Leben für Treue und Glauben in die Schanze schlagen zu müssen. Nur im ersten Augenblicke mochte hie und da der unerwartet plötzliche Ausbruch, die Grösse der Gefahr den Gemüthern die Haltung rauben; der Kaiser musste den Kampf mit der ganzen Macht des schmalkaldischen Bundes aufnehmen. Aber das Element, welches jene Beschlüsse herbeiführte, sollte noch ganz andere Dinge vor den Augen der erstaunten Welt bewirken. Ein gewaltiger Aufschwung des religiösen Gefühles führte den Fahnen der Protestanten in kurzer Zeit überreiche Mannschaften zu. Die Situation änderte sich von Grund aus. Alle Vortheile, welche sich der Kaiser durch die klügsten Berechnungen gesichert glaubte, warf der Sturmwind wie Früchte aus des Nachbars Garten den sorglosen Protestanten in den Schooss. Statt zu überraschen, überrascht, fand sich Karl bei der Eröffnung des Feldzugs dem Angriffe weit überlegener Massen preisgegeben. Wenn es die Häupter seiner Feinde verstanden, ihren Vortheil auszubeuten, wenn sie kühnen Schrittes rücksichtslos dem Ziele zustrebten, so musste die Entscheidung gefallen sein, ehe sich der Kaiser nur im offenen Felde zeigen konnte. Es ist nicht so gekommen. Alle jene früher beobachteten verderblichen Eigenschaften der Glieder und des Ganzen hemmten wie ebensoviele Bleigewichte die Schritte des Bundes. Ungenützt zerrann der grosse Moment.

In dem Getümmel des Kampfes, welcher dann entbrannte, haben die Geschicke der beiden leitenden protestantischen Fürsten und der grossen Communen Süddeutschlands das lebhafteste Interesse erweckt. Und doch verdiente auch mancher Mitkämpfer, dem nur eine zweite Rolle in

der grossen Aktion zufiel, ein mehr als lokalhistorisches Interesse. Indem der Gang der Dinge sein Dasein in die grossen Entscheidungen hinein verflicht, wird es zugleich an seinem Theile Träger und Spiegelbild derselben. Vorzüglich von diesem Standpunkte aus wird sich auch nach den ausführlichen Aufklärungen, welche über die Stellung schmalkaldischer Reichsstädte während des Krieges gegeben worden sind,[1] nochmals die eingehende Verfolgung der Schicksale eines einzelnen Gemeinwesens rechtfertigen lassen.

Frankfurts Geschichte im schmalkaldischen Kriege bietet reichlichen Anlass zur Spezialuntersuchung. In den Mauern der Stadt hatte sich die letzte grosse Berathung des Bundes abgespielt; wenige Stunden von ihrer Gemarkung vollzog sich der für den ganzen Feldzug entscheidende Rheinübergang des niederländisch-kaiserlichen Heeres; hier forderte die Panik unter dem Rufe: „Rette sich, wer kann!“ eines ihrer ersten Opfer; hier endlich legte sich mit schwer lastendem Drucke die Hand der rächenden Vergeltung auf die kleinmüthig an der eigenen grossen Sache Verzweifelnden.

In der alten Wahlstadt des heiligen römischen Reiches deutscher Nation fanden die Gedanken Luthers früh Eingang. Der lebhafte buchhändlerische Verkehr auf den Messen bahnte ohne Zweifel der Kenntniss und Aufnahme der wittenbergischen Bewegung stark die Wege. Die Sympathien, welche in anderen rheinischen Städten das Volk dem sächsischen Ketzer entgegenbrachte, lebten sicher auch in der Brust der Frankfurter Bürger. Wie mag man dem Dr. Martin zugejubelt haben, als er auf seiner Durchreise nach und von Worms in der Stadt übernachtete![2] Im März 1522 erscholl unter dem Protectorate eines Kreises humanistisch gebildeter Männer aus den angesehensten Familien der Stadt die erste lutherische Predigt.[3] In Menge strömte das Volk her-

[1] L. Müller, Die Reichsstadt Nördlingen im schmalkaldischen Kriege. A. Holländer, Strassburg im schmalkaldischen Kriege.

[2] Quellen II, 39.

[3] Quellen II, 48, 49.

bei; mit Spannung vernahm es die neuen Lehren von der Priesterehe, von der Verehrung der Heiligen, von den Bruderschaften und Aehnlichem. Grosse Erregung der Gemüther für und wider trat ein. Die Menge stiess Drohungen gegen die altgläubige Geistlichkeit aus, ja es kam zu Excessen. Darauf schritt der Rath, ohne dessen Wissen die Predigten begonnen hatten, ein. Er befahl dem Prädikanten, noch ehe er zum dritten Male auf die Kanzel getreten war, die Stadt zu verlassen, und mahnte die Zünfte zur Ruhe. Seitdem verflossen zwei Jahre, bis wieder ein Anhänger Luthers in der Stadt sich hören liess. Inzwischen aber verlor die alte Lehre immer mehr an Ansehen bei dem Volke.[1] Heftige Predigten der altgläubigen Pfarrer gegen die, welche die Kirchengebote missachteten, steigerten den Unwillen, der ohnehin schon in den niederen Klassen der Bevölkerung gegen sie herrschte.[2] Der Rath, in dessen Mitte eifrige Anhänger Luthers sassen, blieb in dem Streite um die Principien so neutral wie möglich. Es kann nicht die Rede davon sein, dass er für die neue Lehre aufgetreten wäre, aber ebensowenig lässt sich leugnen, dass er sich gegenüber den Beschwerden des Klerus und den Geboten des Erzbischofs von Mainz recht kühl verhielt;[3] sein ganzes Bestreben lief darauf hinaus, alles zu verhindern, wodurch „ufrure“ im Volke entstehen konnte.[4] Freilich hatte er noch seine besonderen Gründe, mit der altgläubigen Geistlichkeit unzufrieden zu sein. Er trug sich gerade in diesen Jahren mit einer grossen wirthschaftlichen Reform: alle ewigen Zinse in der Stadt sollten ablösbar gemacht werden; dem aber setzte eben der Klerus den heftigsten Widerstand entgegen.[4]

Um das Jahr 1524 gewann die neue Lehre immer mehr Anhänger.[5] Der Rath liess geschehen, dass unter dem Schutze Haman's von Holzhausen in der Katharinenkirche regelmässig

[1] Quellen II, 57 Anm. 1.

[2] Quellen II, 80 Anm. 1.

[3] Quellen II, 49 Anm. 2; 53 Anm. 5; 55 Anm. 3; 57 Anm. 1; 80 Anm. 1.

[4] Quellen II, 72, auch Anm. 1.

[5] Quellen II, 240. 81. 279.

im Sinne Luthers gepredigt wurde; im Uebrigen behauptete er noch im November 1524 seinen alten Standpunkt: er befahl den Geistlichen, in ihren Predigten alles zu vermeiden, „daruß ufruer entsteen mocht," schärfte die Fastengebote ein, versprach den Dominikanern Schutz gegen Angriffe seitens der Handwerker und drohte dem Prädikanten, ihn vor dem Erzbischof nicht weiter zu schützen.[1] Diese langsamen Fortschritte der neuen Lehre schienen mit einem Male in der stürmischen Eroberung der ganzen Position einen plötzlichen Schlussakt zu finden. Die Sturmfluth socialer Bewegung, welche im Bauernkriege mit verheerender Kraft über das Reich hereinbrechend die ganze Ordnung der Dinge hinwegzuschwemmen drohte, brandete auch gegen die Mauern Frankfurts. Und ihr Tosen fand lebhaften Widerhall in den unteren Klassen der städtischen Bevölkerung: die Zeit der Erfüllung aller ihrer wirthschaftlichen und religiösen Wünsche schien herangekommen.[2] Einen Moment entfielen dem Rathe die Zügel der Regierung, bald aber wusste er sich durch kluge Concessionen der Treue und des Gehorsams der Bürger wieder zu versichern. In dem Kampfe draussen siegten schliesslich die alten Mächte dank ihrer grösseren politischen Erfahrung und besseren Organisation. Eine erbarmungslose Reaction brach herein. Mit den Tausenden hingeschlachteter Bauern sanken auch die Errungenschaften der grossen Bewegung ins Grab. Gleiches Schicksal traf die Artikel der Frankfurter Gemeinde: ein drohender Wink der siegreichen Fürsten zwang die Bürgerschaft, dem Rathe zu ihrer Beseitigung Vollmacht zu geben. Nur die kirchlichen Anordnungen aus jener stürmischen Zeit und die Bestimmungen über die Ablösbarkeit der ewigen Zinse hatten Bestand: fortan verkündigten zwei vom Rathe besoldete Prädikanten das Evangelium.[3] Immer mehr kam dann die neue Lehre in der Stadt zur Herrschaft. 1533 verbot der Rath auf Drängen des Volkes das Abhalten des Messgottesdienstes.[4]

[1] Quellen II, 81, auch Anm. 2.
[2] Quellen II, 84 ff. 174 ff. 241. 279 ff.
[3] Quellen II, 99. 280.
[4] Quellen II, 287.

Hierauf veranlasste der Erzbischof von Mainz das Reichskammergericht zum Vorgehen gegen die Stadt. Die wachsende Gefahr dieses Prozesses bewog Frankfurt 1536 im Beitritt zu dem schmalkaldischen Bunde Schutz und Sicherheit zu suchen.[1] Von nun an war die Zukunft der Stadt mit dem politischen Schicksal des Bundes verknüpft. Consequent hielt sie, auch als die Stunde der Gefahr herannahte, an der einmal ergriffenen Stellung fest.

In allen Fragen, welche seit Dezember 1545 die evangelischen Kreise bewegten, stand Frankfurt in den Reihen der Einsichtigen und Entschlossenen. Die Instruction seiner Abgeordneten zum Bundestage spricht sich rückhaltlos und verständig aus über die Gefahren der Lage, über die Art, wie ihnen begegnet werden muss. Die friedlichen Versicherungen des Kaisers, lautet es da, sind nichts als Schein und zum „bestendigen aufenthalt“ gegeben; „teglich vernimmt man, mit was praktiken der pabst und sein anhang umbegehen;“ „die vermeint citationen und prozessen wider den erzbischof von Coeln, das frohlocken der geistlichen uber herzog Heinrichs aufprachte kriegsrustung, die persecution der christen in den Niederlanden, das gemein geschrei und ander umbestend des ganzen wesens und gegenwärtiger läufde“ reden eine unverkennbare Sprache. Soll es nicht um „religion, gemein libertet und freiheit“ deutscher Nation mehrentheils gethan sein, so muss der schmalkaldische Bund erhalten bleiben, verstärkt werden durch den Beitritt der anderen protestantischen Stände.[2] Ganz in dem Geiste, welcher aus dieser Instruction spricht, handelte Frankfurt während der Bundesversammlung und weiterhin. Städtische Advokaten arbeiteten zur Zeit der Zusammenkunft den Entwurf der neuen Bundesverfassung aus; ohne Bedenken bewilligte die Stadt ihren Antheil an dem beschlossenen Wartgelde für die Anwerbung von Reitern; der erste Bürgermeister Frankfurts[3] erschien in der evangelischen Gesandt-

[1] Quellen II, 256 ff.
[2] Fr. St. A. RSN. 1545.
[3] Oiger v. Melem.

schaft vor dem Kaiser zu Maastricht; Justinian von Holzhausen eilte auf Wunsch des Landgrafen im März nach Speyer, um im Namen seiner Vaterstadt an der Begegnung zwischen Philipp und dem Kaiser theilzunehmen.[1] Auf der Zusammenkunft zu Worms im April 1546 erklärte sich ausser Strassburg und Augsburg allein Frankfurt[2] bereit, den Bund auf Grund des gemeinen Pfennigs zu erneuern. Klar und entschieden trat der Rath, der Leiter der Frankfurter Politik, während dieser ganzen kritischen Zeit den Dingen entgegen.

Ueber die politische Lage war das Stadtregiment stets gut unterrichtet. Hier auf der Grenze zwischen Nord- und Süddeutschland kreuzten sich die Nachrichten des Landgrafen von Hessen und der Stadt Strassburg, zweier sehr thätiger Mitglieder des Bundes. Die Leichtigkeit der Correspondenz mit beiden Stellen ermöglichte in jedem Augenblick richtige Einsicht auch in die allgemeineren Verhältnisse. Daher ist es nicht zu verwundern, dass der Rath, selbst nachdem die Aufregung über die ersten kriegerischen Nachrichten sich gelegt hatte, die Möglichkeit des Kampfes für dieses Jahr nicht ausser jeder Berechnung stellte. Bei solcher Gesinnung ihrer Obrigkeit musste natürlich auch die Bürgerschaft schon frühzeitig mit dem Gedanken vertraut werden, dass die Feuerprobe ihrer evangelischen Gesinnung bevorstehe. Schon einmal während der letzten braunschweigischen Erhebung hatten alarmirende Nachrichten über Rüstungen in Italien plötzlich den Rath zu ausserordentlichen Vorsichtsmassregeln veranlasst.[3] Allenthalben, auf Thürmen und an Thoren waren die Wachen verstärkt worden; man hatte Pulver fabrizirt und das Volk durch die Prädikanten ermahnen lassen. Dann zog die grosse Bundesversammlung um die Wende der Jahre auch das Interesse weiterer Kreise der Bürgerschaft auf politische Dinge. Wenn auch von dem Inhalt der Berathungen nicht viel in die Oeffentlichkeit

[1] R. Pr. 26. März Aufforderung Philipps. R. Pr. 6. April Relation Holzhausens.

[2] R. Pr. 1. März.

[3] BB. 1545. 26. Oktober.

drang, das rege Treiben der ab- und zureitenden Boten, die eifrigen langwierigen Verhandlungen, endlich die persönliche Zusammenkunft des hessischen mit dem pfälzischen Fürsten mussten in der Bürgerschaft das Gefühl, dass etwas Grosses im Werke sei, lebhaft anregen. In derselben Richtung wirkten auf breite Schichten der Bevölkerung die Prädikanten, die fast ausschliesslichen Vermittler höherer Interessen für den gemeinen Mann. Es lässt sich denken, wie dieses im Kampfe gegen Rom erwachsene Geschlecht die Rathsverordnung ausführte: „Das gemein volk ab der kant-„zeln ernstlich zum gepett zu vermanen, got, den allmech-„tigen treulich zu pitten, unserer und des hai. christlichen „glaubens widerwertigen furhaben und anschleg gnediglich „zu wenden und derselben hertzen zu erleuchten.“ [1]

Als dann aber Monat um Monat des gefürchteten Frühjahrs ohne Friedensstörung verstrich, schwanden die Kriegsbesorgnisse. Selbst das sonst so bedenkliche Stadtregiment, welches noch zu Anfang April [2] unter der Hand militärische Vorsichtsmassregeln anordnete, nahm am Ende dieses Monats keinen Anstand, seinen erfahrensten militärischen Sachverständigen, den Hauptmann von Buseck, auf acht Wochen zu beurlauben.[3]

Nach der langen Windstille folgten dann die Stösse des losbrechenden Sturmes einander um so rascher. Die ersten kriegerischen Nachrichten erhielt Frankfurt in denselben Tagen, da zu Regensburg mit einem Male vor den Augen der protestantischen Stände der hüllende Schleier von den wahren Absichten des Kaisers fiel. Es war wieder

[1] BB. 11. Februar.

[2] BB. 8. April: Als anpracht, was Schwarzhans Schnyder, so der fendlin halben zu rede gestellt worden, fur antwort geben, beruhet uf sich selbst und sollen die hauptleut des laufs und der knecht halben, wie davon geredt, zum furderlichsten durch den ältern herrn gutlich ersucht werden. BB. 13. April der Rath befiehlt einen Büchsenmeister anzuwerben, 3—4 Centner Pulver zu kaufen und bei gutem Wetter Pulver zu fabrizieren. Die Deutung dieser kurzen Notizen scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen.

[3] BB. 29. April.

der unermüdliche Landgraf, der die Genossen aus der Friedensseligkeit in die rauhe unheilschwangere Wirklichkeit zu versetzen suchte.[1] Auf Grund einer ganzen Reihe von Kundschaften aus den letzten Tagen des Mai und den ersten des Juni sah er in Italien, den Niederlanden, Baden, den Bisthümern Niederdeutschlands kaiserliche Schaaren zum Kampfe gegen das Evangelium sich sammeln.[2] Dringend

---

[1] Fr. St.A. RSN. 1546. Copie ohne Datum und Unterschrift; Original im Frankfurter Rathe laut RP u. BB am 15. Juni verlesen. Der Inhalt stimmt, ausgenommen den auf Sturm bezüglichen Passus, wörtlich mit dem Schreiben bei Rommel III, 126 Nr. 34.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. a) Aus Pforzheim d. d. 25. Mai berichtet: Dass „bei uns hin und wider ein gross bewerben ist um knecht und reiter und als in der still." b) Deventer d. d. 24. Mai: Alle Gardesuner des Kaisers hätten Befehl auf Mecheln und Luxemburg zu ziehen. Büren habe viele Hauptleute bei sich gehabt. Die Niederländer hätten Befehl zu warten. Zunächst sollten keine Knechte gesammelt werden, bis die Reiter beisammen seien, unter deren Schutz die Knechte nicht mehr zersprengt werden könnten. c) Ohne Ort d. d. 31. Mai: Umtriebe im Münsterischen, Berathungen zwischen dem Weissberger, Herbart v. Langenn, Andres Bockmoor und Christoph v. Oldenburg; Reiterwerbungen in Schaumburg, Lippe, Minden, Paderborn; Vorbehalte bei der Verpflichtung werden nicht gestattet. d) Regensburg d. d. 28. Mai: Werbungen Markgraf Albrechts in der Pfalz; Edlen, welche Vaterland und Religion vorbehalten wissen wollten, hat er geantwortet: „Er wollt geld nehmen und dem teufel dienen." e) Regensburg 28. Mai: Religionsverhandlungen. f) Italien 17. April (?): Für Kaiser und Papst werde gerüstet; der Kaiser versehe sich sehr mit Geld und habe mit Frankreich und England guten Frieden geschlossen. g) 3. Juni: Dr. Löwenburg zeige an, dass der Papst den Bischof von Köln aller Würden entsetzt habe, dass der Kaiser all sein Geschütz in kriegsfertigen Zustand bringen lasse. h) Jorg Malsburg, ein münsterischer Marschall berichte, dass der Kaiser alle Gardesuner aufgemahnt habe. i) Vielfache Kundschaften berichteten, dass eine Menge Spanier von Italien nach Deutschland ziehen sollen. k) Aus den Niederlanden 6. Juni: Ein Antwerpener Grosskaufmann lasse den Landgrafen durch seinen Faktor wissen, dass man zu Brüssel 3000 Pferde gemustert habe, diese beständig zum Aufbruch bereit seien; dass auch sonst grosse Rüstung in den Niederlanden geschehe. Wenn England und Frankreich Frieden schlössen, sei zu befürchten, dass die Knechte wider die Protestanten gedungen würden. NB. Es seien 3 Musterplätze bestimmt: Bayern, Geldern und Schaumburg.

stellte er darum auch an Frankfurt die Bitte, es möge seinem Reichstagsgesandten für Abschluss der Bundesverlängerung und Bewilligung militärischer Kredite unbedingte Vollmacht ertheilen. Trotz des Unmuths über die fahrlässige Schwerfälligkeit seiner Glaubensbrüder, trotz schwerer Sorge um die Zukunft ahnte Philipp doch nicht die Unmittelbarkeit und Grösse der Gefahr. Sechs Tage später erfuhr der Rath durch den hessischen Oberamtmann von der Thann zu Darmstadt, nach der Aussage zweier adeliger Herrn sei ganz Oberdeutschland bedeckt mit kaiserlichen Werbern und ein grosser Schlag gegen das Evangelium in Aussicht.[1] Dann kamen endlich Briefe des Gesandten aus Regensburg.[2] Sehr bezeichnend für die rapide Entwickelung

[1] R.Pr. 21. Juni: Das key. Mat. von Regenspurg bis an Reinstrom knecht annehmen lasse. Item der von Matrutsch soll Spanier herauß-pringen. It. Georg von Regenspurg hab auch befehl knecht anzunehmen. It. In den Niderlanden desgleichen auch etlich hauptleut. zween musterpletz einer zu Thonauwerdt und zu N. zu vermuten, es werde solche rustung uber die protestirenden gen.

[2] R.A. 1546 fol. 87—92. Ort zum Jungen an den Rath d. d. 16. Juni, verlesen 23. Juni: ... Mondag den 14. juni sint etliche brive so der Landgrave an seine rethe alher geschrieben, neben anderen kuntschaften verlesen worden, und ist Ire f. G. begeren, das die stende hie bewilligen sollen, das die reuter, so zu Frankfurt bewilligt noch lenger mit wartgelt aufgehalten, auch ander, so den stenden in diesen leuften dienlich, nit aus hant gelassen, und wiewol aus mangel der befelch, nit hat mogen beschlossen werden, so ist doch befolen, solichs ein jeder seinem herrn und obern zu berichten und sich entlichs bescheids zu erholen. indess gunstigen herrn sint so schwere neue zeitung und kundschaften von den kaufleuten hie einkomen, das ich nit ein geringe verwandlung vermerkt. dann die sage, das der papst der key. Mat. 15000 Italiener, 4000 zu ross, die albereit im anzuck sint, zuschicke, so sind im anzuck 10000 Spanier und auch etlich zu ross, die dem kaiser zusteen. so soll der von Büren befelch haben 8000 niederlendische knecht und 4000 reisiger anzunemen. es lassen die key. Mat. hie auch knecht annehmen unverholen, und sint die musterpletz benant zu Thonauwerdt, zu Rietlingen, am Würtemberger land gelegen, und hie zu Abach bei Regenspurg. es ist die sage, das der zuk uber Teutschlanden geen soll und im furnemen sein, das man die ungehorsamen strafen wolle, darunder Augspurg und Wurtemberg fur die ersten benannt worden, und noch also im geschrei und sag pleiben. dem sei nun, wie

der Dinge auf dem Reichstage durchläuft der erste ausführliche Bericht Orts zum Jungen die ganze Reihe der Indicien des Umschwungs von den ersten Andeutungen feindseliger Gesinnungen bis zu den handgreiflichen Beweisen umfassender kriegerischer Rüstungen. Kaum hat das Verlangen der Katholiken nach konfessionell getrennter Berathung der kaiserlichen Proposition den tiefen Spalt, welcher zwischen den beiden Religionsparteien klafft, auch äusserlich in den Formen des Reichslebens zum Ausdruck gebracht, so strömen schon von allen Seiten die Nachrichten über militärische Bewegungen zusammen. Mit den Mittheilungen des Landgrafen verbinden sich eine Menge sicherer kaufmännischer Nachrichten zu einem Bilde, welches die ganze Mitte Europas von den Mündungen des Rheins bis zur Südspitze Italiens in kriegerischer Vorbereitung zeigt. Noch ist es nicht ausgesprochen, gegen wen die Hand zu zermalmendem Schlage ausholt, aber auf den Gassen kann man es hören, dass die Zeit der Abrechnung mit den übermüthigen Ketzern gekommen sei. Die ungnädige Antwort des Kaisers auf die Interpellation der Protestanten zerstörte vollends die Illusionen über seine Absichten.[1]

---

ime wolle, so ist gewisse grosse rustung von Italienern und Spaniern vorhanden und sunst wunderlich prattik, davon hie nit zu schreiben. adversa pars ist sehr freidich und reden darvon, wie es soll zugeen und vermeinen das ufhoren stee in iren handen ... Dieweil nun die rustung furhanden und der key. Mat. antwurt rau sich lesst ansehen und sunst vil kuntschaft und prattik vermerkt wurd, ist von noten gut ufmerkens zu haben; und wess hirein die zeit und not erfordern wurd, wissen sich E. W. aller gelegenheit nach wol zu halten. man sagt die kay. Mat. schick allenthalben hauptleut aus, mit befelchsbriefen an die oberkeiten; aber als ich bericht werde, ist bei den von Augspurg angesucht worden umbzuschlagen, so befinde ich, das sie irer knecht selbs bedurft.

[1] Fr. St.A. RSN. 1546: Antwort des Kaisers. Am 16ten Juni interpellierten die protestantischen Stände zu Regensburg den Kaiser über den Zweck seiner Rüstungen. Karl liess ihnen erwiedern, er denke nach wie vor auf friedliche Lösung der religiösen Frage „und alle di„jenigen so irer Mat. in demselben gehorsam sein werden, die alle, „werden allergnedigsten vatterlichen und guten willen finden, da aber „jemants ir Mat. nit gehorsam sonder zuwider sein wurd, so konde man

Der Eindruck des Ort'schen Briefes, welcher diese Vorgänge berichtete, musste in Frankfurt ein ausserordentlicher sein, umsomehr, als der Rath sich nicht verhehlen konnte, dass die Dinge seit Abgang desselben sich schon beträchtlich weiter entwickelt haben würden. Es war darum doppelt werthvoll, dass man gleichzeitig durch von der Thann in den Besitz von Nachrichten jüngeren Datums gelangte.[1] Dieselben enthielten neben einer genauen Bestätigung dessen, was man schon wusste, die ersten Mittheilungen über das Verhalten der zunächst bedrohten Genossen. Danach schickten sich die Oberländer an, durch energisches Vorgehen dem Kaiser die Früchte seiner verschlagenen Politik zu entreissen. Württemberg und die oberdeutschen Städte, lautete es, haben allenthalben Gegenwerbungen eröffnet und versperren den Landsknechten den Weg zu den kaiserlichen Musterplätzen; ebenso verfährt der Kurfürst von der Pfalz.

Der Fehdehandschuh war also mit herzhaftem Entschlusse von einem Theile des protestantischen Bundes aufgenommen worden, ehe der Kaiser nur unumwunden ausgesprochen hatte, wem die Herausforderung gelte. Der ganze volle Ernst der Lage trat hier mit einem Male in unentrinnbarer Gewissheit zu Tage. So knüpfte sich denn unmittelbar an die Verlesung dieser Eröffnungen im Frankfurter Rathe eine Verhandlung über sofort nothwendige Gegenmassregeln. Leider ist nur das Ergebniss dieser Debatte, deren genaue Kenntniss eine tiefe Einsicht in die Gesinnung der Stadtregierung gewähren müsste, überliefert.[2] Der erste Gedanke galt natürlich der unmittelbaren Sicherheit der Stadt. Die entbehrlichen Stadtthore sollten fortan geschlossen bleiben, die anderen zu bestimmten Stunden geöffnet und durch Wachen besetzt werden. Den Schützen-,

„erachten, das sich ir Mat. irer habenden autoritet nach, gegen den„selben aller gebur halten und erzeigen müssen."

[1] R.Pr. 23. Juni. Der Inhalt derselben findet sich in einem Briefe Frankfurts an Strassburg d. d. 24. Juni. Str. St.A. AA. 544.

[2] R.Pr. 23. Juni, BB. 24. Juni.

Fischer- und Rondemeistern wurde ihre Pflicht eingeschärft, eine Inspection der Landwehr d. h. der äusseren städtischen Umwallung angeordnet, die Ausfuhr von Getreide beschränkt. Eine genaue Ueberwachung aller durchreisenden Landsknechte und die Erneuerung des Verbotes dagegen, dass sich Bürger ohne Wissen des Rathes anwerben liessen, sollte dem Feinde den Zulauf von Mannschaften abschneiden. Die Juden erhielten Befehl, alles, was sie erführen, dem Rathe mitzutheilen. Auf Grund einer Andeutung des Reichstagsgesandten, dass Juden, Pfaffen und Deutschherrn ihre Werthsachen aus der Stadt zu schaffen beabsichtigten, ward beschlossen, die Stadt um jeden Preis vor diesem Kapitalverluste zu sichern. Dann erhielt der Gesandte zu Regensburg nicht nur Vollmacht, Gelder für militärische Zwecke zu bewilligen, sondern es wurde ihm auch anheimgestellt, den Reichstag zu verlassen, wenn das Kriegsgeschrei anhalte.[1]

Aus dem Allen geht hervor, dass zum mindesten die entschiedene Mehrheit des Frankfurter Rathes gleich seinen süddeutschen Brüdern in der grossen Krisis Ehre und Gewissen ohne Schwanken über die materiellen Interessen stellte. Es liegt hierfür aber auch eine direkte Aeusserung in einem Briefe an den Strassburger Rath vor.[2]

Dieses im unmittelbaren Anschlusse an jene entscheidende Sitzung abgefasste Schreiben spiegelt lebhaft die ganze verwickelte, unklare Situation wieder. Die Indicien für den beabsichtigten Kampf gegen die Evangelischen sind von unabweisbarer Deutlichkeit, und doch klammert sich ein Glaube, der dem Starrsinn gleicht, krampfhaft an das Geringste, was Erhaltung des Friedens zu versprechen scheint.[3]

---

[1] R.A. 1546. Rath an Ort zum Jungen d. d. 24. Juni.

[2] Str. St.A. AA. 544 d. d 24. Juni.

[3] Str. St.A. A. 544 d. d. 24. Juni: . . . Dieweil sich dann solche zeitungen und kundschaften alle dermassen im grund gegen ainander vergleichen, das sie kainswegs zu verachten noch in wind zu schlagen und aber die zeit nit erleiden mog, uf gemainer stende der ainigung oder augspurgischen confession beratschlagung und beschluss zu verziehen, so haben wir nit underlassen konnen, sonderlich dieweil wir

Mit der klaren Einsicht in die Nothwendigkeit sofortigen Handelns ist der Eifer für die Ausführung verbunden, aber diese Kräfte finden keinen rechten Einsatzpunkt zu ihrer Entfaltung, denn man weiss nicht einmal etwas von den Plänen der Häupter und militärischen Leiter des Bundes, geschweige dass es in Regensburg von Bundeswegen gelungen wäre, sich über die kriegerische Aktion zu einigen. Für einen Moment ganz auf sich selbst gestellt, wendet sich Frankfurt an Strassburg, um wenigstens mit diesem erprobten Genossen gemeinsam zu handeln. Kaum war jener Brief abgegangen, so eröffnete sich der Stadt auch schon die Aussicht, unmittelbare Zeugin kriegerischer Auftritte zu werden. In Mainz, so hiess es, sammelten sich feindliche Schaaren.[1] Sofort ergingen Befehle, welche die beschlossenen Massregeln verschärften und erweiterten. Zur Revision der Befestigungswerke wurde den Schützenmeistern eine Rathskommission als Unterstützung beigeordnet, der Auftrag zum Anwerben von Landsknechten gegeben, durchziehenden Kriegsleuten die eidliche Verpflichtung auferlegt, wenn ihre Obrigkeit dem Bunde angehöre, sich derselben

---

auch von unserm gnedigen herrn dem landgraven selbst, noch zur zeit des gegenlaufs oder aufhaltung der knecht halben kain schreiben empfangen, E. L. mit dieser schrift freundlich zu ersuchen und zu bitten... die wollen unbeschwert sein, uns treulich zu entdecken und nit zu verhalten, was doch die berurten zeitungen und kundschaften bei E. L. fur ein ansehen haben", ob sie, ohne auf Befehl zu warten, die Knechte aufhalten sollten, „oder wie wir uns sonst hierin gemainer sachen zu gutem am unverweislichsten erzaigen und halten sollten, oder mochten. dann wir nit allain zu sicherung und rettung unser selbst und der unsern, sonder auch gemainen ainigungs- und confessionsverwandten stenden zu hail und gutem an unserm vleiß, auch darstrecken unsers geringen vermogens in solchen nöten nit gern ichts wollten versaumen, noch erwünden lassen. und wiewol wir zu gott hoffen, uns auch allen vorrigen handlungen, verträgen, fridstenden und abschieden und sonderlich der jungst zu Mastrich empfangenen kaiserlichen antwort nach versehen wollen, es werde die mainung wie furgeben und besorgt wird, nit haben, so ist doch ferrer unser freundlich pitt, wo das geschrei also beharren und ain zug angeen solt," möge man jede wichtige Kunde ihnen mitteilen.

[1] R.Pr. u. BB. 24. Juni.

demnächst zu stellen, andernfalls aber innerhalb vier Monaten nicht gegen evangelische Stände zu dienen.[1]

In diesen Tagen einer furchtbar aufregenden Ungewissheit drängte eine Anordnung die andere. Doch bald fand der Zustand sein Ende. Als bekannt wurde, dass der Kaiser versucht habe, die tonangebenden Städte zum Abfall von den Fürsten zu bewegen, schwanden die letzten Friedenshoffnungen.[2] Auch diese erschütternde Erkenntniss vermochte die Frankfurter Rathsherrn nicht zu schrecken: Bedächtig, nüchtern, ohne Schwanken verfolgten sie den eingeschlagenen Pfad. Der Gedanke, sich mit dem Kaiser abzufinden, gewann hier keinen Augenblick Raum.[3] Das Stadtregiment war sich voll bewusst, dabei ganz im Sinne seiner Unterthanen zu handeln. Dennoch wollte der Rath in einem für das Schicksal des Gemeinwesens so entscheidenden Augenblicke die Verantwortung der politischen Leitung nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung der Bürgerschaft auf sich nehmen. So wurden denn am 27. Juni alle Gesellschaften und Zünfte auf ihre Stuben beschieden. Rathsdeputationen trugen hier folgende Botschaft vor: Der Glaubenskrieg steht vor der Thüre. „Euer vielfältig heftig drängen" hat den Rath zur Abschaffung der „päbstisch abgöttischen missbräuch" gezwungen; seid Ihr entschlossen, alle Schrecken des Krieges auf Euch zu nehmen, in allen Lagen dem Rathe

[1] R. Pr. u. BB. 25. Juni. Es sollten zunächst 400 Landsknechte angeworben werden.

[2] R A. 1546. Ort zum Jungen an Rath d. d. 20. Juni. Concept. verlesen laut R. Pr. am 25. Juni.

[3] Vergleiche Str. St. A. AA 544. dd. 26. Juni: Rath an die 13 v. Strassburg: Aus den Reden Granvellas geht hervor, dass man Trennung zu machen sucht, „darzu wir dann unsers teils keineswegs geneigt noch gewillt sind." Sie wollten ihrem Gesandten bezüglich dieses Punktes dieselbe Anweisung geben, welche die Strassburger dem ihrigen gegeben hätten und bitten, den Strassburger Gesandten zur Ulmer Versammlung des Bundes zu befehlen, auch Frankfurt auf demselben zu vertreten und sie anzuweisen, „was sie uns und der ganzen sach zu gutem raten und schliessen sollen, da die ding aller eil bedürfen und keinen verzug on nachteil erleiden mogen."

beizustehen?[1] Leider ist uns keine der Antworten überliefert; es treten aber in der Folgezeit nirgends Anzeichen dafür hervor, dass auch nur eine der befragten Genossenschaften Muthlosigkeit verrathen hätte.

Gleichzeitig mit dieser inneren Verstärkung seiner Politik suchte der Rath dieselbe nach aussen hin wirksamer zu machen. Ein ständiger Rathsausschuss wurde gebildet, und so den Geschäften die einheitliche, rasche Erledigung gesichert, welche die Verhältnisse des Krieges verlangen.[2] Trotz dieser Arbeitstheilung hatten bald Senat und Deputation alle Hände voll zu thun. Die städtische Correspondenz nahm eine ganz ungewöhnliche Ausdehnung und Lebhaftigkeit an. Allenthalben wurden die Festungswerke inspicirt, ausgebessert, verstärkt. Eingehende Vorschriften regelten den Wachtdienst innerhalb der Landwehr, auf den Thürmen und an den Thoren. Bei Nacht brannten zwei Pechpfannen auf dem Pfarrthurme, und eine Ronde von 12 Mann patrouillirte in den Strassen. Die Ausfuhr wichtiger Lebensmittel ward sehr beschränkt[3]. Um der Gemeinde den Ernst der Zeit recht fühlbar zu machen, wurden alle Festlichkeiten und Belustigungen, welche zu ungewöhnlichem Aufwande oder zu ausgelassener Fröhlichkeit führen konnten, wie prunkvolle Hochzeiten und grosse Tanzvergnügungen, verboten. Sonntags rief „umb erweckung willen mehreres ernsts“ die tiefe, ernste Stimme der grössten Glocke die Gläubigen zum Gottesdienst. „Mit verlesung einer collation darzu dienlich“ wurden sie „anschnlich ermahnt, got den allmächtigen anzurufen und zu pitten, seinen zorn von uns abzuwenden und sein wort zu erhalten.“[4] Zweier Elemente versicherte sich der Rath in anderer Weise. Den Juden legte man einen Eid und die Verpflichtung auf, keinerlei eigene oder bei ihnen hinterlegte Güter aus der Stadt zu

[1] Vergleiche Anlage I.

[2] R.Pr. u. BB. 26. Juni.

[3] R.Pr. u. BB. 27.—30. Juni. Die Ausfuhrbeschränkungen bezogen sich hauptsächlich auf Brot und Stockfische.

[4] R.Pr. u. BB. 26.—29. Juni.

schicken.[1] Die Geistlichen der drei katholischen Stifter und der Deutschkomthur wurden durch eine Rathskommission an die Treue gemahnt, welche sie der Stadt schuldeten, und aufgefordert, den Gegnern in keiner Weise mit Geld, Proviant oder Herberge Förderung zu thun. Die Stiftsherrn befragte man ausserdem, ob sie noch alle ihre Baarschaft, Kirchengeräthe und Dokumente beisammen hätten und untersagte ihnen jede Veräusserung derselben.[2] Alle diese Vertreter der alten Richtung fanden sich jetzt natürlich nicht in der angenehmsten Lage. Mit und ohne Grund waren sie nicht allein ständig dem Argwohn und Verdächtigungen bei Hoch und Niedrig ausgesetzt, ja, sie durften sich kaum auf den Strassen sehen lassen ohne von Jedermann „schimpfiret und gescholten" zu werden. Der Rath fand sich schliesslich genöthigt, trotz seines Misstrauens gegen den Clerus mit einer Ermahnung an die Bürger für denselben einzutreten.[3]

Inzwischen strömten von allen Seiten kriegerisch lautende Nachrichten herbei. Der Gesandte berichtete über die letzten Vorgänge auf dem Reichstage,[4] Briefe aus Strassburg[5] und Heilbronn[6] meldeten von dem Stand der eigenen Rüstungen und dem Anmarsche kaiserlicher Truppen; eine Menge mündlicher Meldungen und Anzeigen über Werbungen in der nächsten Umgegend liefen ein.[7] Ein Gerücht über

[1] BB. 28. Juni.

[2] R.Pr. 27. Juni. Zur Kontrolle forderte der Rath Inventare der Kirchengeräthschaften. Dieselben wurden ihm am 3. Juli eingereicht.

[3] Laut R.Pr. am 2. Juli.

[4] R.A. 1546. Concept d.d. 20. Juni; verlesen laut R.Pr. am 26. Juni.

[5] 1) Laut B.B. sammt der Copie eines Schreibens des Strassburger Reichstagsgesandten, welches sich in Fr. St. A. RSN. 1546 vorfindet, verlesen am 25. Juni 2) Str. St.A. A.A. 544. d.d. . . Juni, verlesen am 28. Juni.

[6] Erwähnt in R.Pr. 28. Juni.

[7] R.Pr. 30. Juni. Dass diese Anzeigen meist nicht überliefert sind, ist schon an sich begreiflich. So ist auch die weiter unten erwähnte nur aus einem Briefe an Strassburg bekannt. Str. St.A. A.A. 544 d.d. 26. Juni; „fast ist also der erschrecklichen zeitungen von stund zu stund kein ufhoren."

das andere behauptete sichere Kunde von der Stärke, den Feldzugsplänen, den politischen Absichten des Kaisers zu bringen. In besondere Erregung und Besorgniss versetzte den Rath die vertrauliche Anzeige eines Grafen:[1] Der Kaiser plane, sich von Regensburg aus durch Franken nach dem Main zu wenden, in raschem Anfall Frankfurt einzunehmen, von hier aus die Vereinigung der ober- und niederdeutschen protestantischen Streitkräfte zu verhindern, nach dem Zuzuge der vortrefflichen niederländischen Truppen unter dem Grafen Büren die vereinzelten Haufen der Gegner mit überlegener Kraft anzugreifen und zu vernichten; besonders schrecklich klang die Bemerkung: der Kaiser habe seinen Hauptleuten versprochen, die Stadt preiszugeben, um sie gleich zu Anfang desto freudiger, williger und „beissiger" zu machen. Diese Mittheilung fand in Frankfurt offenbar viel Glauben. Mit grossem Eifer betrieb man die Arbeiten an den Befestigungswerken. Zünftige und Unzünftige wurden zum Wachtdienste herangezogen.[2] Zwei Schreiben[3] riefen die Genossen im Süden um Hülfe an, während der gewesene Bürgermeister Oiger v. Melem persönlich nach Kassel zum Landgrafen eilte. Eindringlich wurde geltend gemacht, wie der Verlust Frankfurts dem ganzen Feldzuge eine unglückliche Wendung geben könne.

Gerade einen Tag später liess endlich der Landgraf von sich hören.[4] Man erfuhr durch ihn zuerst Genaueres über den günstigen Verlauf der protestantischen Werbungen im Oberland. In klarer Erkenntniss der Lage bemerkte einer seiner Regensburger Berichterstatter: der ganze Plan des Kaisers sei damit über den Haufen geworfen. Auf die deutschen Landsknechte habe derselbe hauptsächlich gerechnet, er werde desshalb jetzt suchen, den offenen Ausbruch der Feindseligkeiten möglichst hinauszuschieben, bis seine fremdländischen Truppen angekommen seien. Eine Menge Zeitungen, welche der Fürst mittheilte, berichteten

[1] Str. St.A. A.A. 544. Rath an Strassburg d. d. 26. Juni.
[2] R.Pr. 30. Juni; BB. 1. Juli.
[3] An Strassburg s. Anm. 1. An Ulm ebenfalls d.d. 26. Juni, laut BB.
[4] Fr. St.A. RSN. 1546. d. d 24. Juni, verlesen am 27. Juni nach R.Pr.

zugleich von den gegnerischen Rüstungen in Italien, Holland, Böhmen, Norddeutschland.[1] Einstweilen beschränkte sich der Landgraf noch darauf, die Stadt zur Hintertreibung kaiserlicher Werbungen anzuhalten. „Da sich die Oberländer so wacker halten," schloss er, „werden wir, hoffe ich, dem Feinde Widerpart halten". Diesem Schreiben Philipps folgte schon am 30. Juni ein anderes: er forderte nun die Stadt auf, zwei Fähnlein Landsknechte für sich zu werben.[2] Zur raschen Beförderung von Briefen wurde eine ständige Post zwischen Frankfurt und Kassel eingerichtet.

Nach einander liefen dann die Antworten auf die Hülferufe Frankfurts ein. Strassburg[3] versprach Alles zur Unterstützung des Landgrafen und der Stadt aufzuwenden: sie hätten schon fünf Hauptleute, von denen sich jeder anheischig mache, ein Fähnlein aufzubringen, an Philipp geschickt und würden Ulm bitten, alle entbehrlichen Mannschaften nach Hessen zu senden; ihre Gesandten zur oberländischen Versammlung[4] hätten Befehl, alles Nöthige zu fördern, jeder Verlockung zum Abfall entgegenzuarbeiten. Am nächsten Tage berichtete der frühere Bürgermeister im Rathe ausführlich über seine Sendung zum Landgrafen.[5] In persönlicher Audienz hatte ihm Philipp erzählt, welchen Eindruck die plötzliche Krisis auf ihn gemacht habe; er sei „so irr gewest, dass er nit gewisst, ob er schreiben oder [es] lassen solle." Selbst diesen thatkräftigen, muthigen Mann, der seit Monaten mit zunehmender Klarheit den Krieg kommen sah, hatte also die plötzliche Gewissheit des Kampfes, die

[1] Fr. St.A. RSN. 1546. 1) Regensburg d. d. 18. u. 19. Juni. 2) ohne Ort d.d. 14. Juni. 3) ohne Ort d.d. 19. Juni. 4) Nürnberg d.d. 18. Juni

[2] R.Pr. 30. Juni. BB. 1. Juli.

[3] Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 30. Juni.

[4] Die Reichstagsgesandten der oberländischen Städte waren fast alle von Regensburg direkt nach Ulm geritten und begannen dort über Gegenrüstungen zu berathen, 6 Doppelmonate als Bundeskriegssteuer u. s. w. zu beschliessen. FR. StA. RSN. 1546 enthält ein Schreiben der Stände an Herzog Ulrich v. Württemberg d.d. 29. Juni. Vergleiche auch Holländer, Strassburg im Schmalkaldischen Krieg, p. 5 ff.

[5] R.Pr. 4. Juli.

Grösse der Gefahr einen Augenblick erschüttert. Doch jetzt war er wieder ganz gefasst, voller Zuversicht. Durch die Vorlage einer reichen Correspondenz unterstützte er den Eindruck seiner persönlichen Begeisterung für die grosse Sache der Nation. Der Kurfürst von Sachsen hatte versprochen, 3000 Reiter zusammenzubringen; so war seine Hauptsorge, ob der Bund im Stande sein werde, genügende Cavallerie zu beschaffen, fürs Erste gehoben. Das rasch entschlossene Vorgehen der Oberländer, die Aussicht, in kurzer Zeit die nöthigen Truppen zum Beginne des Feldzugs in die Hand zu bekommen, all diess erfüllte ihn mit Muth und Zuversicht. Er sprach offen aus, was für ein Gewicht die Haltung der Reichsstadt für ihn insbesondere habe. Leib und Leben werde er für sie einsetzen; dringend warnte er davor, sich durch heuchlerische Anerbieten umgarnen und vom Bunde trennen zu lassen. Nichts schien ihm wichtiger für die Sicherheit der Stadt, als dass sie eine zureichende Besatzung anwerbe und genaue Nachrichten vom Feinde einziehe. Zugleich forderte er dieselbe auf, Gelder für Kriegszwecke des Bundes flüssig zu machen. Noch grösseren Eindruck wie diese zuversichtliche Stimmung in Cassel machten Ulmer Nachrichten.[1] Die oberländische Versammlung dementirte rückhaltlos das Gerücht, als ob Frankfurt irgendwie unmittelbar bedroht sei. Es stehe fest, dass der erste Angriff Süddeutschland gelten werde, aber sie fürchteten sich nicht: entschlossen, alles an die Vertheidigung ihrer Sache zu setzen, der Hülfe des Landgrafen sicher, würden sie dem Feinde schon ebenbürtig begegnen. In ihren eigenen Reihen waren alle Verlockungen zum Abfall erfolglos geblieben: Fürsten und Städte hielten treu zusammen; auch von Frankfurt erwarteten sie, dass es Schulter an Schulter mit den Glaubensgenossen den Kampf bestehen werde. Im Falle der Gefahr versprachen sie, die Stadt nicht im Stiche zu lassen. Der Krieg gelte nicht dem Bunde, sondern der ganzen Nation: Religion und Reichslibertät stünden auf dem Spiele.

Wie von einem Alpdruck befreit, athmete man im

[1] Fr. St.A. RSN. 1546 d.d. 2. Juli, verlesen laut R. Pr. am 6. Juli.

Frankfurter Rathe auf.[1] Die Gefahr eines direkten Angriffs auf die Stadt, welche selbst kaum in dürftigster Weise gerüstet sich rechtzeitiger Hülfe von aussen nicht sicher fühlte, war beseitigt. Mit frischem Muth sahen die zunächst bedrohten Genossen dem Zusammenstoss entgegen. So musste die Niedergeschlagenheit, welche das Gefühl der eigenen Schwäche gegenüber dem drohenden Angriff in Frankfurt hervorgerufen hatte, sich in eine freudigere zuversichtliche Stimmung verwandeln.[2]

Weit entfernt, den politischen Befürchtungen, Hoffnungen, Plänen, Versuchen, Handlungen, welche überall in den ersten ungewissen Momenten grosser Entscheidungen emportauchen, bis ins Kleine hinein folgen zu können, möchten wir nur kurz zwei für die gesammten Verhältnisse charakteristische Episoden erwähnen. Mitten unter den Vorbereitungen zum Kriege, während der nüchterne Verstand sich wieder und wieder sagen musste, dass der Entschluss des Kaisers unwiderruflich fest stehe, brach noch einmal die Friedenssehnsucht hervor: es wurde versucht, einen Ausgleich zwischen den streitenden Parteien anzuregen. An demselben 26. Juni, an welchem man Strassburg beweglichst um Hülfe anging, wurde der Kurfürst von der Pfalz durch den Stadtschreiber Martin Sigel im Auftrage des Rathes um die Vermittelung beim Kaiser gebeten.[3] Der Pfalzgraf, sehr bereit, seinen Einfluss in diesem Sinne geltend zu machen, beabsichtigte Mainz und Württemberg für die Sache zu gewinnen und mit deren Unterstützung den Kaiser anzugehen.[4] Doch hatte er wegen des grossen Um-

[1] R. Pr. 6. Juli: „Trostschrift der oberländer"

[2] Man wird als Beleg hierfür vielleicht auch die in Frankfurt abgefasste, bezüglich der Schmalkaldener wohl übertriebene Schilderung des politischen Zustandes des Reiches heranziehen dürfen, welche sich findet d.d. 15 Juli 1546 in St. pap. H. VIII. vol. XI. pag. 235.

[3] R.Pr. u. B.B. 26. Juni 46.

[4] Fr. St.A. RSN. 1546: a) Antwort des Pfalzgrafen d.d. 28. Juni; Copie; b) Instruction der pfälzischen Gesandten an den Kaiser d. d. 15. Juli; Copie; c) Pfalzgraf an Frankfurt d d. 12. August (?); Copie. Ueber die Haltung des Pfalzgrafen während des Krieges vergl. Druffel. Des Viglius von Zwichem Tagebuch, p. ff. 3. 13. 5. 31. 25. 43. 27. 45. 54. 68.

fangs der Rüstungen wenig Hoffnung. Das Unternehmen scheiterte natürlich vollkommen, da der Kaiser ja längst entschlossen war, „keinen anderen Prozess, wie den zuvor andere, nämlich das Faustrecht, an die Hand zu nehmen."

Das zweite, ebenso erfolglose politische Bemühen war ein Versuch, die nichtbündischen Reichsstädte im Falle eines Angriffs gegen Frankfurt auf Grund der gemeinsamen städtischen Interessen zur Hülfe aufzurufen.[1] Als der Rath die ersten sondirenden Schritte unternahm und die Bitte um genaue Nachrichten über kriegerische Bewegungen aussprach, kamen die Gesinnungen der Städte sofort an den Tag. Die Antworten[2] versicherten zwar, man wolle jede Nachricht gerne mittheilen, gaben aber im Uebrigen so deutlich die Neutralitätssehnsucht zu erkennen, dass man von weiteren Verhandlungen abstand. Am lebhaftesten war die Correspondenz mit Nürnberg. Nach der Haltung Nürnbergs in religiösen Dingen seit dem Augsburger Reichstag von 1530, besonders aber durch seine Theilnahme an den Frankfurter Verhandlungen vom letzten Winter schien man zu der Annahme berechtigt, die Stadt werde dem Schmalkaldischen Bunde ihre Unterstützung im Kampfe für das Evangelium nicht entziehen. So theilte Frankfurt denn gleich die frühesten allarmirenden Nachrichten der fränkischen Schwester mit. Und die erste Antwort darauf lautete so, dass man die beste Hoffnung haben mochte. Die Rüstungen, schrieb der Nürnberger Rath, sind unleugbar von ausserordentlichem Umfang; den Zusicherungen der kaiserlichen Räthe, es sei nicht gegen die Städte gemeint, darf man nicht trauen;

[1] BB. 22. Juni
RSN. 1546 26. Juni
Str. St.A. A.A. 544 d.d. 28. Juni
R.Pr. 29. Juni
} an Nürnberg.
B.B. 29. Juni an Köln, Worms, Speyer.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Köln d.d. 5. Juli: „Dweil wir aber noch „zur zeit nit grundlich vernemen konnen, was solliche bewerbung uf „sich habe, wissen wir nit anders oder bessers dieser zeit in der eile „zu rathen, dann ein jekliche stadt sich vorsehe und der sachen selbst „zum vleissigsten acht habe." A. o. O. Worms d.d. 3. Juli; Speyer d.d. 3. Juli Nürnberg d.d. 26. Juni und 1. Juli.

wir gestatten weder Jemandem in unserem Gebiet die Trommel zu rühren, noch erlauben wir unseren Bürgern, kaiserliche Dienste zu nehmen; wir haben zu unserer eigenen Sicherheit Truppen geworben; es ist nothwendig „in diesen leuften alles in guter verwarung und achtung zu haben.“ [1] Das nächste Nürnberger Schreiben [2] freilich zerstörte alle Hoffnungen, die man vielleicht gehegt hatte; eine sonderbare Mischung von Furcht, Orthodoxie, Loyalität und Egoismus bildete hier die Grundlage der Politik. Die Absicht in bequemer Neutralität dem Kampfe zuzuschauen und sich ja in keiner Weise zu kompromittiren, sprach aus jeder Zeile. Diese immerhin traurigen Erfahrungen boten für die Frankfurter wenigstens den Vortheil, dass sie in die Bilanz der Verhältnisse keine illusorischen Faktoren einführten.

Um dieselbe Zeit unternahm der Bund einen letzten Versuch, die evangelischen Reichsstädte, welche nicht seinem Kreise angehörten, zum Auftreten für das Evangelium zu bewegen. Die Ulmer Versammlung beauftragte den Frankfurter Rath,[3] nach allen Seiten hin Einladungsschreiben zu einem Städtetage ausgehen zu lassen, der am 27. Juli in Frankfurt abgehalten werden sollte. Aber die Sache war ohne Erfolg. Die Dinge hatten sich bis gegen Ende Juli schon zu weit entwickelt, als dass eine Wahl zwischen den Parteien noch möglich gewesen wäre. Immerhin fand es der Kaiser für der Mühe werth, durch ein eigenes Schreiben der Versammlung gemessenen Befehl zu ertheilen, sie solle sich aller Beschlüsse und Berathungen, durch welche seine Rüstungen oder Absichten gehindert werden könnten, enthalten.[4]

---

[1] d. d. 26. Juni.

[2] d. d. 1. Juli, siehe Anlage II.

[3] R.Pr. 3. Juli.

[4] Fr. St.A. RS. 134. Frankfurt an Goslar d. d. 30. Juli Concept: Anwesend waren von der rheinischen Bank: Worms, Speyer, Nordhausen, Wetzlar; von der schwäbischen Bank: Weil; „Die auf heut dato alle wieder veritten.“ Verhandlungen hatten nicht stattgefunden. Der Frankfurter Rath nahm, laut R.Pr. 29. Juli, das kaiserliche Schrei-

Inzwischen hatte sich auch die allgemeine Lage so weit geklärt, dass zwischen Sachsen und Hessen zu Ichtershausen die Berathung des Feldzugsplans stattfinden konnte. Von dem rechtzeitigen Besitze der nöthigen Geldmittel musste der unendlich wichtige Beginn des Kampfes sehr wesentlich bedingt werden. So erging gemäss den Ulmer Beschlüssen[1] am 4. Juli von Ichtershausen aus die Aufforderung an die Stadt, binnen 14 Tagen drei Doppelmonate und in Monatsfrist weitere drei Doppelmonate d. h. je 18000 fl. zur Bestreitung der Bundesrüstungen zu erlegen.[2] Sofort wurden von Rathswegen mit den Juden, reichen Bürgern und Handelshäusern Verhandlungen um Anlehen eingeleitet. Mit Rücksicht auf das zu erwartende weitere Bedürfniss nach baarem Gelde liess der Rath durch öffentliche Bekanntmachung die Bürger auffordern, ihre Kapitalien nicht nach auswärts zu verleihen, damit sie nöthigen Falles im Stande seien, ihrer eigenen Stadt Geld vorzustrecken.[3] Die Angebote der Händler und Bürger betrugen zunächst 23000 Gulden. Es wurde beschlossen, alles Angebotene aufzunehmen.[4]

Unterdessen gewann die Stadt und ihre Umgebung ein immer kriegerischeres Aussehen; während in Mainz sich feindliche Reiter sammelten[5] und aus den fränkischen Bisthümern[6] das Gleiche gemeldet wurde, hatte man in Hessen und Nassau mit grossem Erfolge für den Bund geworben. Am 16. Juli gingen 11 bündische Fähnlein, welche in Darmstadt gemustert worden waren, unter Johann von Heideck und Bernhard von Dahlheim über die Frankfurter Main-

ben in Empfang und bescheinigte dem Boten „ohne allen Anhang“ die Uebergabe desselben.

[1] vergl. S. 32. Anm. 4.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Sachsen, Hessen an Rath d. d. 4. Juli, verlesen am 8 Juli.

[3] R.Pr. 8. Juli.

[4] R.Pr. 13. u. 15. Juli.

[5] R.Pr. 9. Juli. „Der von Nassau-Wißpach, ain Teutschherr und „Friedrich Spet sint zu Mentz und soll der von Nassau 300 pferd dem „Teutschmeister zuführen.“

[6] R.Pr. 15. Juli.

brücke auf das nördliche Ufer des Flusses, um sich im Würzburgischen mit den übrigen landgräflichen Truppen zu vereinigen.[1] Je geschwinder es gelang, die nöthigen Truppen anzuwerben, um so mehr steigerte sich das Bedürfniss nach Geld. Es verging fast kein Tag, an welchem der Landgraf nicht seine Bitten um rasche Erlegung des Frankfurter Betrages erneuert hätte;[2] energisch trat er der Neigung entgegen, einen Theil des städtischen Bundesbeitrags zu Gunsten der städtischen Vertheidigungsanstalten aufzuwenden. Sehr richtig bemerkte er, wenn jeder Stand so denken wolle, woher denn dann das Geld zur Unterhaltung einer Feldarmee kommen solle? Er allein habe 30 Fähnlein zu werben befohlen und stehe mit Graf Oldenburg wegen einiger weiterer Tausend Mann zu Fuss und zu Pferd in Unterhandlung; welche Summen das verschlinge, könnten sie sich denken; in dieser äussersten Noth sei wahrlich nichts zu versäumen. Neben den pekuniären Anforderungen liefen dann eine Menge Bitten um andere Kriegsbedürfnisse bei der Stadt ein.[3] Die grossen Massen schnell zu bewaffnen, machte beträchtliche Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen häuften sich die Geschäfte des Krieges immer mehr. Die Berathung und Behandlung der laufenden Angelegenheiten musste einer noch geringeren Anzahl von Männern als seither übertragen werden. Auf seinen eigenen Antrag wurde der Ausschuss für Kriegssachen auf vier Mitglieder vermindert und mit unbedingter Autorität über alle Beamten und weitgehender Vollmacht bezüglich aller militärisch-politischen Sachen ausgestattet.[4]

Jetzt erhielt der Rath auch genauere Kunde über die Absichten und Beschlüsse der Fürsten. Oiger von Melem war nochmals auf Verlangen des Landgrafen in Kassel ge-

[1] R.Pr. 15. Juli. Quellen II, 297.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 6. Juli; 7. Juli, 10. Juli, 13. Juli, [laut R.Pr. 15. Juli], 16. Juli.

[3] Hessen d. d. 7. Juli um Blei; d. d. 8. Juli um zwei Büchsenmeister; Johan von Heideck d. d. 10. Juli um Hacken und Handrohre. Fr. St.A. RSN. 1546.

[4] R.Pr. 17. Juli.

wesen. Am 18. Juli referirte er über sein Gespräch mit Philipp.[1] Darnach hatten die beiden Oberhauptleute beschlossen, zuerst ihre Festungen ausreichend zu besetzen, dann am 20. Juli sich bei Meiningen zu vereinigen, etwaige Anschläge und Ansammlungen im Würzburgischen zu vernichten und bei Dillingen zu den Oberländern zu stossen. Der Landgraf, soeben von den Erfolgen Schertlins bei Füssen und Ehrenberg unterrichtet, befand sich in sehr gehobener Stimmung: „er wolle hinauf und sehen, wo die ungehorsamen seien". Von Frankreich waren ihm Versicherungen zugekommen, wenn die Protestanten nur ein wenig aushielten, werde man die Streitkräfte des Kaisers durch einen Angriff an einer anderen Seite seiner Reiche zersplittern. Nachrichten von der Eröffnung des Seekriegs seitens Dänemarks und der Hansestädte schienen eine neue Erweiterung des Kriegsschauplatzes zu Ungunsten des Kaisers zu versprechen. Hinsichtlich der Gefahren eines Angriffs aus den Niederlanden gab der Landgraf die tröstlichsten Versicherungen: für alle Fälle seien Vorbereitungen getroffen und seinen Amtleuten Verhaltungsmassregeln ertheilt.[2] Doch erneuerte er seine Forderung, dass die Stadt ihre Besatzung verstärken und genaue Nachrichten über die Verhältnisse und Bestimmungen der niederländischen Truppen des Kaisers einziehen solle.

Wenige Tage darauf erfuhr man zuerst wieder etwas vom Niederrhein. Ein Corps von 3000 Reitern liege, so hiess es, bei Dortmund; sie würden besoldet von den Deutschherren zu Mainz.[3] Der Rath beschloss sofort genauere Kundschaft darüber einzuziehen und die Haltung des Frankfurter Deutsch-Komthurs auszuforschen. Kaum war man auf diese neue Quelle der Gefahr aufmerksam geworden, so wurde die Stadt auch schon von den Bundeshäuptern eindringlich gemahnt, auf guter Hut zu sein. Ein Abge-

[1] R.Pr. 18. Juli, vergl. Anlage III.

[2] Dies geht hervor aus R.Pr. 1. August.

[3] R.Pr. 22. Juli. Str. St.A. AA. 541. Frankfurt an die 13, d. d. 3. August.

sandter Sachsens und Hessens, Wilhelm von Massenbach, erschien am 23. Juli vor dem Ausschusse, um diesen über die Lage aufzuklären:[1] Der Kurfürst und der Landgraf haben ihr eigenes Land zum Besten der Einigung verlassen und eilen nach dem Süden, wo die Entscheidung fallen muss; sie sind entschlossen, nach der Vereinigung mit den Oberländern dem Kaiser direkt auf den Leib zu rücken, ehe er seine welschen Truppen herangezogen hat. Dennoch ist Mitteldeutschland nicht vor jeder Gefahr sicher; ein treffliches Kaiserliches Hülfscorps wird in den Niederlanden gesammelt; über die Stärke und Aufgabe desselben ist man noch im Unklaren; aber es wird wahrscheinlich versuchen, sich durch den Rheingau und Franken zum Kaiser durchzuschlagen. Es liegt desshalb im höchsten Interesse Frankfurts selber, seine Widerstandskraft in jeder Weise zu erhöhen und genaue Nachrichten vom Feinde einzuziehen. Selbstverständlich versicherte der Rath, er wolle alles Mögliche zur Stärkung der Stadt thun, da ja sein eigenes Heil darauf beruhe: man erwarte jeden Tag den Bericht eines bereits ausgesendeten Kundschafters und werde es an Nachrichten nicht fehlen lassen. Gleichzeitig fand eine Verschärfung des Wachtdienstes statt. Ein vertrauter städtischer Söldner machte sich als Späher nach den Niederlanden auf den Weg.[2]

Die Gefahr, welche in den Ansammlungen feindlicher Reiter bei Coblenz und weiterhin in dem über kurz oder lang zu erwartenden Anmarsche der niederländischen Truppen unter dem Grafen Büren für die südwestlichen protestantischen Landschaften erwuchs, bedrohte natürlich am meisten das hessische Gebiet. Die Truppen, welche unter Oberst Reiffenberg zur Deckung des Landes dienen konnten, waren recht wenig zahlreich.[3] Noch befremdlicher aber musste es gegenüber den Versicherungen des Landgrafen

[1] R.Pr. 23. Juli.

[2] R.Pr. 23. Juli.

[3] Nach R.Pr. 1. August 3500 Knechte. Str. St.A. AA. 544 Rath an die 13: Das Land sei von Reisigen „ganz entplost".

für den Frankfurter Rath sein, dass jetzt [1] die hessischen Amtleute und Oberst Reiffenberg bei der Stadt anfragten, was sie thun sollten: ob man den Reitern den Rheinübergang wehren, Engers und Kastel besetzen solle; ob die Stadt 1500 Mann in Sold nehmen und beim Landgrafen erwirken wolle, dass sie ihre Bundesbeiträge hier erlegen dürfe. Der Rath lehnte die Beantwortung dieser Fragen ab. Er erinnerte dabei an das Versprechen des Landgrafen und erklärte sich in militärischen Dingen für incompetent. Doch warnte er vor Verletzung neutralen Gebiets und bewilligte die Bitte um fünf bis sechs Falkonetlein.[2] Tags darauf erhielt man genauere Angaben über die Stärke des Feindes:[3] darnach sollten 3000 Reiter unter dem Herzog von Mecklenburg und 1200 Reiter unter Friedrich Spät zwischen Bingen und Bonn stehen und Büren mit 4000 Reitern und 20000 Fusssoldaten im Anmarsch sein; doch gab eine andere Nachricht die Zahl von Bürens Reitern nur auf 1400 an.[4] Wie dem auch sein mochte, die Sorglosigkeit, mit welcher die hessischen Räthe die Gefahr hatten heranrücken lassen, die geringe Stärke der verfügbaren Truppen liess wenig Hoffnung, dass den Feinden der Rheinübergang mit Erfolg streitig gemacht werden würde. Verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, dass der Uebergang bei Mainz geplant sei, und so gewann die Befürchtung Raum, Büren möchte die Stadt belagern und Hessen verwüsten;[5] dieselbe schien um so mehr berechtigt, als sich am 4. August das Gerücht verbreitete, es seien bereits 2000 Reiter bei

[1] R.Pr. 1. August.

[2] R.Pr. 1. August.

[3] Fr. St.A. RSN. 1546 enthält eine ganze Anzahl „Zeitungen", welche laut R.Pr. am 3. August verlesen wurden. a) aus Köln d.d. 22. Juli, d. d. 24., d.d. 24., 4 Zeitungen d. d. 24., d d. 30. Juli 3 Kundschaften; b) aus dem Trierischen ohne Datum.

[4] Str. St.A. AA. 544 Frankfurt an die 13 von Strassburg d. d. 11. August: 1500 - 1600, obwohl auf 3000 furiert wird. Str. St.A. AA. 552, v. d. Thann an die 13 d. d. 4. August. Str. St.A. AA. 541. Frankfurt an die 13 d. d. 3. August: 1400.

[5] Str. St.A. AA. 541. Frankfurt an die 13 d. d. 3. August.

Walluf übergegangen.[1] Zwar bewahrheitete sich diese Nachricht nicht, veranlasste aber doch, dass der Oberverwalter des hessischen Fleckens Epstein schleunigst eine Hand voll Leute zusammenraffte und das Rheinufer bei Walluf und Bibra besetzte.[2]

Inzwischen war von den hessischen Statthaltern zu Giessen Kriegsrath gehalten worden. Oberst Reiffenberg, der Commandeur der hessischen Truppen, empfing den Auftrag, sich mit Frankfurt ins Einvernehmen zu setzen, schleunigst Wallufs sich zu versichern, vor allem zuverlässig auszukundschaften, welche Stelle die Feinde zum Uebergang ausersehen hätten. Weiter wurde ihm die Vereinigung mit dem Grafen Beuchlingen, der im Namen des Kurfürsten von Sachsen am Main geworben hatte, anempfohlen und eventuell eine Unterstützung von 2000 Bauern zugesagt.[3] Gleich darauf erhielt Oberst Reiffenberg aus dem Feldlager bei Münchenrode direkten Befehl vom Landgrafen.[4] Er wurde angewiesen, alles aufzuwenden, um den Uebergang des Feindes über den Rhein zu verhindern. Für den Fall aber, dass Büren trotzdem überraschend an einer Stelle, wo man es nicht erwartet habe, den Uebergang vollziehe, erhielt der Oberst eine dreifache Instruction: beabsichtige Büren ihn einzuschliessen und zu schlagen, so solle er Frankfurt besetzen; marschire der kaiserliche General unverweilt nach dem Süden weiter, so habe er demselben den kürzeren Weg längs der Bergstrasse zu verlegen; endlich, wende sich Büren gegen das hessische Land, so müsse er sich schleunigst in die Festungen Kassel und Giessen werfen.

Sonntag den 8. August rückte Reiffenberg mit 8 Fähnlein gegen den Rhein und lagerte sich zwischen Hochheim und Kostheim. Am Montag Morgen fuhr eine hessische Deputation hinüber nach Mainz und verlangte, der Erzbischof solle die Hälfte oder alle seine Nähen herüberschicken

[1] Fr. St.A. RSN. 1546, v. d. Thann an Rath d.d. 4. August.

[2] Str. St.A. AA. 544. Frankfurt an die 13 d. d. 11. August.

[3] Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 5. August, die hessischen Statthalter an Reiffenberg.

[4] Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 1. August.

und Kastel den Hessen öffnen. Natürlich weigerte sich derselbe, die Schiffe auszuliefern, betheuerte aber bei seiner Ehre, er werde ihren Gegnern die Benutzung derselben nicht gestatten; wegen Kastels gab er eine ausweichende Antwort.[1] Als Kastel bis zu einer bestimmten Stunde nicht geöffnet ward, liess Reiffenberg seine Geschütze gegen dasselbe richten und ordnete seine Truppen zum Sturm. Doch ehe es zum Aeussersten kam, ergab sich die hundert Mann starke Besatzung, welche an keinen Widerstand denken konnte. Kastel wurde nun der Mittelpunkt von Reiffenbergs Stellung. Zwei Fähnlein lagen in dem Orte, die übrigen Truppen verschanzten sich zwischen demselben und dem Rhein. Gleichzeitig mit der Einnahme Kastels besetzten einige Hundert bäuerliche Schützen weiter oberhalb die Uebergangsstellen des Flusses bei Weissenau und Germersheim, während Oberst Beuchlingen gegen Oppenheim marschirte, um sich dort am Rhein aufzustellen. Doch führte der Graf seinen Auftrag nicht durch: seine Leute waren missmuthig, weil sie noch keinen Sold empfangen hatten; er hoffte nun von den hessischen Räthen Geld zu bekommen; die wiesen ihn ab; darüber gerieth er in solchen Zorn, dass er plötzlich Kehrt machte und an Frankfurt vorüber nach Rumpenheim zog, um dort Musterung zu halten. Diese Vorgänge erregten natürlich in Frankfurt das grösste Aergerniss. Der Senat bat die hessischen Räthe dringend, das gemeine Beste zu bedenken und die Bedürfnisse des Grafen zu befriedigen.[2]

Unterdessen näherte sich auch Büren. Am 13. August wurde gemeldet, dass er in der Gegend zwischen Bonn und Rheinbach angekommen, 5000 Reiter und 24 Fähnlein stark sei, auch einiges Feldgeschütz mit sich führe. Ueber seine Marschroute herrschte vollkommene Ungewissheit.[3] Gerüchte

---

[1] Quellen II, 297, ff. R.Pr. 10 August. Str. St.A. AA. 544 Rath an die 13 d. d. 11. August.

[2] R.Pr. 14. August. Rath leiht Beuchlingen 2000 fl.
17. „ „ „ „ 1000 fl.

[3] Str. St.A. AA. 544. Frankfurt an die 13 d. d. 13. August.

behaupteten, er werde über den Hunsrück oder Westerwald ziehen. Ein momentaner Stillstand seiner Bewegungen gab selbst zu der Fabel Anlass, ein Einfall der Dänen zwinge ihn zur Rückkehr nach den Niederlanden.[1] Die ausserordentliche Consequenz des kaiserlichen Generals, der es verstand, seinen Gegnern allerlei widersprechende Nachrichten in die Hände zu spielen, seine eigentlichen Pläne völlig zu verheimlichen, ward für die Bündischen in mehr als einer Richtung verhängnissvoll.[2] Ihre Unkenntniss der feindlichen Absichten hatte die hessischen Führer von vornherein in eine recht missliche Lage versetzt. Jene Reiterhaufen, welche aus Westphalen gekommen waren und seit Mitte Juli rheinaufwärts sich in Bewegung gesetzt hatten, lagerten in den ersten Tagen des August nach ihrem Uebergang über die Mosel auf dem Maifeld, dann in der Gegend von Bingen.[3] Nun wusste man, dass dieselben mit dem Uebergang über den Rhein bis zur Ankunft Bürens warten sollten und durfte also annehmen, dass sie nicht über den Punkt hinaus, wo Büren überzugehen gedenke, rheinaufwärts reiten würden; andererseits zweifelten die Hessen nicht, dass die Feinde ihr Unternehmen am liebsten bei Mainz bewerkstelligen würden und trafen damit auch die ursprünglichen Absichten Büren's.[4] Nun wandten sich aber jene Reitergeschwader, die unterdessen auf 3500 Mann angewachsen waren, statt direkt auf Mainz loszugehen, vielmehr nach Südosten, nahmen bei Oppenheim Quartier und gaben so zu der Vermuthung Anlass, dass Büren vielleicht diesen Punkt für seinen Uebergang ausgewählt habe.[5] Hierdurch sahen sich die Hessen

[1] Str. St.A. AA. 552. Meldung eines Kundschafters. Str. St.A. AA. 544. Rath an die 13 d. d. 11. August.

[2] Str. St.A. AA. 544. Rath an die 13 d. d. 13. August. Fr. St.A. RS. 1546. Rath an Braunschweig d. d. 20. August; Rath an die 13 d.d. 20. August.

[3] Str. St.A. AA. 552. Meldung eines Kundschafters. Str. St.A. AA. 554. Wolfgang von Zweibrücken an die 13 d. d. 7. August.

[4] Str. St.A. AA. 552. Dr. Heiss (?) an Sturm d. d. 16. August. St. pap. H. VIII, XI, 267.

[5] Str. St.A. AA. 542. Worms an die 13 d. d. 22. Aug.; 30. Aug.; Speyer an die 13 d. d. 23. August.

gezwungen, diese Stelle mit einem nicht unbeträchtlichen Contingente zu besetzen, ja sie hielten es für gut, sich auch dazwischen liegender Punkte durch kleinere Abtheilungen zu versichern.[1] Die Folge war, dass die ohnehin schon schwachen bündischen Kräfte in einer unendlich ausgedehnten Stellung zersplittert wurden.[2] Von Walluf bis Oppenheim waren alle zu einem Uebergange günstigen Stellen des Rheinufers von grösseren oder kleineren Abtheilungen besetzt, am stärksten die weit auseinander liegenden Punkte Oppenheim und Kastel, doch auch sie unzureichend. Oberst Reiffenberg in Kastel hatte acht Fähnlein, Graf Beuchlingen in Oppenheim sieben Fähnlein.[3] Freilich war Aussicht vorhanden, dass sich diese Verhältnisse bedeutend günstiger gestalten würden. Von Oberhessen her rückte Graf Oldenburg, welchen der Landgraf für den Bund gewonnen hatte, mit einem Corps von 800 Reitern und 18 Fähnlein heran. Am 15. August war er bereits in Butzbach angekommen; so durfte man hoffen, dass er noch rechtzeitig am Rhein erscheinen würde. Für den 20. August ward die Ankunft Büren's in Mainz signalisirt, doch gelang es jetzt noch nicht einmal, genaue Angaben über seine Stärke zu erhalten.[4] Die Befürchtungen, dass der Mainzer Erzbischof seine Nähen dem Feinde überliefern werde, gewann neuerdings Raum.[5]

[1] Str. St.A AA. 552. Riedesel, von der Thann an Sturm d. d. 16. August: „Versehen uns, wir wollen den pass hieum wol weren, besorgen aber nachdem das gegentheil viel pferd hat, sie mochten in eil hinauf ken rheinhausen reiten, das fahr daselbst innemen, ehe wirs ereilen konten und darnach alleda uberfaren disem unserm ganzen hauptthandel zum nachteil."

[2] Str. St.A. AA. 544. Rath an die 13 d. d. 13. August: „und sind nun alle faren von Walluf bis gen Oppenheim und was daruber, landgräflich besetzt. Str. St.A. AA. 552. Alex. Pund an die 13 d. d. 23 Aug.: Würtemberger haben Rheinhausen besetzt.

[3] Str. St.A. AA 544. Rath an die 13 d. d. 25.August, Zettel. Beuchlingen selber hatte 5 Fähnlein, dazu kamen 2 Fähnlein, welche Strassburg nach Oppenheim geschickt hatte. Quellen II, 298.

[4] R.Pr. 16. August. Fr. St.A. RS. 134. Rath an Braunschweig d. d. 20. August: Oldenburg hat c. 1000 Pferde und 5000 Knechte.

[5] Str. St.A. AA. 544. Rath an die 13 d.d. 13. August. Ein Schiffer

Angesichts dieser kritischen Lage entschloss sich der Frankfurter Rath, auf wiederholtes Drängen der hessischen Räthe nicht nur sieben Geschütze zu liefern, sondern sogar sein einziges Fähnlein zur Vertheidigung der Kasteler Position ausrücken zu lassen.[1]

Viel schlimmer als die numerische Schwäche war für die Protestanten der Mangel an einer einheitlichen energischen Führung. Die Eifersüchteleien zwischen den Obersten der Regimenter und den hessischen Räthen nahmen kein Ende.[2] Dass alle wichtigeren Massregeln von einem vielköpfigen Kriegsrathe und nicht einmal an Ort und Stelle, sondern in Rüsselsheim getroffen wurden, war für die militärischen Aktionen durchaus unzuträglich. Dazu kam dann noch der Geldmangel. Die Truppen Beuchlingens, welchen man mit Mühe unter Zusicherung geordneter Proviantzufuhr bewogen hatte, zum zweiten Male das Rheinufer gegenüber Oppenheim zu besetzen, zeigten wegen des ausstehenden Soldes bedenkliche Neigung zu Meuterei.[3] Der Graf selber war aufs Höchste empört, jene Zusagen nicht erfüllt zu sehen. Frankfurt, welches demselben schon vorher zur Bezahlung seiner Leute 3000 Gulden vorgestreckt hatte,[4] that auch jetzt alles, um den verderblichen Streit auszugleichen. Dadurch, dass es am nächsten Tage den Rest seiner sechs Doppelmonate in der Höhe von 14,000 Gulden den hessischen Räthen auszahlte, konnten die Ansprüche der Soldaten wenigstens für den Augenblick befriedigt werden.

Es fällt auf die Führer der Protestanten noch ein schwerer Vorwurf. Sie dachten nicht daran, der Steigerung der Gefahr, welche aus ihrer Unkenntniss der feindlichen

---

sagte in Strassburg aus, der Erzbischof habe alle Schiffe versenken lassen; man befürchtete jetzt, dass er sie wieder heben lassen möchte, R.Pr. 16. August.

[1] R.Pr. 1. u. 6. August. BB. 17. August. Quellen II, 298: Das städtische Fähnlein traf am 19. August in Kastel ein.

[2] R.Pr. 13. August, vergl. Anlage IV.

[3] R.Pr. 19. August.

[4] R.Pr. 17. August.

Absichten entsprang, mit doppelter Wachsamkeit zu begegnen. Vielmehr liessen sie sich durch nichtige Versprechen des Mainzer Vizthums und anderer Mainzer Räthe, vielleicht auch durch den Gedanken, dass sie die meisten Schiffe an den Rheinufern in ihren Händen hätten, in völlige Sicherheit wiegen.[1] Die Aussicht, in den nächsten Tagen durch die Ankunft der oldenburgischen Regimenter eine sehr wesentliche Verstärkung zu bekommen, vermehrte noch ihre sorglose Zuversichtlichkeit. Damit war ihr Geschick besiegelt. Graf Büren, ein ganzer Soldat und ein trefflicher Führer und ohne Zweifel von den Zuständen im feindlichen Lager genau unterrichtet, wusste die Blössen seiner Gegner vorzüglich auszunützen. Bis zuletzt hielt er die Hessen im Unklaren über seine Absichten, ja es gelang ihm, sie völlig zu täuschen.[2] Während die oben erwähnten Reiterschaaren bei Oppenheim stehen blieben,[3] als ob sie hier die Ankunft des Hauptcorps erwarteten, rückte Büren selbst bis unmittelbar vor die Thore von Mainz, um die Gegner in dem Glauben, er beabsichtige hier oder noch weiter oberhalb überzugehen, ganz sicher zu machen. Am Abend aber schickte er plötzlich 5000 Fusssoldaten rheinabwärts[4] mit dem Befehl, zwischen Bingen und Walluf über den Fluss zu setzen. Das Unternehmen glückte, obwohl man nur sehr mangelhaftes Fahrzeug hatte, vollkommen.[5] Rheingauer Bauern, welche das jenseitige Ufer besetzt hielten, wurden durch Androhung der Ungnade ihres Herrn, des Erzbischofs von Mainz, bewogen, keinen Schuss abzugeben; so vollzog sich der Uebergang in aller Stille. Mit dem ersten Morgengrauen rückte dann diese Abtheilung gegen Walluf vor. Durch eine Kriegslist Bürens — er liess alle seine Trommler in weitem Abstande von einander gegen den Ort anrücken

[1] Vergl. Anlage IV.

[2] Fr. St.A. RS. 134. Rath an Braunschweig d.d. 20. August.

[3] Str. St.A. A.A. 542. Speyer an die 13 d.d. 23., 24., 30. August.

[4] St. pap. H. VIII. vol. XI, 275. d.d. 27. August. Avila commentarius, p. 40a ff. Antwerpen 1550. Anlage IV.

[5] Str. St.A. A.A. 552. Speyer an die 13 d.d. 24. August: 1—2 Nähen.

und Marsch schlagen[1] — entstand unter der Besatzung, einem Haufen Bauern, die Vorstellung, das ganze feindliche Heer sei im Anzuge. Ohne Besinnen liefen sie von dannen. Die Flüchtigen verbreiteten die Schreckenskunde im Lager von Kastel.[2] Sofort theilte sich die Panik der Bauern den Truppen mit. Von keiner Autorität gehalten, stürzte sich Alles, ohne nur den Angriff des Feindes abzuwarten, in regellose Flucht.[3] Erst bei Frankfurt gelang es, die aufgelösten Schaaren zum Stehen zu bringen, obwohl die büren'schen Truppen gar nicht über Kastel hinausrückten. Der Stromübergang lag nun offen vor dem kaiserlichen Heere.

— —

Seit Anfang August gewann die Stadt täglich mehr ein verändertes Ansehen. Die Thore schlossen sich nach und nach bis auf zwei; alle Bäume innerhalb Büchsenschussweite vor der Mauer fielen.[4] Handel und Wandel stockten; fremdartiges Treiben erfüllte die Strassen. Landsknechte und Bürger mit Spiess und Schwert bezogen die Thorwachen; schaarenweise eilte das Volk zur Schanzarbeit auf die Wälle.[5] Bauern flüchteten ihre Habe hinter die schützenden Mauern. An Stelle von Tüchern und Gewürzen sah man Pulver und

[1] Mammeran, catalogus expeditionis rebellium principum etc. „de civitate francfordiensi". Coloniae 1550. Nach dieser Quelle erzählt auch Lautze, Leben Philipps des Grossmütigen II, 180, 181.

[2] Anlage IV, V. Rathsausschuss an die 13 d.d. 22. August. Str. St.A. A.A. 544: Domherr Seifried Hund hat die Bauern im Rheingau verhindert zu schießen, so sind die Niederländer „den unsern unbewißt gerueiglich heruber und die ersten gleich uf Walluf getrungen, welches mit etlich hundert bauern besetzt gewest, die haben alsbald die flucht geben, und wie es furter zugangen, das die flucht under das ganz kriegsvolk auch komen, das konnen wir nit wissen."

[3] Man sprach sogar von Verrath der hessischen Führer. Str. St.A. A.A. 552. Dr. Heiß an Pund d.d. 27. August; „ . . . wo die untreu nit so groß, man will sagen, das sich etlich obersten zu Hessen übel gehalten; gott verzeih es inen, wenn dem also." Vergl. auch Anlage IV.

[4] R.Pr. 12. August.

[5] Jedes Haus stellte einen Mann. R.Pr. 22. August.

Kanonen durch die Stadt fahren.[1] Bäcker und Hausfrauen versahen sich mit Vorräthen.[2] Die Fremdenpolizei wurde sehr streng gehandhabt. Jeden Abend mussten die Wirthe ein Verzeichniss ihrer Gäste dem Rathe einreichen. Fremde erhielten beim Eintritt in die Stadt eine Marke und wurden nur gegen Vorzeigen derselben wieder durch die Thore gelassen.[3] Der Verkehr auf dem Main hörte beinahe ganz auf; die Flösse wurden abgefangen und das Holz aufgestapelt.[4] Alle gewohnten Verhältnisse waren gestört. Spannung und Aufregung bemächtigte sich der Gemüther; Unordnungen blieben nicht aus. Die Bürger liessen sich auf der Wache von Weib und Kind besuchen und vertrieben sich die Zeit mit Spiel, Zechen und Unfug; die Vorübergehenden waren vor den Anzüglichkeiten der übermüthigen Gesellschaft, die sich da zusammenfand, nicht sicher.[5] Und unter den jungen Leuten gab es Manchen, der dem Klang der Werbetrommel nicht widerstehen konnte, die Stadt verliess und zu den Bundesfahnen eilte.[6]

Unter diesen Verhältnissen wurde die Stellung des katholischen Klerus in der Stadt natürlich recht schwierig. Die Stimmung des Volkes zeigte sich demselben immer ungünstiger; argwöhnisch wurden alle seine Schritte beobachtet; mit Recht oder Unrecht beschuldigte man ihn verrätherischer Absichten. So geschah es, dass der Rath, wohl nicht ohne Druck von Seiten der Bürger, schliesslich zu einem sehr ungewöhnlichen Mittel griff, um sich seiner zu versichern: am 19. August beschloss er, von den Geistlichen

---

[1] R.Pr. 17. August. Der Rath befiehlt, alles Geschütz von den Flecken in die Stadt zu bringen.

[2] BB. 12 August.

[3] R.Pr. 17. August.

[4] BB. 12. August.

[5] Hierüber wird schon sehr früh und immer von Neuem geklagt: R.Pr. 2. Juli; B B. 22. Juli; R.Pr. 10., 17. August. „Es will das fressen und saufen nit ufhoren an den pforten, trinken sich voll und wissen sich gegen den fremden, so aus und eingehen, nit zu halten irs weintrinkens halben.“ „Die burger halten sich an den pforten nit fast wol, reizen die knecht zu onotdurftigem schiessen und sein stets voll weins.“

[6] BB. 15. August. Quellen II, 298.

den Eid der Treue zu verlangen.[1] Es war vorauszusehen, dass der katholische Klerus, welcher ausserhalb der Machtsphäre der weltlichen Obrigkeit zu stehen gewohnt war, sich nach Kräften gegen ein so unerhörtes Ansinnen stemmen werde. Man berief desshalb am nächsten Morgen die gesammte altgläubige Geistlichkeit auf den Römer und liess ihr — nach Stiftern und Klöstern getrennt — durch einen Rathsausschuss Folgendes vortragen: Der Pabst und die Kardinäle erfüllen Deutschland mit diesem Krieg; auf den Gassen Mailands ist öffentlich ausgerufen worden, Deutschland sei den Wälschen und Spaniern preisgegeben; die Niederländer drohen, sie wollen alle Anhänger der neuen Religion bis auf die Kinder über vier Jahre erwürgen und keins leben lassen: dies nöthigt den Rath, von Euch, die Ihr jenen von Religions wegen zugethan seid, den Treueid zu verlangen.[2] Nach dieser Eröffnung wurde der Wortlaut des Eides[3] verlesen und Antwort begehrt. Die Geistlichen beriethen sich kurz und baten, die Stadt möge sich mit der Versicherung begnügen, durch welche sie zu Anfang dieser Kriegsunruhen dem Rathe Treue gelobt hätten. Darauf erwiderten die Deputirten: in diesen Zeiten würden aus Freunden Feinde; sie wären auch dem Pabst als ihrem Haupte eidlich zum Gehorsam verpflichtet: der Rath müsse genau wissen, woran er sei und desshalb auf seinem Verlangen bestehen. Diese kategorische Erklärung raubte den Geistlichen jede Lust zu weiterem Widerstande; sie fügten sich und leisteten „quasi coacti propter metum corporis et bonorum ecclesiae“ den vorgeschriebenen Eid. Nicht genug damit, mussten sie sich bei ihrem Eide verpflichten, Niemanden ohne Wissen des Bürgermeisters zu herbergen; keine Schreiben ohne seine Billigung abzusenden oder zu empfangen, kein Kapitel, keine Versammlung ohne seine Erlaubniss abzuhalten; weder sich selbst noch etwas von ihrem Hab und

[1] B.B. 19. August.

[2] Fr. St.A. Liebfrauenbücher 105. R. Pr. 20. August.

[3] Derselbe findet sich R.Pr. 20. August. Die Darstellung der Verhandlung zwischen Rath und Stiftern beruht wesentlich auf Liebfrauenbücher 105.

Gut ohne seine Zustimmung aus der Stadt zu entfernen.[1] Wenn die Geistlichen hofften, dass nunmehr ihre Ruhe vor weiterer Störung von Seiten der Stadt gesichert sei, so werden wir gleich sehen, wie die Verhältnisse kurz darauf zu neuen, noch heftigeren Auseinandersetzungen zwischen beiden Theilen führten.

Einstweilen war natürlich das allgemeine Interesse hauptsächlich dem Ausgang der Dinge am Rhein zugewendet. Ob es gelingen werde, Büren hier den Weg zu verlegen, mochte wohl denen, die genauere Einsicht in die Stärke und Tüchtigkeit der beiderseitigen Contingente besassen, ziemlich zweifelhaft erscheinen; aber so viel musste man doch mit Bestimmtheit erwarten, dass die ausserordentliche Schwierigkeit, welche es macht, mit geringen Transportmitteln eine grosse Reitermasse über einen breiten, reissenden Strom zu führen, tüchtig von den Hessen werde ausgenützt werden. Um so überraschender kam die Nachricht von der schmählichen Flucht bei Kastel. Ein Bote des Hauptmanns, welcher das städtische Fähnlein befehligte, brachte noch am Abend des Unglückstages die Kunde nach Frankfurt.[2] Die Bestürzung war hier in dem ersten Augenblicke wohl noch grösser als die Entrüstung. Vor allem musste die Ehre und das Interesse der Stadt, soweit sie betheiligt war, gewahrt werden. Bereits zwei Stunden später ritt der Rathsherr Ort zum Jungen nach Kastel hinaus, um sich mit den hessischen Räthen in Verbindung zu setzen und dem Hauptmann den strikten Befehl zu überbringen, er solle „mit den knechten thun als redlich leut und sollen [sich] understeen, das geschutz nit dahinden zu lassen."[3] Schon am Morgen des nächsten Tages zog das Fähnlein in die Stadt ein, nachdem es die Nacht hindurch marschirt war; von der Artillerie ging nichts verloren.[4]

Mit wachsendem Unmuthe erfuhr man nun die Einzelheiten der Katastrophe. Führer und Truppen hatten sich

[1] R.Pr. 20. August.
[2] R.Pr. u. BB. 22. August.
[3] R.Pr. 22. August.
[4] Quellen II, 306.

gleich kläglich benommen; auf ihren Schutz durfte sich also Frankfurt im Falle eines Angriffes von Seiten Bürens am wenigsten verlassen. Schnell entschlossen traf der Rath die nöthigen Anordnungen, um die Stadt auch ohne fremde Hülfe zu vertheidigen.[1] Sofort wurde die Bürgerschaft von den Ereignissen in Kenntniss gesetzt und aufgefordert, „sich in rustung und rettung weib, kind, leibs und guts aufs trefflichst zu halten". Am nächsten Tage fand eine Musterung aller Waffenfähigen statt. Die Bürger sammelten sich auf den Allarmplätzen und erhielten Befehl, ihre Waffen jederzeit bereit zu halten, damit sie bei Sturmleuten sofort zur Stelle seien. Dann instruirten die Schützenmeister über die Handhabung der Kanonen und anderer Vertheidigungsgeräthe; alles wurde hergerichtet, um die Thore in kürzester Zeit verrammeln zu können. Der Rath selber übernahm die ständige Aufsicht über den Wachtdienst. Während des Tages befanden sich stets sechs Rathsherrn an den beiden geöffneten Thoren, des Nachts je zwei bei den Posten auf der Stadtmauer und je zwei bei der Hauptwache auf dem Römerberg. Eine rühmliche Energie drückt sich in diesen Massregeln des Stadtregimentes aus, und doch treten in demselben Momente die ersten Andeutungen einer andern Gesinnung zu Tage. Kurz bevor die Kunde von der Kasteler Niederlage anlangte, hatten städtische Diener einen Boten abgefangen, welcher Briefe an den Erzbischof von Mainz mit sich führte. Ehe die Frage, was mit diesen Papieren geschehen solle, dem Rathe vorgelegt worden war, traf die Unglücksnachricht ein, und nun beschloss er sofort, die Briefe uneröffnet passiren zu lassen: „dieweilen die sachen diese nacht ein ander gestalt gewonnen, dann sie bisher gehapt."[2] In dieser Entscheidung, welche scheinbar eine vielleicht ängstliche, doch gebotene Rücksicht auf den halb neutralen Nachbar enthielt, gibt sich in Wahrheit zum ersten Male derselbe Geist kund, der schliesslich den offenen Abfall von der gemeinen Sache herbeiführt.

[1] BB. 22. August.
[2] BB. 22. August.

Das Vertrauen auf die Leitung und Stärke des Bundes hatte einen gewaltigen Stoss erlitten und zwar nicht nur durch die Niederlage selber. Jene Mängel in dem militärischen Oberkommando und noch mehr in der Administration, die wir schon berührten, wuchsen, statt zu verschwinden. An dem erbärmlichen Ausreissen der bündischen Landsknechte war ohne Zweifel zum guten Theil die schlechte Verwaltung schuld.[1] Man hatte die Gelder, deren es bedurfte, nicht vorgesehen. Sowie aber die Truppen keine regelmässige Löhnung erhielten, zeigten sie sich nach Söldner Art unzuverlässig. Da wurde denn Frankfurt alle paar Tage um diese oder jene Summe bestürmt. Bis zum 7. August hatte es die ersten sechs Doppelmonate d. h. 36,000 Gulden ausbezahlt; dann kam von den Oberhauptleuten am 16. August der Befehl, laut Beschluss des Bundes innerhalb vier Wochen weitere sechs Doppelmonate zu erlegen.[2] Hatte es schon Schwierigkeiten gemacht, die ersten 36,000 Gulden aufzubringen, so war das mit den zweiten 36,000 Gulden in noch viel höherem Maasse der Fall.[3] Sehr verschlimmert wurde die Sache dadurch, dass die hessischen Räthe auf sofortige Zahlung drangen, und doch liess sich voraussehen, dass auch diese Summe nicht zur Befriedigung aller Ansprüche genügen werde.[4] Als die Stadt erklärte, im Verlauf weniger Tage mehr als 10,000 Gulden zu beschaffen, gehe über ihr Vermögen, waren die Hessen damit durchaus nicht zufrieden; es kam so weit, dass sie drohten, sie würden die Truppen verlassen, wenn die Stadt ihren Forderungen nicht genüge.[5] Schliesslich lieferte der Rath am 24. August 14,000 Gulden und vier Tage später noch 5000 Gulden. Es bereitete in der That beträchtliche Mühe, diese Summen zu beschaffen.[6]

[1] Vergl. Anlage IV und Fr. St.A. RSN. 1546 Rathsausschuß an die 13 d.d. 30. August.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546.

[3] Fr. St.A. RSN. 1546 Rath an Braunschweig d.d. 23. August.

[4] Frankfurt bemühte sich deshalb, auf der einen Seite die sächsischen und die Seestädte zum Zahlen zu bewegen, andererseits zu bewirken, dass Strassburg seine Doppelmonate hier erlege, beides umsonst.

[5] R.Pr. 23. August.

[6] R.Pr. 24. August. Ueber Frankfurts gesammte Kriegsunkosten

Bei dieser Gelegenheit beschloss der Rath, auch die katholische Geistlichkeit in Anspruch zu nehmen. Nur über die Verhandlungen mit dem Bartholomäus-Stifte sind wir genauer berichtet.[1] Danach liess das Stadtregiment am 25. August den Geistlichen erklären: der Krieg lege der Stadt enorme Lasten auf, sie sei desshalb genöthigt, von dem Stifte für den Schutz, welchen sie ihm gewähre, einen Beitrag von 3000 Gulden zu verlangen; derselbe müsse innerhalb vier Tagen gezahlt werden. Die Geistlichen erwiderten: eine derartige Leistung sei ganz unmöglich, besonders da ihnen schon seit vielen Jahren sehr schlecht gezahlt werde. Aber sie fanden keinen Glauben. Der Rathsherr Johann von Glauburg fuhr erregt heraus: sie sollten sich helfen, wie sie wollten, ausserhalb oder innerhalb der Stadt Geld leihen; das seien nun die Folgen davon, dass sie die Stadt durch ihre Sollicitation am Kammergericht zum Eintritt in den Bund gezwungen hätten; könnten sie sich einen Doctor halten, der gegen die Stadt sollicitire, so hätten sie auch Geld zum Zahlen; in der Stadt gingen die schlimmsten Gerüchte über sie; das Volk erzähle sich, etliche Pfaffen hätten geäussert, wenn Büren die Stadt von aussen angreife, wollten sie durch Anzünden ihrer Häuser die Bürger vom

bis zur büren'schen Okkupation geben Aufschluss: das Rechenmeisterbuch von 1546; das Zahlherrnbuch von 1546; eine Reihe von Quittungen, sämmtlich in Fr. St.A. RSN. 1546. Danach zahlte die Stadt dem Bunde

am	19. Juli	18,000 fl.
„	2. August	600 „
„	5. „	1,500 „
„	17. „	3,000 „
„	20. „	14,332 „
„	24. „	14,000 „
„	28. „	5,000 „
in kleineren Posten ausserdem		2,381 „
im Dezember		9,000 „

also im Ganzen 67,813 fl.; sie blieb demnach von 12 Doppelmonaten oder 72,000 fl. 4,187 fl. schuldig. Die Ausgaben für eigene Besatzung und Vertheidigungsanstalten beliefen sich auf ca. 40,000 fl. mithin die gesammten Kriegsunkosten vor dem Abfall vom Bunde auf rund 100,000 fl.

[1] Fr. St.A. Liebfrauenbücher 105.

Kampfe abziehen und so dem Feinde die Eroberung erleichtern.[1] Dagegen verwahrten sich die Stiftsherrn auf das Lebhafteste: solche Reden seien nichts als Lügen; jeden, der sich so äussere, solle der Rath sofort strafen. Als alle Betheuerungen des Unvermögens nichts fruchteten, erklärte der Dechant schliesslich: wenn Ihr uns schindet und schabt, können wir doch nicht mehr beschaffen als 1000 Gulden; das Stift und jeder Einzelne von uns hat sich ganz ausgemergelt; wenn Ihr uns mit der Hellebarte die Kehlen durchstecht, können wir diesmal doch nicht mehr geben. Der Rath sah ein, dass er an baar nicht mehr als 1000 Gulden erhalten werde und beschloss, für die übrigen 2000 Gulden Kirchengeräthe im gleichen Werthe einzuziehen.[2] Als sich aber herausstellte, dass die Prägung grossen Verlust verursachen würde, kam man auf die Geldforderung zurück, nur wurde eine Zahlungsfrist von einem Monat bewilligt. Doch waren die Auseinandersetzungen zwischen Rath und Klerus noch nicht zu Ende. Anfangs September verlangte das Stadtregiment ein Verzeichniss sämmtlicher Einkünfte der Stifter, um genauen Einblick in ihre Vermögensverhältnisse zu gewinnen.[3] Nichts konnte jenen widerwärtiger sein. Sie sträubten sich aus Leibeskräften gegen eine solche Zumuthung. In der Aufregung und Hitze der Verhandlungen fielen heftige Worte. Der Rathsherr Daniel zum Jungen nannte einmal den Dechanten von Liebfrauen einen Teufelsbraten.[4] Schliesslich mussten sich die Stifter fügen. Die Register wurden der Stadt am 20. Oktober eingereicht.[5]

---

[1] Die Menge gab ihrer Gesinnung gegen den Klerus natürlich auch thätlichen Ausdruck. Am 2. September bitten die 3 Stifter: „man wolle sie schutzen und schirmen vor ge walt und uberlaufen der burger, wollen wachen, frönen und huten und alles thun, das sie sollen.“ R.Pr. 2. September: „NB. Sibenkrämer und sein haufen haben si in der kirchen uberlaufen.“

[2] R.Pr. 31. August.

[3] R.Pr. 8. September.

[4] Fr. St.A. Liebfrauenbücher N. 105.

[5] R.Pr. 20. Oktober.

Nach der Flucht von Kastel fassten die hessischen Räthe den Beschluss, ihre Leute zunächst jenseits des Mains bei dem festen Rüsselsheim zu sammeln und die 5 Fähnlein Beuchlingens von Oppenheim an sich zu ziehen. Dann wollte man eine Defensivstellung bei Höchst, wo die Nidda von Nordosten her in den Main mündet, einnehmen.[1] Die Vertheidigung des Niddaüberganges und Höchsts sollte Graf Oldenburg mit seinen Truppen und dem Frankfurter Fähnlein übernehmen, das Südufer des Mains Reiffenberg und Beuchlingen besetzt halten. Aber dieser Plan, der doch nur Sinn hatte, so lange es sich darum handelte, die zersprengten und alle die kleinen Abtheilungen, welche südlich der Mainmündung gestanden hatten, zu sammeln, kam nicht zur Ausführung. Denn von den Leuten Reiffenbergs floh ein guter Theil bis nach Frankfurt[2] und Graf Oldenburg war, erschreckt durch übertriebene Nachrichten, nur auf seine eigene Sicherheit bedacht. Der Oberst, dessen rechtzeitige Ankunft die Kasteler Katastrophe wohl gehindert hätte, mochte ungefähr bei Kronberg angekommen sein, als er die Schreckensnachricht vom Rhein erhielt. Sofort brach er seinen Marsch längs des Südrandes des Taunus ab und nahm die Richtung auf Frankfurt; er befürchtete jeden Augenblick, von dem Feinde überrascht und getrennt von den übrigen schmalkaldischen Truppen vernichtet zu werden; desshalb beschloss er schleunigst unter den Wällen Frankfurts Schutz zu suchen. Ein Bote über den anderen brachte dem Rathe die Anliegen des Grafen.[3] Das Begehren für seine Person mit 700—800 Reitern in der Stadt quartiren zu dürfen, wurde ihm abgeschlagen; dagegen dem ganzen Corps ein Lagerplatz innerhalb der Landwehr bewilligt. Noch am Mittag des 22. August rückte Oldenburg mit 1000 Reitern und 18 Fähnlein auf das Galgenfeld,

[1] R.Pr. 22. August. Str. St.A. A.A. 544. Rathsausschuß an die 13 d.d. 22 August: „und wird uns zugeschrieben dasselb unser kriegsvolk wolle sich sampt dem v. Oldenburg, so auch heut alhie ankombt neben unser stat oder villeicht zu Hochst in ain vortail legen."

[2] Vergl. Anlage V u. Quellen II, 306, 299.

[3] R.Pr. 22. August.

welches sich an der Westseite der Stadt zwischen Mauer und Landwehr ausdehnte.[1] Theils in den umliegenden Dörfern Hausen und Bockenheim, theils auf offenem Felde schlugen die Truppen ihr Lager auf. Der Rath versprach schliesslich sogar, das Heer in die Stadt aufzunehmen, wenn es nächtlicherweile überfallen werden sollte.[2] Welche Massregeln Frankfurt zu seinem eigenen Schutze traf, sahen wir oben. Während man hier in jedem Augenblick dem Angriff entgegensah, fand es die kleine feindliche Abtheilung, welche die ganze Panik verursacht hatte, nicht gerathen, über Kastel hinaus vorzudringen.[3]

Nachdem die Hessen sich von dem ersten Schrecken erholt hatten, wurden sie inne, mit wie geringen Kräften der Feind aufgetreten war. Am 23. August kam gar die Nachricht, dass Büren's Leute Kastel wieder geräumt hätten und nach Walluf zurückgegangen seien. Aber an einen Vorstoss dachte jetzt niemand mehr; alle Lust zur Offensive war verschwunden. Es handelte sich nur darum, die Truppen zu concentriren, Frankfurt gegen einen Angriff zu decken und dem feindlichen Heere soviel Abbruch zu thun, als ohne Verlassen der starken Stellung innerhalb der Stadtbefestigung möglich war. Und doch wurde selbst diese bescheidene Aufgabe nur mit Mühe gelöst. Die Rivalität der drei Obersten unter einander und mit den hessischen Räthen stellte jedem gemeinsamen Vorgehen der drei Contingente die grössten Schwierigkeiten in den Weg.[4] Dazu kam der Mangel an Geld und die Unbotmässigkeit der Truppen.[5] Die Leute Reiffenbergs waren in Folge der schmählichen Flucht von Kastel ganz aus Rand und Band gerathen; sie mochten

[1] Quellen II, 299.

[2] R.Pr. 22. August.

[3] Vergl. Anlage IV.

[4] Vergl. Anlage IV.

[5] Vergl. Anlage IV. R.Pr. 22. August. Quellen II, 299. Str. St.A A.A. 544; Rathsausschuß an die 13 d.d. 30. August: „dan nachdem ain merkliche anzal kriegsvolks alher gewießen und aber zu bezalung desselben kain gelt dann das unser verordnet wird, hat man wol zu erachten, was darus ervolgen mag, wann das kriegsvolk wird sollen furtziehen und sich prauchen lassen.“

auch wenig Zutrauen zu einer Führung hegen, die sich so hatte übertölpeln lassen. Das Oldenburg'sche Corps murrte laut darüber, dass es bereits seit 12 Tagen keinen Sold empfangen habe, und hauste in den Gärten vor der Stadt wie in Feindesland. Noch am 25. August fehlte es demselben an jeglichem Geschütz; der Graf war voll Klagen über die geringe Vorsorge und Umsicht der hessischen Räthe.[1] Und bei den Truppen Beuchlingens stand es jedenfalls eher schlimmer wie besser; sie waren von Oppenheim nach dem Main zurückmarschirt und kampirten bereits mehrere Tage auf dem südlichen Mainufer bei Niederrad;[2] natürlich hatten sie da mit den beiden andern Contingenten, welche dicht bei der Stadt auf dem Nordufer des Flusses lagerten, keinerlei Berührung.

Ohne einheitlichen Plan, ohne Zusammenwirken, schlecht berichtet über Stärke und Absicht des Feindes,[3] umgeben von einer theils demoralisirten, theils unzufriedenen Soldateska, trieben die Führer der Schmalkaldener in den ersten Tagen, seit Kastel verloren war, den Ereignissen entgegen.[4] Zum guten Theile entsprang die ganze Misère dem Geldmangel der Bündischen. Desshalb wurde Frankfurt in diesen Tagen von den hessischen Räthen um Geld wahrhaft bestürmt.[5] Und als die Stadt eine grössere Summe, wie oben erwähnt, geliefert hatte, einigten sich wirklich die drei Obersten am 25. August über einen gemeinsamen Plan.[6] Oldenburg und Reiffenberg zogen ihre Leute aus den umliegenden Dörfern zusammen, Beuchlingen rückte von Niederrad nach Sachsenhausen und ging über die Mainbrücke

[1] R.Pr. 15. August: „Find hie weder rat noch hilf."

[2] Vergl. Anlage IV u. V.

[3] So galt es noch am 23. August in Frankfurt für das Wahrscheinlichste, dass Büren ca. 4500 Reiter habe, während er mindestens 7—8000 hatte; Büren liess nach R.Pr. 29. August die „Welschen" wachen und hinderte so das Eindringen von Spionen in sein Lager.

[4] Nach Str. St.A AA. 552 Pund an die 13 d. d. 31. August holten sich die hessischen Räthe Befehl aus dem Lager vom Landgrafen!

[5] BB. u. RPr. 22. u. 23. August; R.Pr. 28. August.

[6] R.Pr. 25. August.

nach Frankfurt hinüber; dann lagerten die drei Kontingente im Westen der Stadt dicht nebeneinander hinter der Landwehr.[1] Die hier vereinigte Streitmacht betrug mit den Verstärkungen, welche Oldenburg am 25. und 27. August erhielt, 36 Fähnlein und ca. 1000 Reiter.[2] Ausser dem hessischen Geschütz besass man an Artillerie 6 Nothschlangen und 10 Falconets, welche Frankfurt nach und nach lieferte. Die Stadt sollte bei Nacht eine Besatzung von vier Fähnlein erhalten, aber sie lehnte dies Anerbieten ab, versprach dagegen dem ganzen Heere im Nothfall die Thore zu öffnen.[3] Gleichzeitig traf Frankfurt seine letzten Massregeln zur Vertheidigung. Die Wälle wurden armirt, das Friedberger- und Affenthor mit je hundert Mann besetzt, Sturmläuten auf dem Pfarrthurm im Falle eines Angriffs angeordnet und den Bürgern befohlen, Kübel mit Wasser vor ihre Thüren zu stellen.[4] Jeden Augenblick war man des Feindes gewärtig.

Am 26. August zeigte sich an der Galgenwarte im Westen der Stadt die erste Büren'sche Patrouille; gleichzeitig wurde gemeldet, hundert Reiter hätten Höchst besetzt. Trotzdem verlief der nächste Tag still; nur der Brand des hessischen Dorfes Diedenbergen, welchen man von den Thürmen wahrnehmen konnte, verkündete die Nähe des Feindes.[5] Erst am 28. August erblickte man grössere feindliche Abtheilungen. Gegen drei Uhr Nachmittags rückte ein Reiterhaufen, den man auf 1500 Mann schätzte, gegen die Galgenwarte vor. Es entspann sich ein leichtes Scharmützel mit den Reitern Oldenburg's, welche einige Hundert Hakenschützen unterstützten. Nachdem man beiderseits etliche Mann verloren hatte, zogen die Büren'schen wieder ab; ein paar Abtheilungen derselben gingen bei Griessheim über den Main und

---

[1] Quellen II, 300. BB. 25, R.Pr. 26. August.

[2] Urban, Quellen II, 300. Str. St.A. AA. 552 Pund an die 13 d. d. 31. August schätzt die Schmalkaldener auf 16,000 Knechte und 1500 Reiter, greift damit aber ohne Zweifel viel zu hoch.

[3] BB. 25. August.

[4] R.Pr. u. BB. 26. August.

[5] Quellen II, 300.

zündeten in der Nacht jenseits des Flusses grosse Feuer an, um den Schein zu erwecken, als ob das ganze Corps im Begriff sei, die Bergstrasse hinabzuziehen.[1] Die Hauptaufgabe jener Truppen war aber ohne Zweifel die gewesen, dem kaiserlichen General genaue Nachrichten über Stellung und Stärke der Schmalkaldener zu bringen. Auf Grund dieser Recognoscirung setzte sich Büren, dessen Rheinübergang gerade eine Woche in Anspruch genommen hatte, am nächsten Tage mit seinem ganzen Heere auf Frankfurt zu in Bewegung.

In der Frühe des 29. überschritten die Kaiserlichen bei Höchst die Nidda und zogen über Rödelheim nach Eckenheim, eine Bewegung, welche 12 volle Stunden in Anspruch nahm.[2] Dieser geradezu beispiellose Flankenmarsch unmittelbar vor den Augen des Feindes war nur möglich, weil Büren beinahe siebenmal so viel Reiter hatte als seine Gegner. Trefflich wusste der kaiserliche General seine Ueberlegenheit auszunützen. Während Fussvolk, Artillerie und Bagage im Bogen längs des nordwestlichen Theiles der Stadt dahin zog, legte sich seine Reiterei in steter Gefechtsbereitschaft mit der Front nach der Stadt wie ein eiserner Gürtel um die Landwehr und hinderte, dass die Bündischen aus ihrer Stellung herausbrachen und den marschirenden Colonnen in die Seite fielen. So beschränkten sich die Schmalkaldener denn darauf, von der Landwehr aus dem Feinde mit ihrem Feldgeschütz und Handrohren so viel Abbruch wie möglich zu thun; zum Nahkampf kam es überhaupt nicht. Die Verluste der Kaiserlichen waren keinesfalls beträchtlich.[3] Am

[1] Str. St.A. AA 544 Rathsausschuss an die 13 d. d. 30. August, Quellen II, 300. R.Pr. 26—29. August. BB. 26. August.

[2] Quellen II, 300.

[3] Ueber den ganzen Kampf bei Frankfurt: Quellen II, 300–302; 307. Str. St.A. AA 544. Rathsausschuss an die 13 d. d. 31. August: „Dieweil die unsern gegen ihnen zu vergleichen mit raisigen der notdurft nit gefasst gewest, haben sie sich aus irem vorteil nit begeben wollen; gestern mondags haben die feind angefangen furzuziehen und dazwischen ire raisigen in etlichen haufen auf die unsern in der ordnung gehalten und stets den ganzen tag mit inen scharmutzelt."

Abend lagerte die ganze Büren'sche Armee im Norden der Stadt bei Eschersheim und Breungesheim ihr gegenüber hinter der Landwehr das Bundesheer. Der nächste Tag zeigte im Wesentlichen dasselbe Schauspiel wie der vorhergehende; nur dass ein Scheinangriff der kaiserlichen Reiterei im Nordwesten und Norden der Stadt an der Bockenheimer und Friedberger Warte die Aufmerksamkeit der Bundestruppen in noch höherem Grade von den marschirenden Abtheilungen des Heeres abzog. Büren setzte seinen Zug nach Osten über Bergen auf Hanau zu fort; gegen 3 Uhr Nachmittags waren seine letzten Truppen aus dem Gesichtskreise der Stadt verschwunden.[1] Die Bundescontingente rückten von der Nordseite der Stadt wieder nach dem Galgenfeld in ihr Lager; das Frankfurter Fähnlein, welches auch an der Landwehr mitgekämpft hatte, kehrte in die Stadt zurück; die Bürger zogen den Harnisch aus — sie hatten seit drei Tagen beständig unter den Waffen gestanden —;[2] die Gefahr war vorüber.

Eine grosse, vielleicht die wichtigste Entscheidung für den Verlauf des Krieges war zu Gunsten des Kaisers gefallen. Der Plan, dem niederländischen Heere den Weg zu Karl zu verlegen, war missglückt; in wenig Wochen musste dem Gegner die Uebermacht auf dem Hauptkriegsschauplatze zufallen. Der Mangel einheitlicher thatkräftiger Führung hatte es den Schmalkaldenern am Rhein wie an der Donau misslingen lassen. Wie viel dann noch von der Schuld den hessischen Räthen, wie viel den Obersten, den Soldaten zufällt, wie viel vor Allem der ganze Bund durch die schlechte Soldzahlung seiner Sache geschadet hat, lässt sich im Einzelnen nicht abwiegen. Aber sicherlich trifft den Landgrafen, der doch von allen Bundesgliedern den

---

[1] Büren verlangte von der Stadt für ihre Dörfer Bonames, Dortelweil, Nieder-Erlenbach eine Brandschatzung, liess jedoch, ehe Antwort erfolgte, Brand legen; Bonames brannte bis auf die Papiermühle nieder. FR. St.A. RS. 134 Rath an Lübeck d. d. 2. September; Quellen II, 300, 307. R.Pr. 30. August.

[2] Quellen II, 302, 307.

rheinischen Dingen am nächsten stand, der schwere Vorwurf, dass er die Zurüstungen zum Empfange Büren's nicht früh und systematisch genug betrieben und vor Allem nicht die richtigen Leute an die massgebenden Stellen gesetzt hatte. Der günstige Moment, um die Vereinigung Büren's mit dem Kaiser zu hindern, war dahin. Die Bundestruppen hatten ihre Aufgabe am Rhein nicht gelöst, es blieb ihnen nur übrig, auch ihrerseits möglichst rasch zu dem Hauptheere in Oberdeutschland zu stossen. So brachen die drei Obersten schon am nächsten Tage von Frankfurt auf, setzten über den Main und zogen die Bergstrasse hinunter dem Landgrafen von Hessen und Kurfürsten von Sachsen zu. [1]

Während der Feldzug an der Donau sich bis tief in den Herbst ohne Entscheidung hinzog, verlebte Frankfurt eine stille Zeit. Die ausserordentlichen Massregeln zur Sicherheit der Stadt wurden wieder aufgehoben, die Bürger vom nächtlichen Wachtdienst befreit, [2] mehrere Thore geöffnet, den Zünften zuerst nur zu Tauffeiern, bald auch im ganzen Umfang die Benutzung ihrer Stuben wieder gestattet, in jeder Weise für die vom Feinde heimgesuchten Dörfer gesorgt. [3] Daneben war man doch auch für die militärische Stärkung der Stadt thätig: Sachsenhausen erhielt eine neue Befestigung; [4] die Bestimmungen, nach denen sich die Bürger im Falle des Allarms zu richten hatten, wurden verbessert. Nur von einer Seite her machte sich der Krieg der Stadt recht fühlbar: die Geldlasten, welche er auferlegte, waren gross. Darum bildete die Bemühung, den Ausstand des Gemeinwesens an den zweiten sechs Doppelmonaten aufzubringen, zunächst die Hauptsorge des Rathes. Das städtische Budget hatte bereits in Folge des Krieges eine ungewöhnliche Höhe erreicht, bei den eigenen Bürgern liessen

[1] Am 1. September. Quellen II, 302.
[2] BB. 2. September.
[3] BB. 2, 7, 30. September.
[4] R.Pr. 14. September.

sich keine grossen Kapitalien aufnehmen. Man versuchte desshalb, bei anderen Städten eine Anleihe zu machen. Strassburg, Göttingen, Erfurt, Mainz, Nürnberg und Köln wurden nacheinander angegangen,[1] aber man hatte nirgends Erfolg. Das war um so schlimmer, als in Kürze der Bund mit neuen Forderungen an die Stadt herantreten sollte.[2]

Es ist bekannt, wie die Geldfrage, deren üble Einwirkung auf den Gang der Dinge am Rhein wir beobachteten, je länger je mehr dem Bunde die grössten Schwierigkeiten bereitete. Die Landsknechte waren ohne Bezahlung zu Nichts zu brauchen. Das ganze Heer drohte auseinander zu laufen, wenn seine Forderungen auf die Dauer unbefriedigt blieben. Die Bundeshauptleute fanden sich desshalb genöthigt, hauptsächlich um dieser Angelegenheit willen zum 20. September eine allgemeine Versammlung der Einigungsverwandten anzuberaumen. Frankfurt sendete schleunigst Justinian von Holzhausen als seinen Vertreter nach Ulm, dem Orte der Zusammenkunft; er erhielt folgende Instruktion:[3] Der Rath ist entschlossen, am Bunde festzuhalten, auch bereit, obwohl die Stadt auf die Dauer nicht im Stande ist, solche Kriegslasten zu tragen, all sein Vermögen aufzuwenden; doch ist im Augenblick nirgends Geld zu bekommen,[4] und man muss darauf bedacht sein, die Kosten des Krieges den Gegnern aufzuhalsen. Der Gesandte erhält Vollmacht, die Verlängerung des Bundes auf ein weiteres Jahr zu bewilligen. Mittlerweile gelang es dem Rathe, doch so viel Geld zu beschaffen, dass man im Stande gewesen wäre, den Rest der zweiten sechs Doppelmonate bis auf ein Geringes abzutragen. Schon sollte diese Summe den Schatz-

[1] R.Pr. 15, 24. 28. September. BB. 28. September. Str. St.A. AA. 544 Rath an die 13 d. d. 16. September.

[2] Bereits am 16. September verlangten die Oberhauptleute, jeder Stand solle dem Bunde 6 Doppelmonate darleihen, am 21. diese Summe als Subsidie leisten.

[3] R.Pr. 15. September.

[4] Das Rathschlagungsbuch 1546 gibt als Begründung dafür: „weil jedermann an sich halte, bis er sehe wohinaus die wage schlage."

meistern des Bundes zugehen,[1] als plötzlich ein Wandel im Feldzug einzutreten und die Verwendung derselben im direkten Interesse der Stadt nöthig zu werden schien. Zuerst sprach Holzhausen in einem Schreiben vom 27. September die Befürchtung aus, dass der Kaiser Oberdeutschland verlassen und dabei Frankfurt bedrohen möchte.[2] Dann wurde dieselbe Ansicht von den Bundeshauptleuten am 2. October wiederholt.[3] Sie forderten die Stadt auf, für alle Fälle sich vorzusehen, riethen ihr, Strassburg um zwei Fähnlein Besatzung zu bitten[4] und versprachen bei einer Belagerung Entsatz zu bringen.

Gegenüber solchen Aussichten hielt sich der Rath für berechtigt, die Zahlungen an den Bund vorläufig einzustellen. Holzhausen wurde erwidert:[5] Der Aufbruch des Kaisers aus dem Lager, die Unkenntniss seiner Absichten, die Möglichkeit, dass er sich gegen Frankfurt in Bewegung setze, nöthige den Rath, die beabsichtigte Geldsendung aufzugeben; denn „ob dann der zug uf Frankfurt ginge, wie zu besorgen, so musst man sich an gelt nit so gar entploßen, darumb gedenke ein E. rath, den rest zu hinderhalten.“ Gleichzeitig erklärte sich das Stadtregiment über seine Stellung zu den finanziellen Vorschlägen der Bundesversammlung: zum drittenmale in kurzer Frist sechs Doppelmonate zu erlegen, sei bei dem Zustande der städtischen Finanzen unmöglich; der Rath wolle nicht mehr versprechen, als er halten könne; um jedoch keinerlei Ursache zur Trennung zu geben, ertheile er dem Gesandten Vollmacht, vorausgesetzt, dass auch die übrigen Bundesglieder ihre Verpflichtungen erfüllten, entweder weitere drei Doppelmonate oder die Umlage des gemeinen Pfennigs zu bewilligen. Er betheuerte nochmals[6] seine Absicht, auch

[1] R.Pr. 22. September.

[2] Dieser Brief wurde am 1. Oktober verlesen laut R.Pr. 1. Okt.

[3] Fr. St.A. RSN. 1546.

[4] R.Pr. 21. Oktober: Strassburg verspricht ein Fähnlein.

[5] R.Pr. 8. Oktober.

[6] R.Pr. 8. Oktober: „Da will ein E. R. wie bisher alles das thuen, was möglich ist, damit an ime kein mangel erscheine“.

fernerhin alle seine Kräfte aufzuwenden, um den Ansprüchen des Bundes gerecht zu werden, und sprach die Hoffnung aus, auch seinerseits im Nothfall schleunige Hülfe von den Genossen zu erhalten. Bald stellte sich jedoch heraus, dass der Kaiser keineswegs den Kampfplatz in Süddeutschland zu verlassen gedachte. Im Gegentheil die Dinge nahmen dort für den Bund eine ungünstige Wendung.

Leider besitzen wir fast nichts von den Berichten, welche in Frankfurt über den Verlauf des Krieges eingingen.[1] Wir hören nur, dass nach dem Falle Donauwörths eine besondere Buss- und Betstunde eingerichtet wurde, um die Hülfe Gottes für die protestantische Sache herabzuflehen. Eine Woche um die andere bis gegen November verlief ohne besondere politische Ereignisse für die Stadt. Dagegen machte sich der Krieg wirthschaftlich recht fühlbar. Fast die ganze Bedeutung Frankfurts beruhte auf seinen Messen. Die Frühjahrsmesse hatte natürlich unter den beginnenden Kriegsunruhen nicht stattfinden können und jetzt fiel auch die Herbstmesse aus.[2] Damit ging der Hauptverdienst der Bevölkerung und ein Theil der städtischen Einnahmen verloren; umsomehr hielt sich der Rath verpflichtet, die Baarmittel der Stadt zusammenzuhalten. Die Bezahlung aller städtischen Ausstände wurde, wo es nur anging, hinausgeschoben,[3] die Prägung neuer Münzen angeordnet und die Auflage eines Ungeldes in Erwägung gezogen.[4] Von der Erlegung des Restes der sechs Doppelmonate redete man

[1] Dieser empfindliche Mangel wird hauptsächlich durch das Verschwinden der Briefe Holzhausens verursacht. Vorhanden sind nur einige „Zeitungen“ in Fr. St.A. RSN. 1546, nämlich 1) Über die Scharmützel v. 2.—5. Oktober; 2) Ulm d.d. 10. Oktober (?); 3) Hall an den Rath d.d. 12. Oktober, über die momentanen Stellungen; 4) aus dem Lager zu Giengen d.d. 25. Oktober; 5) über einen Ueberfall eines kaiserlichen Proviantzuges durch Schertlin d.d. 21. Oktober.

[2] Quellen II, 302, 319.

[3] R.Pr. 16. November.

[4] R.Pr. 13., 16., 22., 25. November. Am Ende konnte sich der Rath doch nicht entschliessen, den Bürgern neue Lasten aufzulegen, und zwar weil sie ohnehin in diesem Jahre schlechte Einnahmen gehabt hätten.

überhaupt nicht mehr. Doch traten neben der materiellen Einbusse noch andere Uebel auf: die Sterblichkeit ward eine ungewöhnlich grosse in der Stadt: es zeigten sich die Anfänge einer Epidemie.[1]

Mochte die Stimmung auch gedrückter werden, man war doch noch immer guten Muthes. Auf eine schnelle entscheidende Wendung des Feldzuges, der sich schon so lange hinzog, war man wohl am allerwenigsten gefasst, als plötzlich ein Brief Holzhausens am 23. November[2] die gewaltige Aenderung, welche bevorstand, anzeigte. Leider ist auch dieses Schreiben Holzhausens nicht erhalten. So sind wir genöthigt, aus der Wirkung, die es auf die Empfänger ausübte, seinen Inhalt zu erschliessen. Danach erfuhr man, dass das Scheitern der grossen Bundesanleihe und der Einfall Herzogs Moritz in das Kurfürstenthum Sachsen die Oberhauptleute zu dem Entschluss gebracht habe, den süddeutschen Kriegsschauplatz zu verlassen und in ihre Länder zurückzukehren. Der Eindruck, den diese Nachricht hervorrief, war ein ausserordentlich niederschlagender. Die Consequenzen der Trennung der Fürsten von den oberdeutschen Städten waren zu klar, als dass sich der Rath dieselben hätte verhehlen können. Das flache Land im Süden konnten die oberländischen Bundesglieder unmöglich allein gegen den Kaiser behaupten und die kleineren Städte fielen sicher auch bald in seine Hände. So musste also, selbst wenn grössere Verluste ausblieben, der Feldzug im nächsten Jahre unter beträchtlich ungünstigeren Umständen wieder aufgenommen werden. Aber schlimmer als dies war doch, dass man an der redlichen Absicht der beiden Fürsten, die Städte nicht im Stiche zu lassen, zweifelte. Je weniger wir über die Anschauungen des Rathes bestimmt unterrichtet sind, um so grösseren Werth hat es, seine politische Gesinnung in

---

[1] R.Pr. u. BB. 25. November: „Es wolle das sterben einreissen, ob man das haus aufthun soll."

[2] R.Pr. 23. November. Der Brief war d.d. 15. u. 16. November „darin fast schreckliche zeitung unsers teils kriegsvolks halben." Quellen II, 303: „da war uns das cantate gelegt."

diesem Momente an einer Handlung evident messen zu können. Kaum waren drei Tage vergangen, seit Holzhausens Schreiben den Blick in eine trübe Zukunft eröffnet hatte, als auch schon dem Rathe ein Antrag auf Vermittlung zwischen der Stadt und dem Kaiser gemacht wurde. Ein Abgesandter des Rathes der Stadt Speyer, Dr. Max zum Lamb, erschien am 26. November[1] bei seinem Bruder, dem Frankfurter Stadtadvokaten Dr. Hieronymus zum Lamb, und eröffnete diesem, der Speyrer Rath sei, „wo sie dann wissen mechten, dass diesen stend, sonderlich den E. stätten und einem E. rath alhie daran gefallen beschehe," gerne bereit, sich mit anderen zwischen beide Parteien ins Mittel zu schlagen. Dr. Hieronymus brachte diesen Antrag zur Kenntniss des Rathsausschusses. Der Ausschuss liess dem Speyerer Rath seinen Dank für die freundschaftliche Gesinnung aussprechen, lehnte es aber ab, die Sache dem Plenum vorzulegen. Für den Fall, dass es überhaupt zu einer Unterhandlung kommen sollte, bat er, die Sache an Strassburg zu bringen.

Indem der Frankfurter Rath diesen Antrag von sich wies, hinter welchem sich zweifellos die Verlockung zum Abfall von den Genossen verbarg, zeigte er, dass Ehre und Gewissen in seinem Innern jetzt noch siegreich der Entmuthigung gegenüberstanden. Dass man Speyer gerade an Strassburg, die eifrigst protestantische und bundestreueste Stadt verwies, ist eine kräftige Bestätigung hierfür. Aber dieses Verhältniss sollte sich bald unter dem Eindruck der kommenden Ereignisse mehr und mehr ins Gegentheil verwandeln. Da war es vor allem von grosser Bedeutung, wie die Bundeshauptleute, welche beide über Frankfurt in ihre Länder zurückkehrten, sich mit der Stadt auseinandersetzen würden. Landgraf Philipp berührte zuerst auf seiner Durchreise nach Kassel am letzten November die Stadt.[2] Er war nur von 300 Reitern begleitet und hatte grosse Eile, in sein

[1] R.Pr. 26. November.

[2] R.Pr. 30. November. Quellen 303, 310, 329. St. pap. H. VIII, XI, 370.

Land zu kommen. Trotzdem blieb er hier, wo er übrigens auch erst um drei Uhr Nachmittags anlangte, über Nacht. Ohne Zweifel wünschte er die politische Haltung der Stadt zu beeinflussen. Nach der Sitte der Zeit schickte der Rath am Abend dem Fürsten ein Fass Wein zum Präsent in die Herberge. Diese Gelegenheit nahm Philipp wahr, um sich gegen die Deputation, welche das Geschenk überbrachte, über die politische Lage auszulassen.[1] Leider meldet uns das Rathsprotokoll von dem Inhalte dieser Unterredung nichts weiter, als dass der Landgraf einen Bericht über den Anfang und seitherigen Verlauf des Krieges gab und zum Schlusse bat, die Stadt möge zur Unterhaltung der zahlreichen Truppen, die der Kurfürst von Sachsen noch in seinen Diensten habe, drei Doppelmonate darleihen. Wenn andere Quellen berichten, Philipp habe damals geäussert, „es musste nun ein ider fuchs seines balks warnemen," so bedeutete dieses Wort, wenn es überhaupt fiel, keinesfalls, dass die Stadt in der Noth auf Hülfe von seiner Seite nicht rechnen dürfe. Die Anschauung, welche der Rath aus der Information durch den Landgrafen gewann, scheint vielmehr die gewesen zu sein, dass man sich in dieser Gegend einer Kriegsgefahr überhaupt nicht so bald zu versehen habe: an demselben Tag, an dem der Landgraf weiter ritt, wurde das Fähnlein Landsknechte, welches die Stadt seit einem halben Jahre in Sold hatte, entlassen.[2] In Geldsachen freilich blieb die Stadt dem Principe treu, jede Leistung, zu der sie sich nicht unbedingt verpflichtet hatte, zu verweigern. So wurde die Anleihe, um welche der Landgraf gebeten hatte, abgeschlagen,[3] die Zahlung von 1½ Doppelmonaten, welche der städtische Gesandte zu Ulm auf Hintersichbringen bewilligt hatte, ins Ungewisse hinausgeschoben, dagegen ein Doppelmonat, den Holzhausen ohne Vorbehalt zugestanden hatte, sofort mittels Wechsels bezahlt.[4] Eine

[1] R.Pr. 1. Dezember.

[2] BB. 1. Dezember. Quellen II, 302, 310, 329 berichten mit gewisser Variation den erwähnten Ausspruch Philipps.

[3] BB. 1. Dezember.

[4] BB. 2, Dezember: „soll man es lenger treiben lassen."

Summe von tausend Gulden, welche die Stadt zur Bestreitung der Kosten einer Gesandtschaft an Frankreich vorstrecken sollte, von Strassburg entliehen.[1] Die grosse Zurückhaltung, welche die Stadt in dem Geldpunkte bewies, scheint aber doch nicht nur aus dem einfachen Grunde zu fliessen, dass sie sich überhaupt pekuniären Leistungen möglichst zu entziehen suchte: es verbreitete sich in dem Rathe das Gefühl, dass man in einer Krisis der politischen Entwickelung stehe. Wie die Dinge in Oberdeutschland ausgehen, wie sich überhaupt von nun an das Verhältniss der süddeutschen Städte zu den Oberhauptleuten gestalten würde, schien zweifelhaft. Der Rath wünschte desshalb nicht, bevor sich diese Dinge etwas geklärt hätten, seine Mittel aus der Hand zu lassen. Es entsprach ganz dieser Absicht, wenn man in Erwägung zog, den Stadtadvokaten Lamb nach Strassburg zu schicken, damit er bei Jakob Sturm politischen Rath hole.[2]

Aber ehe man zu einem Entschluss nach irgend einer Seite kam, trat eine rasche Entwickelung der Ereignisse ein. Es war noch keine Woche verflossen, seit der Landgraf in Frankfurt übernachtet hatte; die Stadt bereitete sich auf die Ankunft des Kurfürsten von Sachsen vor, der mit einem Theile seiner Truppen von Heidelberg her im Anmarsch war, als gemeldet wurde, der Kaiser habe Reutlingen, Dinkelsbühl, Rothenburg eingenommen und Büren setze sich nach dem Rhein in Bewegung.[3] So unerwartet diese Kunde kam, so unentschlossen man sich seither gezeigt hatte, so gross war jetzt die Aufregung, der Schrecken. Hauptmann von Buseck, der in Bonames lag, erhielt Befehl, unverwandter Dinge in die Stadt zu kommen; die Zahl- und Schützenmeister wurden beauftragt, so viel Knechte, als sie in der Eile nur auftreiben könnten, wieder in Sold zu nehmen; der Ausschuss sorgte für strenge Handhabung

---

[1] Str. St.A. A.A. 544. Rath an die 13 d.d. 4. Dezember.

[2] R.Pr. 4. Dezember.

[3] R.Pr. 6. Dezember.

des Wachtdienstes;[1] mit doppeltem Eifer arbeitete man an den Wällen; ein Kundschafter wurde ausgeschickt, der über Bürens Bestimmung, aber auch über die Behandlung der unterworfenen Städte Nachricht einziehen sollte. Gleichzeitig begannen die Verhandlungen wegen des Durchmarschs des Kurfürsten von Sachsen.[2] Am liebsten hätte man es natürlich, nach der Weise der auf ihre Souveränität höchst eifersüchtigen Reichsstädte, gesehen, wenn die Truppen Frankfurt gar nicht berührt hätten; geradezu verweigern konnte man aber dem Bundesgenossen den Eintritt nicht. Doch zeigte sich bald, dass der Marsch durch die Stadt nur das geringste Anliegen des Fürsten sei.

Am 8. Dezember erschienen zwei sächsische Räthe, Eberhard von der Thann und Asmuss von Konritz, in Frankfurt.[3] Ihr Auftrag war, die Stadt unter Hinweis auf ihre Bundespflichten zur Zahlung einer beträchtlichen Summe Geldes zu bewegen. Damit gedachte dann der Kurfürst seine Truppen, welche, zum grösseren Theile seit zwei Monaten ungelöhnt, höchst unbotmässig sich benahmen, wenigstens einigermassen zu befriedigen. Die Räthe brachten ihren Auftrag durch Justinian von Holzhausen zur Kenntniss des Stadtregiments. Sie bemerkten zunächst, wie ihr Herr neben dem Landgrafen zum Besten der gemeinen Sache Land und Leute verlassen hätte, wie er in Folge dessen von dem „unartigen“ Herzog Moritz seines Eigenthums beraubt worden sei. Dann schilderten sie in lebhaften Farben die Unzufriedenheit, die Zuchtlosigkeit der Truppen, mit welchen er sein Kurfürstenthum nun wieder erobern müsse; „nun liege seiner churf. Gnaden das kriegsvolk uf dem hals, das were mehrenteils in zween monaten nit bezahlt, also das seine churf. Gnaden leibs und lebens bei inen nit sicher weren, wie sie dann allgerait etlich befelsleut erschlagen haben, also das die hechste not geltshalben vorhanden.“

---

[1] BB. u. R.Pr. d. d. 7. Dezember.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Rath an Sachsen d. d. 10. Dezember. Sachsen an den Rath d.d. 11. Dezember. R.Pr. 6. Dezember.

[3] R.Pr. 8. Dezember.

Schliesslich endeten sie mit der Bitte, der Rath möge den Rest der 18 Doppelmonate, welchen er dem Bunde noch schuldig geblieben sei, als Anleihe ihrem Herrn auszahlen. Wenn dies geschehe, werde derselbe im Stande sein, das Heer in sein Land zu bringen, wo er es selbst zu erhalten wisse; wenn es nicht geschehe, sei zu erwarten, dass die Landsknechte auseinanderliefen, über den ersten besten Reichsstand zu Schand und Schaden der Einigung plündernd herfielen; sechs Tage hätten sie nur noch auf Bezahlung zu warten versprochen. Holzhausen hatte umsonst geltend gemacht, dass die Stadt zu pekuniären Leistungen unfähig sei. Dann verhandelte der Ausschuss weiter mit den sächsischen Räthen,[1] er bot ihnen zunächst einen Doppelmonat an. Das erklärten dieselben für ganz unannehmbar und bestanden darauf, der Rath müsse den ganzen Rest bezahlen. Die Höhe der Summe berechneten sie unter entschiedenem Widerspruch der Frankfurter auf 50,000 Gulden. Schliesslich blieben sie bei der Forderung von 25,000 Gulden stehen. Darüber zerschlugen sich zunächst die Verhandlungen, wurden aber am 11. wieder aufgenommen. Eine lange Debatte ergab, dass Frankfurt 9000 Gulden in baar lieh und die Sachsen sich damit befriedigten. An demselben Tage näherte sich das Heer des Kurfürsten, ging auf der Sachsenhäuser Brücke über den Main und lagerte bei der Stadt. Nur 500 Reiter und Johann Friedrich selber nahmen in Frankfurt Quartier.[2] Der Kurfürst bot der Stadt drei bis fünf Fähnlein als Besatzung an; aber sie lehnte dieselbe ab: „dieweil der rath dermaßen erschopft, das er ein solch volk nit erhalten könnt, wiewol es uf gemeiner stend kosten beschehen solt.“[3] Der wahre Grund dieser Ablehnung lag freilich tiefer. In der Gesinnung der politischen Lenker Frankfurts bereitete sich eine grosse Umwandlung vor;[4] es war bloss nöthig, dass

[1] R.Pr. 11. Dezember.

[2] St. pap. H. VIII, XI, 370. Str. St.A. A.A. 548.

[3] R.Pr. u. B.B. 11. Dezember.

[4] Den Anstoss hierzu gab sicher auch zum Theile das brüske Auftreten der Sachsen während der Verhandlungen um Geldlieferungen

am 14. Dezember die Annäherung des Büren'schen Corps gemeldet wurde,[1] um sie ans Licht zu bringen.

Am 14. Dezember trat der Ausschuss zu einer grossen politischen Berathung zusammen.[2] Die Verhandlungen begannen damit, dass die beiden städtischen Advokaten, welche zugezogen wurden, ihre Ansichten über die Lage vortrugen. Dr. zum Lamb und Dr. Fichard sprachen sich zunächst dahin aus, dass man genau erkunden müsse, wie die Städte, welche der Kaiser eingenommen habe, sich verhielten; wie sie behandelt würden; wie es mit der Standhaftigkeit des Landgrafen und des Kurfürsten bestellt sei. Dann aber erklärten sie, die Auflösung des Bundesheeres, die allgemeine Erschöpfung, die einreissende Trennung machten jeden weiteren Widerstand hoffnungslos; sie riethen desshalb, die Stadt solle durch Vermittlung etlicher vertrauter, ansehnlicher Personen die Gnade des Kaisers anrufen. Ob man die Sache vor den Rath bringen, ob man mit Wissen und Willen der Gemeinde vorgehen müsse, das möge der Ausschuss entscheiden. An diese radicalen Vorschläge der Advokaten knüpfte sich eine längere Debatte. Der Ausschuss vermochte denselben doch nur mit beträchtlichen Modificationen beizutreten. Er befand: die Lage des Bundes sei in der That eine solche, dass die oberländischen Städte sich über gemeinsames Vorgehen schlüssig machen müssten; stelle es sich aber heraus, dass der Landgraf dem Kurfürsten in seiner Bedrängniss nicht beistehe, oder dass einige Städte Separatverhandlungen mit dem Kaiser anknüpften, dann müsse auch der Rath sein Bestes wahrnehmen und durch Vermittlung ansehnlicher Personen ein Abkommen mit dem Kaiser suchen. Den Grafen von Büren

---

der Stadt und das Verhalten des Kurfürsten in seinem Quartier. Vergl. Quellen II, 310.

[1] B.B. 14. Dezember. Alexander v. d. Thann schreibt „heut dato", er habe Kundschaft, „das der v. Büren gestern in Bischofsheim ankomen und heut dato, ob er wolt, gen Miltemberg ankomen mochte."

[2] R.Pr. 14. Dezember.

dachte man unterdess auf eine andere Weise abzufinden: durch die Vermittlung des Grafen von Koenigstein, eines Nachbars der Stadt, sollte ihm, wenn er in der Nähe vorüberzöge, eine Brandschatzung angeboten werden.[1]

Aber ehe es gelungen war, den Koenigsteiner für den Handel zu gewinnen, schien sich die Situation so viel ernster zu gestalten, dass der Ausschuss unmöglich auf eigene Faust weiterhandeln konnte.[2] Es wurde desshalb am 16. im Plenum des Rathes der Antrag auf Erörterung der allgemeinen Lage gestellt.[3] Sofort verlangten einige Senatoren, dass die Entscheidung über so wichtige Dinge nicht ohne Gutdünken und Rath der Gemeinde gefällt würde; aber sie drangen nicht durch. Ganz ohne Fühlung und Rückhalt aus den Kreisen der Bürgerschaft wollte der Rath doch auch nicht bleiben. Er beschloss desshalb, das Gutachten einer Art von Notabelnversammlung einzuholen. Noch am Nachmittag desselben Tages wurden alle Doctores, welche das Bürgerrecht besassen,[4] auf den Römer und alle Prädikanten in das Baarfüsserkloster bestellt; nach der „läng mit allen umbständen" über die gefährliche Lage berichtet, gebeten, sich zu besprechen und um 5 Uhr dem Rathe ihre Ansicht mitzutheilen.

Am späten Nachmittag versammelte sich der Senat wieder. Dr. Fichard nahm das Wort und trug das Gutachten der Doctoren vor. Dasselbe stellte zunächst fest, dass der städtischen Politik zwei Wege offen ständen: entweder dem Grafen Büren und dem Kaiser Widerstand zu leisten oder den Kaiser um Gnade anzurufen; sodann sprach es sich unter Hinweis darauf, dass nach dem Urtheil des

---

[1] Dr. z. Lamb wurde zu dem Grafen geschickt.

[2] RPr. 11. Dezember: ein Kundschafter meldet, der Kaiser ziehe selber mit Büren heran.

[3] Die Darstellung der folgenden Verhandlungen vom 16.—19. Dezember ruht lediglich auf dem RPr. u. BB.

[4] Quellen II, 344: Dr. Johann Fichard, Hieronymus v. Glauburg, Konrad Humbracht, Jakob Schwarzkopf, Jakob Degenhart. Lamb war noch in Königstein.

sachverständigen Ausschusses die Stadt allein einem Angriffe nicht gewachsen sei, gegen weiteren Widerstand aus. Mit folgenden Worten wurde die Verwerfung begründet: „dweil die kaiserlich Mat. ires ampts, hocheit und reputation noch nit entsetzt und noch von dem mehrertheil der churfursten, fursten und stend des reichs fur ein romischen kaiser gehalten wurde und dieselben stend genzlich darfur hielten, das die kay. Mat. mit disem krieg die religion nit meinte," sei man rein rechtlich nicht befugt, ihm Widerstand zu leisten, wichtiger aber sei, dass die stadt „sich bei niemants ainicher vertrostung noch entsetzung zu versehen" habe. Es blieb also nur zu untersuchen, ob gegen den zweiten Weg nicht noch erheblichere Gründe sprächen. Die Fragen, die sich hierbei erheben, sind dreierlei: wird das Gewissen, wird die Ehre, wird die Bundespflicht durch das Gnadengesuch verletzt? Die Beantwortung der ersten Frage schiebt das Gutachten den Prädikanten zu: „dweil aber dise sach die religion mitbelangte, sie [die Gelehrten] der theologie nit also geubt und sich nit gern damit beluden," obwohl „sie nit gedenken kunten, das solch suchen bei jemants ehrliebendem oder verstendigem fur unchristlich oder unpillich konnt noch mocht gehalten werden, dann man understund je durch diesen wege villerlei jammers und blutvergießens der unschuldigen abzuwenden und zu verhuten." Die zweite Frage verneint das Gutachten, erwähnt jedoch, dass darüber vielerlei Bedenken entstanden und etliche Doctores anderer Ansicht gewesen seien; die dritte verneint es gleichfalls, denn nach dem Bundesvertrage sei der Kaiser ausgeschlossen; auch habe er keinen Kampf gegen die Religion beabsichtigt, endlich sei die Einigung schon gelöst. Dieser Untersuchung der politischen Lage ist die Schlusserwägung angefügt: entscheide man sich trotz allem im Vertrauen auf hessische und sächsische Unterstützung für Widerstand, und erhalte dann etwa abschlägige Antwort auf sein Hülfegesuch, so „hett man sich zwischen zween stulen niedergesetzt." Das Gutachten empfahl desshalb, die Gnade des Kaisers anzurufen, gleichzeitig jedoch sich „in gutem gewahrsam und geraidschaft" zu halten.

Nachdem Dr. Fichard seinen Vortrag beendigt hatte, berichtete Johann von Glauburg über die Ansicht der Prediger. Dieselben hatten sich folgendermassen geäussert: „Der Handel ist ganz schwer und fährlich, nach welcher Richtung hin man sich auch entscheidet; über die Frage, ob die Stadt zum Widerstand befähigt ist, vermögen wir als Laien nicht zu entscheiden; betrifft die Sache das Evangelium, so können wir nicht dazu rathen; auf alle Fälle stehen Abmachungen mit dem Kaiser die schwersten Bedenken entgegen, denn unsers Erachtens „ob schon die kaiserl. Mat. uf solch suchen etwas vertrostung thun und zusagen wurde, so wurde schwerlich glauben gehalten werden, denn man wist, was ir Mat. nun vil jahr her in derselben Erb- und Niderlanden gegen den Christen in vil wege geubt und furgenommen hette;“ es steht zu befürchten, dass der Kaiser sich herlegt und das ganze Reich von hier aus bekriegt; wie weit die Ehre der Stadt durch die Verpflichtung gegen den Bund auf dem Spiele steht, können wir nicht ermessen; jedenfalls aber muss die Stadt aus Rücksicht auf den Eid von den Oberhauptleuten Entlassung aus dem Bunde erbitten; übrigens lehnen wir es wegen der kurzen Berathungsfrist ab, irgend eine bestimmte Meinung zu äussern, müssen aber vor allen Dingen dem Senate anempfehlen, in so wichtigen Sachen nichts ohne Vorwissen der Bürgerschaft vorzunehmen oder zu handeln. Nachdem so die Ansicht der Notabeln vorgetragen war, sollte durch Umfrage die Meinung des Rathes festgestellt werden; da scheint sich denn eine starke Opposition gegen das Gesuch um Gnade geltend gemacht zu haben. Der Senat beschloss, da man nicht einhellig werden könne, sollten alle Mitglieder in der Frühe des nächsten Tages wieder zusammenkommen, „es solt auch ein jeder diese nacht solcher wichtiger handlung mit allem ernst und vleiß nachdenken und got umb verstandt pitten.“

Schon um sechs Uhr Morgens begann am 17. Dezember die entscheidende Sitzung. Eine lange Rede Dr. Fichard's legte, im Anschluss an die nochmalige Verlesung des Gutachtens der Doctoren, dem Rathe seine und seines Kollegen Dr. zum Lamb Ansicht dar. Bei dem Zustande der Stadt,

führte Fichard aus, dem Mangel an Proviant und Leuten, der geringen Aussicht auf Entsatz, der Macht des Kaisers, ist Widerstand verwerflich. Dagegen kann der Rath mit gutem Gewissen ohne allen Verweis den Kaiser, welchem man ohnehin als ordentlicher Obrigkeit verpflichtet ist, um Gnade und Frieden anrufen. Die Theilnahme am Bunde ist kein Hinderniss, denn einige Städte haben ihn aufgelöst und die Fürsten brechen ihn, weil sie Frankfurt jetzt nicht mit aller Macht zu Hilfe eilen; übrigens kommt hier die Einigung durchaus nicht in Betracht, da sie nur im Falle eines Angriffs auf die Religion in Wirksamkeit tritt. Und schliesslich ist die Bürgerschaft dem Kaiser von Reichswegen stärker verpflichtet als dem Bunde. Angenommen selbst, die Stadt hält sich den Winter über, so wird die Gefahr im Frühjahr um so grösser, und auf die Dauer erträgt sie die Last doch nicht. Im Widerstand ist keine Hoffnung. Bittet man dagegen um Gnade, so ergibt man sich ja nur seinem natürlichen Herrn, dem man ohnehin Eid und Gelöbniss geleistet hat. „Solches beschieht zu erhaltung und keineswegs zu begebung der religion.“ „So achte [man] es auch für ain sonder gnad und schickung gottes, obgleich der kaiserl. Mat. gemut und mainung dahingestanden were, dise religion zu tilgen, so befinde doch ir Mat. jetzund, das es ir unmoglich were.“ Sollte der Kaiser gegen alles Erwarten sein Versprechen nicht halten, „so hett man dann noch zeit genug, bei dem wort gots zu pleiben und daruber zu leiden und were gewiß, das man litte der religion halb.“ „Aber es ist auch nit zu vermuten, das kais. Mat. sich der religion halben hernach ichts understeen wird, dieweil noch so viel hohe und nider stend im reich dieser religion verwandt sint.“ Nach dieser Rede Fichard's, welcher Dr. zum Lamb vollkommen beistimmte, wurde Umfrage im Senat gehalten. Die Majorität entschied sich für das Gutachten der Doctoren und Advokaten und beschloss, durch Vermittlung des Grafen von Koenigstein den Kaiser unterthänigst um christlichen Frieden und Gnade, doch ohne Verletzung der Religion, zu bitten. „Als aber etlich des rats ab diesem beschluß beschwerung getragen und vermeint, es solt der

ander wege an die hand zu nemen sein, ist nachmals und zum zweitenmal umbgefragt und die sach bei nächster mennig gelassen worden und weiter beschlossen, das solch furnemen noch zur zeit, damit es nit ausschall und aus der stat komm, der gemeinen burgerschaft nit anzuzeigen, sondern zu verhalten sei.“ Dr. zum Lamb und der Patricier Wicker Reiss wurden beauftragt, im tiefsten Geheimniss mit dem Grafen von Königstein wegen Vermittlung zu unterhandeln.

Indessen rückte Büren näher und näher heran. Am 18. wurde gemeldet, er sei im Erbacher Thale angekommen, am 19.: er breche nach dem Gerauer Lande auf.[1] Diese Umstände veranlassten den Landgrafen, die seit Anfang Dezember unterbrochene Beziehung zur Stadt wieder aufzunehmen. Am 19. schrieb derselbe,[2] er habe seinen Kriegsräthen befohlen, Frankfurt Truppen zuzuschicken; er mahnte zur Wachsamkeit und zum Ausharren. Zwei Tage später bot er zwei Regimenter oder so viel Fähnlein die Stadt wolle, zur Besatzung an. Noch waren die Verhandlungen mit dem Grafen von Königstein zu keinem festen Resultate gekommen, noch war der Rath in keiner Weise unwiderruflich gebunden. Jetzt boten sich die Mittel zu erfolgreichem Widerstand; sollte das nicht eine Umstimmung des Stadtregimentes herbeiführen? Das Unheil wollte, dass ein paar Stunden zuvor ein Brief aus Esslingen eingelaufen war,[3] welcher in Uebereinstimmung mit anderen Nachrichten verkündigte, der Herzog von Württemberg, die Städte Augsburg, Ulm, Heilbronn, Rothenburg hätten sich dem Kaiser ergeben oder ständen noch in Unterhandlung. Das gab den Ausschlag. Der Rath blieb bei seinem früheren Beschlusse. Das Bestreben der Minorität, wenigstens in die Gesandtschaft an den Kaiser einen Vertreter der Gemeinde zu bringen, schlug ebenso fehl wie alle übrigen Versuche der-

---

[1] R.Pr. 18. und 19. Dezember.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 17. verlesen am 19.; d. d. 19. verlesen am 21. Dezember.

[3] BB. 21. Dezember.

selben Einfluss auf den Gang der Dinge zu verschaffen; ja, es wurde beschlossen, der Bürgerschaft nicht eher von der grossen politischen Schwenkung Nachricht zu geben, als bis die Gesandtschaft bereits unterwegs sei. Der Landgraf wurde einstweilen hingehalten.

Die langen Verhandlungen mit dem Grafen von Königstein[1] führten schliesslich zu einem nur unbedeutenden Resultat. Der Graf meinte, er stehe selber beim Kaiser nicht in besonderem Ansehen und befürchtete, es könnten ihm durch die Vermittlung Unannehmlichkeiten von Seiten des Landgrafen entstehen. Schliesslich erklärte er, wenn er an den kaiserlichen Hof reite, wolle er der Gesandtschaft behilflich sein, aber es sei nöthig, dass dieselbe schleunigst aufbreche. Zur Eile wurde man jetzt auch von einer anderen Seite angetrieben. Johann von Glauburg theilte dem Rath ein Schreiben seines Freundes Philipp Ort aus Heilbronn mit,[2] worin ausgeführt wurde, wie der Kaiser auf Frankfurt ganz besonders erzürnt sei; wie der Landgraf schon vor einem Monat um Begnadigung gebeten habe, Ulm bereits begnadigt sei, Augsburg und Württemberg eifrig darum anhielten. Desshalb bemerkte Ort, thue Frankfurt um so besser, je eher es Gesandte an den kaiserlichen Hof schicke; er selbst wolle den Gesandten freies Geleit erwirken. Eine Nachschrift des Briefes theilte noch mit, der Kaiser habe geäussert, es seien ihm Briefe derer von Frankfurt in die Hände gefallen, worin er etwas schmählich angetastet werde und endete mit den Worten: „Das die sach derer von Frankfurt halben gantz ubel. Lieber herr fürdert die sach, hebt nit hin, feiert nit, dann begnat er; ist der zug den nechsten uf Euch.“ Da glaubte der Rath keine Stunde länger zögern zu dürfen. Die Instruction für die Gesandtschaft[3] an den Kaiser war schon festgestellt, man konnte

---

[1] R.Pr. 18, 21, 22. Dezember.

[2] R.Pr. 22. Dezember. Der Brief findet sich: Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 17. Dezember.

[3] Dieselbe bestand aus: Dr. Joh. Fichard, Oiger v. Melem, Hans Gedder, Martin Sigel, Daniel zum Jungen.

also den Gesandten ohne Weiteres Befehl geben, am nächsten Morgen abzureisen.[1] Gleichzeitig beschloss man aber auch, mit dem Grafen Büren in Verhandlungen zu treten. Es war leicht zu diesem Zwecke die Mitwirkung einer neutralen Person, des Deutschkomthurs, zu gewinnen.[2]

Doch ehe wir die Entwicklung der Dinge weiter verfolgen, sei es gestattet, noch einen Augenblick auf ein paar Punkte in den oben geschilderten Verhandlungen zurückzukommen. Unter den Argumenten, welche angeführt werden, um die Unmöglichkeit weiteren Widerstandes zu erweisen, findet sich vor Allem die Behauptung, Frankfurt habe weder hinreichende Truppen zur Vertheidigung noch begründete Aussicht auf Entsatz. War das wirklich so? Wir bemerkten oben, dass der Landgraf am 19. Dezember der Stadt eine ausreichende Besatzung anbot. Ja, bereits am 15. Dezember, noch vor den entscheidenden Sitzungen, wurden dem Rath im Auftrage dieses Fürsten ähnliche Anträge gemacht.[3] Soldaten waren also zu haben: das gesteht der Rath auch selbst in einem Briefe an Strassburg vom 17. Dezember;[4] aber er behauptet zugleich, von diesen Leuten könnte die Stadt sich unmöglich eine thatkräftige Vertheidigung versprechen, denn sie hätten seit langem keinen Sold erhalten und seien desshalb ganz unzuverlässig, wie auch dem Kurfürsten von Sachsen das Kriegsvolk täglich rotten- und haufenweise davonlaufe. Wenn es so stand, was hinderte die Stadt, den Ansprüchen von ein paar Fähnlein gerecht zu werden und sich eine zuverlässige Besatzung zu schaffen? Reichten ihre Mittel nicht dazu? Das wird allerdings behauptet; ja die Erschöpfung bildet eines der wichtigsten Argumente gegen weiteren Widerstand. Leider ist es unmöglich, mit voller Klarheit zu erkennen, wie die

---

[1] BB. 22. Dezember.
[2] BB. 23. Dezember.
[3] R.Pr. u. BB. 15. Dezember.
[4] Str. St.A. AA. 544.

städtischen Finanzen in diesem Momente lagen. In Händen der beiden städtischen Finanzbehörden befanden sich um die Zeit des Jahresschlusses circa 30 000 Gulden. Gewisse besondere Fonds, denen die Stadt im Laufe des Jahres circa 45 000 Gulden entnommen hatte, waren, wie es scheint, erschöpft. Sehr weit mochte man also mit dem vorhandenen Gelde nicht reichen, denn ein Fähnlein von circa 550 Mann hatte Frankfurt im Sommer monatlich ungefähr 3000 Gulden gekostet.[1] Konnte die Stadt nicht von ihren Bürgern Geld leihen? So viel sich sehen lässt, war das disponible bürgerliche Kapital um diese Zeit nahezu ganz in Anspruch genommen; denn schon seit Ende September hatte die Stadt begonnen, Anleihen in Gestalt von Silbergeschirr und ganz kleinen Beträgen bis zu 8 Gulden aufzunehmen. Die grossen Summen aber, welche im nächsten Jahre dem Kaiser gezahlt werden mussten, wurden bis auf Weniges auswärts beschafft.[2] Von fremden Kapitalisten war jedoch im Augenblick sehr schwer Geld zu bekommen. Somit erscheinen die Bedenken, ob die Stadt finanziell zur Fortführung des Krieges fähig sei, nicht ungerechtfertigt. Zum Schluss sei noch ein Moment, welches in den Verhandlungen kaum Erwähnung findet, hervorgehoben. Nachdem sich der Rath überhaupt einmal mit dem Gedanken, die Genossen im Stiche zu lassen und den Kaiser um Gnade zu bitten, vertraut gemacht hatte, nachdem er sich von der Hoffnungslosigkeit der Sache des Bundes überzeugt glaubte, befiel ihn die Furcht, Frankfurt möchte, wenn es die doch unvermeidliche Unterwerfung lange hinausschiebe und anderen Ständen im Abfall den Vorrang lasse, weiteren grossen Schaden erleiden.[3]

[1] Fr. St.A. RSN. 1546. Musterregister.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Zahlherrnbuch 1546/47.

[3] Fr. St.A. RSN. 1546. Rath an Philipps Ort von Heilbronn d. d. 22. Dezember: . . . „verhoffen uns mit gottes hülf durch unsere gesandten solcher uflagen, die uns vielleicht von unsern missgönnern zugemessen werden und aller andern unser verhandlungen dermassen zu entschuldigen und solchen underthenigsten gegenbericht zu thun, das die kai. Mat. Ir gnad von uns mehr als von anderen zu wenden und uns dieselb zu versagen, ob gott will, nit ursach haben soll."

Fr. St.A. RSN. 1546. Rath an Hessen d.d. 27. Dezember Concept:

Desshalb schickte er mit solcher Eile seine Gesandten an den Kaiser, desshalb bot er Büren die Kapitulation an, ehe derselbe nur einen Trompeter geschickt hatte. Es wird sich bald zeigen, welche Vortheile die Stadt durch diesen Wettlauf um die kaiserliche Gunst errang.

Am frühen Morgen des 24. Dezember, als die Stadt noch in Nacht und tiefem Schlafe lag, fuhren Dr. Hieronymus zum Lamb, Hauptmann von Buseck, Georg von Rodenstein, der Deutschkomthur, „auf einem hangenden Wagen“ ins Büren'sche Lager nach Gerau.[1] Vor den General gebracht, nahm der Sprecher der Gesandtschaft Dr. Zum Lamb das Wort. Zunächst suchte er die ganze Politik der Stadt zu rechtfertigen: Von jeher habe sie in dem Kaiser ihren einigen Herrn gesehen; zum Eintritt in den Schmalkaldischen Bund sei sie nur „uf ungestim anhalten der gaistlichen uber und wider iren willen getrungen und gezwungen worden.“ Dabei habe sie „die Eid und Pflicht, damit si Kais. Mat. und dem reich verwant sei, in allweg vorbehalten“, ihre Reichsanlagen gehorsamlich erlegt, dem Kaiser in seinen Kriegen Beistand gethan. „Dwil aber ainem E. rath furkomen, das er und gemeine stat der Kais. Mat. zu ungnaden ingepildet sein solte, so hett ein E. rath nit underlassen wollen, ir Gnaden, so itzo nahe an der hand, underthenlich ersuchen

---

... Dieweil dann mit uns die sachen sofer kommen, das wir entweder uns des herrn v. Beuren sampt der Kay. Mat. kriegsvolk erweren, (welches uns als denen, so der oberlendischen auch sechsischen hilf und rettung entplöst seind, uns auch kunftiglich in betrachtung der stend und stett theilung und ergebung wurklichen nit zu getrosten wissen, in die harre zu thun unmuglich,) oder aber umb fried und gnade zeitlich, ehe uns die last uberwuchse, (dann uns solchis darnach viel schwerlicher gefallen) ansuchung thun mussten. haben derhalben nach gelegenheyt gegenwertiger leufe auch hochbedrangter unvermeidlicher notturft nach, wir den losten weg besucht und kurz verruckter tag durch unsere gesandten bei der K. Mt. und dem herrn v. Beuern umb fride und gnade underthenigst ansuchen lassen, zu Gott dem Almechtigen verhoffend, durch solch mittel vorsteende gefar und entlich verderben zu verhüten.“

[1] Die folgenden Verhandlungen nach BB. 25—28. Dezember.

zu lassen; und were nit on, ob sich schon ain E. rath diesem krieg, so gemaine stend gefurt, mittheilhaftig machen mussen, so were doch die warheit, dass derselb on wissen und willen ains E. rats angefangen worden, welchs ainem E. rat nit lieb, sondern je und alwegen beschwerlich gewesen und noch." „So wussten sich ir Gnaden gnediglich zu erinnern, als ir Gnaden mit derselben kriegsvolk uber Rein komen, was sich damals für ein volk von reutern und knechten vor der stat Frankfurt versammlet, das sich gemeine stat taglichs des ablaufens und plunderns vor inen besorgen mussen, das sie auch von inen getrungen worden, geschutz hinauszuleihen und zu wagen"; „des drometers, den ir Gnaden derzeit hieher geschickt, werbung betreffend, wäre ainem E. rath nit angezeigt, sondern derselb sei von den obersten und befelhsleuten, so vor der stadt gelegen, gehort und on wissen des rats beantwurtet worden, sonst wolt sich ain E. rath anderst gehalten haben; weiter so were auch war, das ain E. rat die kaiserischen je und alwegen frei und sicher mit ihren hab und gutern, onangesehen derselben etlich viel mit gelt und anderer war verkundschaft worden, onufgehalten passiren lassen. dazu, so hett ein E. rath die knecht, so dem haufen nach auch wider abgezogen, onufgehalten passiren lassen; die kranken in den spital genomen und darinn enthalten, bis sich ir krankheiten gepessert und darnach auch wider ir strassen ziehen lassen. so dann dem allem die warheit und ein E. rat nit gemeint ist, sich gegen der Kais. Mat. ufzuleinen, also hat sich ein E. rath entschlossen, bei der Kays. Mat. umb gnad und friden anzusuchen und derwegen albereit ihre ratspersonen und verordneten zu der Kay. Mat. abgefertigt, des verhoffens, sie sollten nunmer bei irer Kay. Mat. ankomen sein und umb gnedigst audienz underthenigst angesucht haben. dweil dann ir Gnaden bei der Kay. Mat. in hohem ansehen were, so hette ein E. rat nit underlassen wollen, ir Gnaden ersuchen zu lassen und zu pitten, solche sachen von eins E. rats wegen bei hochgedachter Kay. Mat. helfen zu befurdern und uf gute mittel und wege zu richten."

Büren liess sich durch die Rede des in allen Künsten der

sophistischen Dialektik bewanderten Stadtadvokaten durchaus nicht berücken. Er wusste recht gut, wie es in Wirklichkeit um die Politik der Stadt gestanden hatte. In richtiger Würdigung der Gegner schlug er in seiner Erwiderung den Ton an, welcher auf ihre kriegsmüden Seelen den grössten Eindruck machen musste. Lange Unterhandlungen schnitt er mit den Worten ab: „er hette dismal keine berette, sondern kriegsleut bei sich.“ Die Theilnahme am Bunde möchten sie selber verantworten; persönlich sei er gegen die Stadt durchaus nicht verbittert; bei seinem Vorbeimarsch im August habe man ihn eben als kaiserlichen General behandelt; auf Unterstützung der Rathsgesandtschaft könne er sich durchaus nicht einlassen; er habe seine Instruction vom Kaiser und damit basta; die Stadt hätte schon längst ansuchen sollen, er rathe ihr, sich ihm sofort ohne allen Anhang zu ergeben, dann wolle er schon sein Wort für sie in die Schale legen. Aber das Alles, schloss er, ist nichts als eine Finte um mich hinzuhalten. Darauf betheuerten die Frankfurter, es sei dem Rathe voller Ernst mit ihrer Sendung; er möge doch wenigstens die Antwort des Kaisers abwarten. Der Graf erklärte kategorisch, er müsse bis zum nächsten Tage endgültigen Bescheid haben. Nach den Erfahrungen, welche man seither mit anderen Städten gemacht hatte, war er doch seiner Sache sicher. Er erkannte, dass Frankfurt, im Prinzip zum entscheidenden Schritte entschlossen, nur noch mehr oder weniger günstige Bedingungen herauszuschlagen suchte. Sich auf Bedingungen einzulassen war aber der Kaiser, wie Büren wusste, in keiner Weise gewillt; er verlangte Uebergabe auf Gnade und Ungnade, die Rebellen sollten ihr ganzes Schicksal als Geschenk aus der Hand des triumphirenden Herrn empfangen.

Und während sich Büren mit feiner Ironie gegenüber den diplomatischen Gesandten der Stadt als rauhen Soldaten hinstellte, der „nit viel schoner rede treiben konnt“, keine andere Richtschnur als die Befehle seines Kaisers kenne, verstand er es trefflich, den klugen Stadtvätern jede Lust zum Widerstande zu vergällen. Nachdem man noch eine Zeit lang debattirt hatte, erklärte er: „er riet nochmals, das

sich ein stat Frankfurt ihm ergebe, denn sollt der kaiser mit seinem welschen kriegsvolk hieherkommen, das wurd inen zu schwer fallen, konnt wol exempel anzeigen". Etwas später äusserte er gegen Lamb, welcher ihn zu bewegen suchte, die Antwort des Kaisers abzuwarten: „lieber herr doctor, ir dient euern hern treulich und meint die sach gut; also thet er seinem hern auch, aber er konnte nit lenger verziehen, wollt, das ein stat Frankfurt vorlengst angesucht und wolt morgen widerantwort haben; die von Frankfurt solten sich fursehen, es weren in der nähe noch andere ding vorhanden, davon ein rat nit vil wissens trüge; und so sie sich furderlicher in die sach schickten, so es pesser sein mochte; sie solten auch ihre freiheiten und mess bedenken, es mocht sunst was daruf erfolgen, des man sich nit versehe." Und schliesslich fuhr er heraus: „was darf es vil verantwurtens, hetten sich die von Frankfurt, wie sich geburt, gehalten, so derft es dieser ding gar nit." Büren erzielte durch sein Verhalten ganz, was er wünschte. Der Rath fand nicht den Muth, die Verhandlungen abzubrechen; er wollte sich nur der Zustimmung der Bürger versichern. Sofort liess er die Einwohnerschaft zusammenberufen, die Sachlage bekannt machen und die Meinung der Zünfte und Gesellschaften einfordern.

Wahrscheinlich wurden der Gemeinde bei dieser Gelegenheit die Verhältnisse des Bundes so hoffnungslos wie möglich geschildert, umsomehr hervorgehoben, welche Vortheile es biete, wenn die Stadt freiwillig sich unterwerfe und Büren beim Kaiser für sie eintrete, welch doppelte Ungnade dagegen ein Abbruch der angeknüpften Verhandlungen ihr zuziehen werde.[1] Wie diese Eröffnungen von der Bür-

[1] Fr. St.A. RSN. 1546. Bekanntmachung vom 28. Dezember: Die Bürger erinnerten sich, was ihnen am 25. bekannt gegeben worden sei: „wie gar wenig die verainigten stend mit irem kriegsvolk, so sie in trefflicher grosser anzal zu ross und zu fuss im oberland bei einander gehapt, in so langer zeit ausgericht, und das letzlich durch Gottes verhängnus die sachen dahin geraten, das nit verhoffenlich, und eusserlicher weis davon zu reden, nunmer ganz onmuglich ist, mit gewalt oder der gegenwer gegen solchem gewaltigen feind etwas zu erhalten."

gerschaft aufgenommen wurden, darüber geben uns die Chronisten fast ebensowenig Aufschluss wie die Akten. Es bestätigt sich hier die leider so häufig wiederkehrende Beobachtung, dass der Nachwelt fast nur Berichte über das Verhalten der herrschenden resp. siegreichen Parteien zukommen, während Leben und Treiben der unterliegenden Parteien dem Dunkel der Vergessenheit anheimfällt. Dass sich bei jener Befragung der Frankfurter Gemeinde überhaupt Regungen von Opposition gegen die Handlungsweise des Rathes zeigten, verschweigt selbst das im Sinne der regierenden Partei abgefasste Rathsprotokoll nicht, indem es bemerkt, dass die Genossenschaften nur „mehrentheils“ die Sache dem Rathe anheimgestellt hätten. Ja, der Rath scheint gleich bei den ersten Schritten, welche ihn von der Bahn der bundestreuen Politik wegführten, der Bürgerschaft gegenüber ein schlechtes Gewissen gefühlt zu haben. Konnte es einen anderen Sinn haben, dass er während der entscheidenden Berathung vom 16. und 17. Dezember immer wieder ablehnte, die Bürger um ihre Meinung zu befragen; dass er den Prädikanten jede Anspielung auf diese Verhandlung untersagte;[1] dass er die Bürgerschaft nicht eher von dem Stande der Dinge benachrichtigte, als bis die Gesandtschaft an den Kaiser schon zwei Tage unterwegs war und er sich bereits tief mit Büren eingelassen hatte? Glücklicherweise besitzen wir wenigstens ein ausführlicheres positives Zeugniss für die Existenz einer nicht unbedeutenden Opposition innerhalb der Bürgerschaft. Der Chronist Ambach erzählt:[2] „Mittlerzeit hat ein ehrbarer rath zu Frankfurt uf diese vertröstung alle zünft und bürgerschaft jede an sein ort zusammen berufen, des raths handlung und grafen vertröstung eröffnet und ihren willen und meinung erfordert; daraus zwar nicht einerlei antwort gefallen, jedoch konnten und wussten die bürger, wiewohl bei vielen ein grosser unwill vermerkt ward, beschehene

[1] R.Pr. 21. Dezember: Klage darüber, dass diesem Gebote nicht nachgekommen wird.

[2] Quellen II, 331. St. pap. H. VIII, XI, 396.

handlung ohne merkliche zerrüttung nicht zurücktreiben, wiewohl es bei vielen schädlich und schändlich geachtet ward, eine solche feste stadt unaufgefordert und unbedrängt ufgeben."

Wie wenig auch vielleicht ein grosser Theil der Bürgerschaft das seitherige Verfahren des Rathes billigte, das Resultat war doch, dass die Majorität der Genossenschaften, „so ver man bei dem wort gottes pleiben und dasselb erhalten mocht," dem Rathe zu weiteren Schritten Vollmacht ertheilte.[1] Unverweilt setzte dieser Büren in Kenntniss, dass „neben und mit uns itz bemeelte burgerschaft underthenlich gewillt were, an der Ro. Kay. Mat. statt sich an wolgedachten unsern gnedigen Herrn v. Buren zu gnaden zu ergeben, sover von iren Gnaden wir und si ainiche gnedige zusag und vertrostung bekomen mochten, das wir uns dertwegen hernacher (dweil wir albereit unsere .. gesandte .. zu hochgedachter Kay. Mat. als dem rechten haupt abgefertigt ..) von irer Kay. Mt. keiner ferrer ungnaden zu befahren hetten, indem wir uns also irer Kay. Mt. unersucht auch one vorwissen derselben und onerwartet ainichs bescheids oder antwurt fur uns selbst mit seinen Gnaden eingelassen und an si ergeben hetten."[2] Jetzt zog der Graf, um der Stadt die letzten Schritte etwas zu erleichtern, gelindere Saiten auf. Er liess die Rathsgesandten eine kaiserliche Instruction sehen, welche ihn anwies, wie er mit Gegnern, die in seine Gewalt kämen, verfahren solle. Stände, welche ganz aus freien Stücken ihre Unterwerfung anböten, hiess es in dem Schriftstücke, solle er zu „Ihr Maj. Wohlgefallen und Klemenz" annehmen. Irgend eine speziellere Zusage, bemerkte Büren, sei Niemand zu Theil geworden und dürfe er Frankfurt nicht machen, dagegen sei er bereit, in jeder Weise seinen persönlichen Einfluss beim Kaiser zu Gunsten der Stadt geltend zu machen, „versähe sich, er wolte wol

[1] RPr. 25. Dezember. Vergleiche über die Verhandlungen des Rathes mit den Bürgern auch Fr. St.A. RSN. 1546 Bekanntmachung d.d. 28. Dezember, und die Antwort der Wollenweber.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Rath an Buseck d. d. 25. Dezember.

bei der Kay. Mat. so viel erhalten, als ob etlich churfürsten dahin kemen"; die Religion habe man Niemand genommen, „wenn die Kay. Mat. gemeint were, die religion underzutrucken oder zu tilgen, so wolte er irer Kay. Mat. kein stund dienen."

Nach diesen Erklärungen Bürens zeigte der Rath demselben an, er sei bereit, sich ihm zu ergeben und liess ihn bitten, nicht alle seine Truppen in die Stadt zu legen, strenge Disciplin zu halten, in Person seinen Einfluss beim Kaiser für das Interesse der Stadt geltend zu machen.[1] Der Graf erwiderte: auf Ehre, Treue und Glauben wolle er die Sache der Stadt beim Kaiser vertreten; von seinen Leuten könne er Niemand entlassen, aber es solle strengste Zucht gehalten werden, „wo auch sein Gnaden nit genugsam profoss steckknecht und henker gnug hetten, welche diesem übel steuern mochten, so wolten es sein Gnaden mit ihren selbst henden thun"; „es wolten ir Gnaden einem rat derwegen under irem sigel verschreibung zustellen". Dann bat er, am nächsten Tag Proviant ins Lager zu schaffen und einen Rathsherrn zu ihm zu schicken, um die nöthigen Massregeln wegen seines Einzugs in die Stadt zu verabreden. Als Lamb dem Rathe über diesen Bescheid Bürens referirte, es offenkundig wurde, dass man ein grosses Heer in seine Mauern aufnehmen, die Stadt völlig der Fähigkeit des Widerstandes beraubt, in die Hände des Generals geben müsse, also der letzte Moment da war, wo man noch die Macht hatte, sich für oder gegen die Unterwerfung zu entscheiden, kam der Versammlung die ganze Last der Verantwortlichkeit, welche sie im Begriffe stand auf sich zu laden, nochmals zum vollen Bewusstsein. Man bat Lamb von rathswegen, er möge sein Gutachten über die Sache abgeben. Lamb weigerte sich auf das Nachdrücklichste in einer so wichtigen Sache irgend einen bestimmten Rath zu ertheilen. Er bemerkte nur, dass man durch den Bruch der Verhandlungen sich die Feindschaft Bürens zuziehe und die viel schlimmere Aussicht

[1] Fr. St.A. RSN. 1546. Instruktion für die städtischen Gesandten an Büren d. d. 26. Dezember.

gewinne, ein Raub der Italiener und Spanier zu werden. Hierauf fasste der Rath den Beschluss: „Dweil man sich mit dem von Buren soweit in handlung begeben, das man nun nit wol on merklich ungnad und erbitterung der Kay. Mat. zuruck komen mag, man wol dan eins ergeren gewärtig sein, das man sich im namen Gottes Allmechtigen der Kay. Mat. und dem von Buren vertrauen und zu gnaden ergeben soll."

Dr. zum Lamb und Justinian von Holzhausen ritten sogleich nach Gerau hinaus und zeigten Büren die definitive Unterwerfung der Stadt an. Unterdessen liess der Rath die Bürgerschaft von dem Ergebniss der Verhandlungen und dem bevorstehenden Einzug des Büren'schen Heeres unterrichten, ermahnte die Einquartierung ruhig aufzunehmen, aller unnützer Reden und Gespötts sich zu enthalten. „So hoffen wir, schloss die Bekanntmachung des Raths, bei der Rom. Kai. Mat. dadurch widerumb alle gnade und frieden zu erlangen und zu erhalten und das wir bei unser waren, reinen gotteslere und wort pleiben und gelassen werden sollen". Gleichzeitig wurde den Prädikanten eingeschärft, sich „des schmehlich antastens und ausschreiens zu massen und das wort gottes rein und lauter uf der kantzel zu predigen" und den Buchhändlern und Druckern befohlen, „die schmehbuchlin und gemelt darin und mit die Kaiserl. Mat. angetast wird, zu hinderhalten und nit feil zu haben." [1]

Am 29. Dezember ritt eine Rathsdeputation zur Stadt hinaus, um Büren „an der Kaiserl. Maj. Statt" einzuholen. Die Thorschlüssel wurden dem General überreicht.[2] Das Regiment der Stadt ging aus den Händen des Rathes in die Faust des Generals über. Hatte Frankfurt durch seine Unterwerfung den Schrecken des offenen Kampfes, die Noth

[1] BB. 26. Dezember: massen = mässigen. Gemelt = Gemälde, Bilder.

[2] Quellen II, 345.

einer Belagerung von sich abgewendet, so wurde die Schale der furchtbaren Leiden, welche im Gefolge des Krieges einherziehen, um so reichlicher über ihm ausgegossen. Die Grösse der materiellen Schädigung — von der moralischen zu geschweigen — welche die Aufnahme Bürens Frankfurt brachte, lässt sich gar nicht ermessen. Was will es selbst in unseren Tagen heissen, wenn eine Stadt plötzlich ein Heer[1] beherbergen soll, welches ungefähr halb so stark ist, wie die Seelenzahl ihrer Einwohner! vor 300 Jahren hatte das aber eine ganz andere Bedeutung. Die Häuser waren mit Menschen überfüllt und reichten doch nicht aus um alle unterzubringen. Trotz bitterer Kälte — der Main war bereits zugefroren — kauerten Haufen von Soldaten auf Stroh gebettet um flackernde Feuer in den engen Strassen der Stadt, von Frost und Hitze zugleich verzehrt.[2] Welche

[1] Frankfurts Bevölkerung ist nach einer gefälligen Mittheilung Professor Büchers in Basel um diese Zeit auf 10—12,000 Seelen zu schätzen. Leider ist es aber auf Grund des vorliegenden Materials nicht möglich, die Stärke der Einquartirung sicher festzustellen. Fest steht nur, dass alle 24 Fähnlein und ein Theil der Reiterei in die Stadt quartiert wurden; Quellen II, 312, 333, 353. Zuverlässig scheint ferner die Angabe des sonst ganz konfusen Lersner zu sein: Quellen II, 356, dass die 12 Fähnlein, welche am 27. Januar nicht entlassen wurden, aus je 22 Rotten zu 10 Mann = 2640 Mann bestanden. Nähme man an, dass die 12 entlassenen Fähnlein ebenfalls je 220 Mann stark gewesen seien, so käme man für die 24 Fähnlein auf circa 5300 Mann. Diese Zahl würde sich der Schätzung in Quellen II, 332 und Str. St A. AA 544 Pund an 13 aus Frankfurt d. d. 25. Dezember: „nit 6000 Knecht“ nähern. Nun behauptet aber Quellen II, 313, dass die stärksten Fähnlein nicht über 150 Mann stark gewesen seien; dies ergäbe für 24 Fähnlein im besten Falle nur 3600. Nimmt man das Mittel zwischen 5300 und 3600, so kommt man auf circa 4400. Auf diese Zahl weist vielleicht auch Quellen II, 346 hin, wo es heisst, dass die Fussknechte Beurens bei der Musterung am 26. Januar 436 gewesen seien. Sollte bei dieser Zahl 436 nicht eine letzte Stelle weggefallen sein, so dass es etwa hiesse: 4360 Mann? Nimmt man an, dass von Reitern (nach Quellen II, 332 „nit 2000“) und vom Tross wenigstens ein paar Hundert Mann in der Stadt blieben, so berechnete sich die Gesammteinquartirung auf circa 5000 Mann.

[2] Quellen II, 353. Lersner schöpft diese Angaben über die Einquartierung offenbar aus guter Quelle.

Mühe, welche Kosten machte den Bürgern die Verpflegung, die Kleidung der ungeladenen Gäste! Aber das war noch lange nicht das Schlimmste. Furchtbar hatte der Herbstfeldzug in den Niederungen der Donau dem kaiserlichen Heere zugesetzt; durch rauhe Witterung und stetes Lagern unter freiem Himmel, auf feuchtem von anhaltendem Regen durchweichtem Boden waren verheerende Epidemien erzeugt und genährt worden. Ein Bild der bestandenen Strapazen „ganz verhudelt und nackend", eine Herberge der gefährlichsten Uebel hatte das Büren'sche Corps seinen Einzug in die Stadt gehalten. Unter 24 Fähnlein sah man da nicht 6000 kampffähige Landsknechte, von den Reitern war kaum die Hälfte „zum schimpf tüglich" und diesen marschirenden Abtheilungen, welche der Chronist Ambach „ein süchtig, stinkend, wüst volk" nennt, folgte eine lange Reihe Wagen und Karren, beladen mit Kranken und Sterbenden.[1] Bräune und Ruhr hausten schrecklich unter den Unglücklichen.[2] Was wollte es gegenüber dem Umfang dieser Uebel heissen, wenn der Rath, als Spital und Krankenhäuser überfüllt waren, die Konventstube des Karmeliterklosters zur Aufnahme der Elendesten herrichten liess? Dazu gab das nahe Zusammenwohnen der Menschen der Krankheit immer neue Verbreitung.

Ergreifend schildert der Schuster Medenbach den schrecklichen Zustand, welcher bald in der Stadt herrschte. „Die „kranken (Soldaten) sein auch sampt den gesunden frost „und ander misspflegungs halben im leib so gar vergiftet „gewesen, dass sie mit irer durchfertigkeit des leibs alle „gassen, die wolgehalten, saubern pletz, heuser, stuben, kam„mern und alles on alle schamde ufs schendlichest und un„flötigest verunraint und besodelt haben, in massen dass „niemant uf der gassen vor solchem unlust und gestank nit „wol gehen, noch vor dem geruch recht bleiben kunt, es hat „auch bei dem gemelten volk in heusern und stuben ein gestank „geben, dass in dieser statt und Sachsenhausen vil ehrlicher,

[1] Quellen II, 332.
[2] Quellen II, 313.

„feiner, starker mann, weib und kinder soliche krankheit „gewonnen, ettwa lang gelegen oder entlich daran sterben „mussen."

Kürzer drückt sich die Degenhart'sche Chronik aus, indem sie zum 12. Januar ein Verzeichniss der Lebensmittelpreise dahin zusammenfasst: „und war in summa nichts wohlfeiler als kranke leut und läus".[1]

Trotzdem dürfen wir nicht glauben, dass von jenen grässlichen Scenen des Elends und Jammers zu dem Bilde des städtischen Lebens die vorherrschenden Farben geliefert worden seien. Die Soldaten hatten seit Monaten nichts als Mühsale und Entbehrungen gekostet. Jetzt waren sie als Sieger in eine wohlhabende Stadt eingezogen, wollten sich pflegen, und je stündlicher ein entsetzlicher Tod sie bedrohte, um so hastiger das Leben geniessen. Und was verstanden die Söldner jener Zeit unter Lebensgenuss! In brutaler Sinnlichkeit und wilder Grausamkeit thaten es freilich die deutschen und niederländischen Kriegsvölker den spanischen lange nicht gleich, um so stärker waren sie in andern Lastern. Medenbach sagt darüber:[2] „in solichen frohlichem beiwesen der lanzknecht, die in stetigem prassen, vollleben, toben, wuethen, blerren, singen, rosen, schlagen, in aller ungestimmigkeit und unzuchtigem wandel haben der mehrer theil ihr zeit also vertrieben." Wie wäre es dem Rathe nur möglich gewesen, einen blutigen Ausbruch der Bürgerschaft gegen diese wüsten, gewaltthätigen Gesellen zu hindern, wenn nicht der kaiserliche General mit barbarischer Strenge die Disciplin unter seinen Leuten aufrecht erhalten hätte! In den ersten beiden Monaten verging keine Woche, in welcher man nicht mehrere Soldaten wegen Gewaltthat, Diebstahl, Schändung, Eidbruch, Falschmünzerei, Widersetzlichkeit, Wachtvergehen geköpft, gehängt, gerädert, verbrannt, gespiesst hätte.[3] Einmal gelang es trotzdem nur mit genauer Noth, grosses Unheil zu verhüten.[4] An der

[1] Quellen II, 345.
[2] Quellen II, 322.
[3] Quellen II, 313, 333, 339, 336, 345 etc.
[4] Quellen II, 339, die Sache ereignete sich am 7. Juni 47.

Katharinenpforte hatte sich zwischen dem städtischen Marstaller und einem Landsknechte Streit erhoben, „etlich Bürger und viel voller Krieger“ liefen hinzu; es gab eine grosse Prügelei; die Landsknechte siegten und machten schon Miene, die Häuser zu stürmen, als die beiden Bürgermeister und die Trabanten des Kommandirenden herbeikamen und mit Mühe die Parteien auseinanderbrachten. Aber wenn auch ein eisernes Regiment den ärgsten Ausschreitungen der Soldaten steuerte und blutige Zusammenstösse zwischen Bürgern und Landsknechten verhindert wurden, so blieb doch der Einfluss, welchen das zuchtlose Leben der Einquartierten auf ihre Wirthe ausübte, voll bestehen.

Die strenge Aufsicht, welcher die mittelalterlichen Genossenschaften, vor Allem die Zünfte ihre Mitglieder sehr zum Heile der öffentlichen und privaten Sittlichkeit unterwarfen, war selbstverständlich durchbrochen. Die Laster, denen man täglich ungestraft und ohne Scham von Mitbewohnern des eigenen Hauses fröhnen sah, verloren nach und nach in den Augen mancher Bürger und Bürgerinnen ihren ehrenrührigen Charakter: bald trieben die Schwachen und Begehrlichen selber mitten in dem schmutzigen Strudel dahin.[1] Je länger dieser Zustand dauerte, desto verderblicher wirkte er. Die Zahl der Dirnen und lasterhaften Weiber nahm überhand. Erst nachdem die letzten Landsknechte der Stadt den Rücken gekehrt hatten, gelang es dem Rath, „diese Schandvögel“ durch die Drohung, sie mit Ruthen hinaus streichen zu lassen, aus Frankfurt zu entfernen.[2] Sehr mit Recht befürchtete Melchior Ambach, eine grosse Sittenverwilderung möchte vor Allem unter dem aufwachsenden Geschlechte einreissen. An regelmässigen Unterricht war nicht zu denken. Bürger- und Landsknechtskinder spielten miteinander Soldaten, lieferten sich mit kleinen Büchsen, hölzernen Hellebarten, Schwertern, Bengeln, Stangen regelrechte Schlachten, von vielen (Eltern), wie Ambach

[1] Quellen II, 340, 41, Ambach malt wohl etwas zu schwarz; vgl. auch II, 322.

[2] R.Pr. u. BB. 13. Oktober. BB. 20. Oktober.

bemerkt, „darzu gereizet und viel williger dann zum catechismo abgefertiget.“ [1] Aber so schwer dieses ganze Wesen auf den Schultern und Gemüthern der grossen Zahl tüchtiger, ehrenhafter, patriotischer Bürger lastete, eines, um welches sie weniger bedacht und weniger bedenklich als die weltklugen Rathsherrn, Büren und dem Kaiser selbst getrotzt hätten, ihr evangelischer Glaube und Gottesdienst blieb ihnen gewahrt.

Graf Büren zeigte sich als ganzer Mann. Was er versprochen hatte, das hielt er auch. Von ultramontanem Fanatismus scheint er überhaupt wenig gekannt zu haben. Zum Staunen aller Welt stand er öffentlich Pathe bei dem Kinde Johanns von Glauburg, welches nach protestantischem Ritus in der Bartholomäuskirche getauft wurde.[2] Wie unerhört eine derartige Handlungsweise den Menschen jener Zeit erschien, kann man daraus ermessen, dass die Protestanten sich lebhaft darüber beklagten, als Büren im Frauenbruderkloster öffentlich Messe lesen liess. Solchen Beschwerden antwortete der General sehr schlagend: „Die frankfurter herrn gestatten doch den Juden ihre öffentliche christlästerung in ihren synagogen, welche doch wissentlich und abgesagte feind christi und aller christen seind, und ihr vermeinter gottesdienst ein wahre christlästerung, warumb wollte man denn uns, die doch christenwort gebrauchen, ihre mess wehren“?[3] Es war etwas Ausserordentliches, dass Büren, welcher als siegreicher Feldherr in der Stadt schalten und walten konnte, wie er wollte, sich auf derartige Erörterungen einliess; aber er that noch viel mehr. Die Prädikanten, welche sich während des ganzen verflossenen Jahres durch kriegerischen Eifer hervorgethan hatten,[4] bestanden jetzt bis auf einen glänzend die Probe ihrer Gesinnung. Unter den Augen eines siegreichen Heeres des streng katholischen Kaisers hatten sie den erstaunlichen

---

[1] Quellen II, 318; 341.
[2] Quellen II, 332; 354.
[3] Quellen II, 334. Die erste Messe wurde am 16. Jan. gelesen.
[4] St. pap. H. VIII, XI, 396.

Muth, offen gegen „des pabstthums missbrauch und falsche lehr“ zu predigen.[1] Natürlich zum Entsetzen des Rathes, der es doch wegen der Gemeinde nicht wagte, diesen Taktlosigkeiten seiner Sorgenkinder anders entgegenzutreten als mit der Ermahnung, sich „des scharrens und holhiepens uf der kanzeln zu enthalten“. Dies Alles liess Büren geschehen; ja, er hinderte nicht, dass Soldaten den protestantischen Gottesdienst besuchten.[2] Graf Solms, welcher nach ihm in Frankfurt gebot, zeigte nicht die gleiche Langmuth und gab dadurch den Prädikanten Gelegenheit, neue Beweise ihrer Unerschrockenheit abzulegen. Am 8. Mai ordnete Solms ein allgemeines Dankgebet für den Sieg des Kaisers an und verlangte, dass darin auch des Seelenheils der Gefallenen gedacht werde. „Dieses aber“, erzählt Ambach,[3] „als der reinen lehr des heiligen evangelii und verdienst Christi ungemäss, ja zuwider, haben die prädikanten zu thun keineswegs bewilligen wollen, sondern gänzlich abgeschlagen, dann dieses wäre ein wohlgebahnter weg wieder ins pabstthumb und fegfeuer machen. derohalben hat der graf von Solms den prädikanten gedrohet, etliche aus ihnen über die kanzel zu henken, jedoch hat dieser hiermit nichts ausgericht.“

In solcher Zeit war die Leitung der städtischen Politik wahrlich keine Kleinigkeit. Der Rath hatte durch seine kluge Realpolitik Frankfurt vor materieller Einbusse, so weit es irgend zu erreichen war, schützen wollen; eigenmächtig war er auf dieser Bahn vorgegangen, doppelt lasteten darum alle Uebel, welche jetzt die Stadt trafen, auf ihm; klarer als alle übrigen Bürger mussten die Rathsherrn erkennen, wie ganz gegen ihre Berechnung die Stadt vielmehr dem Ruine näher und näher kam. Und doch hatte es eine Zeit lang geschienen, als ob die Politik des Rathes ihr Ziel erreiche. Freilich mit den alten Bundesgenossen, besonders mit dem benachbarten Hessen war die Stadt gründ-

[1] Quellen II, 332, 33.
[2] Quellen II, 322, 333.
[3] Quellen II, 338.

lich überworfen;[1] hart hatte sie die Nothwendigkeit getroffen, Bürens Heer in ihre Mauern aufzunehmen, härter die Enttäuschung, dasselbe nach ein paar Tagen nicht weiter ziehen zu sehen.[2] Aber in der Hauptsache, in dem Bestreben die Freundschaft des siegreichen Kaisers zu gewinnen, glaubte die Stadt erfolgreich zu sein. Es gelang ihren Gesandten[3] durch die Fürsprache Bürens, die Unterstützung des Vizekanzlers Naves und des kaiserlichen Kommissars Lorenz von Altensteig, „obgleich die sachen und handlungen, die sich gegen die Kaiserl. Mat. in dieser kriegsrustung verlaufen, etwas hoch und heftig angezogen“ wurden, zuerst von Granvella freundlich empfangen zu werden und dann am 8. Januar beim Kaiser Audienz zu erhalten. In der demüthigsten Haltung, knieend, mit gefalteten Händen und geneigtem Angesicht baten sie durch Fichards Mund in Ausdrücken, reuigster, unterwürfigster Gesinnung um Begnadigung Frankfurts. Der Kaiser liess ihnen antworten, er nehme die Stadt zu Gnaden auf, „doch mit vorbehalt, was ir Kai. Mat. darin weiter werde erkleren“. Die Gesandten flossen über von Dankbarkeit, Ergebenheit. Naves bemerkte noch: der Kaiser versehe sich, dass der Rath „nach beschehenem erbieten“ sich halten werde, damit er „ursach hab, ihr gnedigster kaiser zu sein und zu pleiben“ und bedeutete sie dann, sie seien entlassen. „Als aber die gesandten daneben noch ain kleins knieend pliben, hat die Kaiserl. Mat. inen selbst mit der hand gedeutet, ufzusteen“.[4] Man sieht, die

---

[1] Fr. St.A. RSN. 1546 enthält die unerquickliche Korrespondenz mit Hessen, nachdem der Abfall beschlossen war. Dem Bunde kündigte der Rath am 25. Januar.

[2] Nach Quellen II, 311 hatte der Rath der Gemeinde die Sache so darstellen lassen, als ob Büren nach 5 6 Tagen Frankfurt wieder verlassen werde.

[3] Die ziemlich ausführliche Korrespondenz über diese Gesandtschaft findet sich im Fr. St.A. RSN. 1546.

[4] Fichard's Rede bei Hortleder, Handlungen und Ausschreiben von der Rechtmässigkeit des teutschen Kriegs, III, cap. 61 mit ganz geringen Aenderungen reproduzirt, findet sich nebst den sonstigen An-

Gesandten schenkten sich persönlich nichts, was zu Gunsten ihrer Vaterstadt hätte dienen können. Auch mit dem Versprechen reichlicher Trinkgelder, für welche nach der Sitte der Zeit alle Reichs- und Hofbeamten, vom ersten Minister bis zum letzten Schreiber, gleich empfänglich waren, hielten sie nicht zurück und glaubten darum, dass sie mit dem Erfolg ihrer Sendung durchaus zufrieden sein dürften. Freilich ganz ohne Sorge liess sie der kaiserliche Vorbehalt nicht, aber sie hofften, die Stadt werde mit einer gelinden Geldstrafe davonkommen. Sicheres vermochten sie über diesen Punkt am kaiserlichen Hofe einstweilen nicht zu erfahren, auch der versprochene Begnadigungsbrief wurde ihnen noch nicht zugestellt, bloss mit einem Sauvegardebriefe für die Stadt ausgerüstet, traten sie den Heimweg an. Sofort nach ihrer Ankunft[1] in Frankfurt nahm Graf Büren dem Rath und der Bürgerschaft auf Befehl und im Namen des Kaisers den Treueid ab.

Seit Abreise der Gesandtschaft hatte indessen den Rath eine neue Sorge befallen: er begann zu befürchten, die Stadt möchte ihre Messprivilegien einbüssen. Durch die Dezemberverhandlungen mit Büren war man zuerst auf die Gefahren, welche in dieser Richtung drohten, aufmerksam geworden. Anfragen bei der Stadt Worms[2] hatten bestätigt, dass Personen am kaiserlichen Hofe sich eifrig für eine Verlegung der Messen bemühten. Bestrebungen, welche wie diese der materiellen Existenz Frankfurts an die Wurzel griffen, musste der Rath mit allem Eifer entgegenarbeiten. Nicht weniger bedenklich war die fortdauernde Belastung der Stadt mit dem Büren'schen Corps. Büren hatte zwar vor seiner Abreise zum Kaiser am 27. Januar grosse Musterung gehalten und 12 von den 24 Fähnlein entlassen,[3] aber

gaben über den Verlauf der Audienz im Fr. St.A. Kaiserschreiben IX, fol. 29 ff.

[1] BB. 21. Januar.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Rath an Worms d. d. 2. Januar. Antwort d. d. 10. Januar.

[3] Quellen II, 316, 347. Es blieben nach der bestimmten Angabe von II, 356: 2640 Landsknechte.

es blieben doch noch immer mehrere tausend Mann in der Stadt. Um die Gefahr, welche Frankfurt hieraus und aus den Intriguen gegen ihre Messfreiheiten drohte, zu beseitigen und den Begnadigungsbrief in seine Hände zu bekommen, sendete der Rath am 10. Februar den Stadtschreiber Martin Sigel an den kaiserlichen Hof nach Augsburg.[1] Aber ehe dieser Gesandte etwas ausgerichtet hatte, kam dem Rathe neue schlimme Botschaft. Am 14. März erschien Graf Reinhard von Solms in Frankfurt und verlangte Namens des Kaisers eine Kriegsentschädigung von 100,000 Gulden, welche innerhalb 4 Wochen zu zahlen sei.[2] Diese ausserordentlich hohe Forderung rief grosses Entsetzen im Senate hervor. Alles wurde aufgeboten, um die Last fern zu halten oder wenigstens von der Summe beträchtlich abzuhandeln, Solms blieb unerbittlich bei der Forderung von 80,000 Gulden stehen.

Mit Schrecken bemerkte der Rath, wie sehr er sich über die Stimmung, welche am kaiserlichen Hofe gegen die Stadt herrschte, getäuscht habe. Ehe die 80,000 Gulden bezahlt waren, durfte er keinesfalls auf besondere Begünstigungen von Seiten des Kaisers hoffen. Er ertheilte dess-

---

[1] Die Korrespondenz zwischen dem Rathe und Sigel im Fr. St.A. RSN. 1546.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Rath an Sigel d. d. 19. März. Wie sehr man sich in Frankfurt über den Kaiser, und was man von ihm zu befahren hatte, täuschte, geht unter anderem aus einem Briefe an Strassburg d. d. 25. Januar hervor. Strassburg wird in demselben aufgefordert, sich ebenfalls dem Kaiser zu ergeben, damit es wiederum „zu der Kaiserl. Mat. gnaden und also zu frieden und ruhe, auch gemeine handtierung wider in gang und wesen kommen möchte. welches alles dann E. W. um soviel mehr zu verhoffen ist zu erlangen, soviel grosser der Kaiserl. Mat. angeborene gute und miltigkeit ist, welche dann Ir. Kaiserl. Mat. nun vielfältig nit allein an etlichen der augsburgischen confession, sondern auch der ainigungsverwandten hohen und niedern stenden, auch insonderheit an uns in der maassen, das gegen irer Mat. derselben gnädigsten begnadigung wir uns nimmer genugsam bedanken mögen, erzeigt und daneben allenthalben die christliche religion, so wir angenommen, frei und unverdruckt (anders dann bisher Ir Mat. zugelegt worden) bleiben lassen hat“

halb Sigel den Befehl, nichts weiter als die Ausfertigung des Begnadigungsbriefes[1] zu betreiben und suchte auf jede Weise Geld herbeizuschaffen. Wirklich gelang es innerhalb der bestimmten Frist, die Ansprüche des Kaisers zu befriedigen.[2] Trotzdem musste Frankfurt die Besatzung weiter herbergen. Ja, die Obersten, welche nach Büren das Kommando der Stadt übernahmen, legten den armen Bürgern mit Frohndiensten an Befestigungswerken neue Lasten auf. Natürlich kam auch im Frühjahr 1547 wegen der Einquartierung die Messe nicht zu Stande. Fremde Kaufleute machten sogar einen für Frankfurt sehr gefährlichen Versuch, den Handel in Mainz zu etabliren.[3] Allgemeine Verarmung bedrohte die Bürger; viele wurden von der Epidemie hingerafft, andere und jedenfalls gerade reichere suchten durch Auswanderung den Uebeln, welche sie hier bedrohten, zu entgehen. Diese traurige Lage der Stadt veranlasste den Rath, im Juni nochmals Dr. zum Lamb an den kaiserlichen Hof abzufertigen.[4]

Jetzt erfuhr man endlich das ganze Schicksal, welches der Stadt zugedacht war. Granvella gab dem Gesandten den Bescheid, der Kaiser sei geneigt, die 12 Fähnlein zu entlassen, wenn die Stadt den gesammten Soldrückstand derselben vorstrecke, andernfalls sehe er keine Aussicht, wie Frankfurt je seine Besatzung los werden könne, ja es möchten die Soldaten, um zu ihrem Gelde zu kommen, schliesslich vielleicht selbst zugreifen. Um dieselbe Zeit,

[1] Derselbe findet sich Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 18. Januar.

[2] 62,000 fl. wurden bis zum 15. April, 8000 fl. am letzten April, 10,000 fl. auf Johanni gezahlt.

[3] Quellen II, 319.

[4] Die Instruction für Lamb und seine Korrespondenz mit dem Rathe findet sich im Fr. St.A. RSN. 1546. Quellen II, 350: Es starben während des Jahres 47 in Frankfurt 2617 Personen; davon entfallen nach II, 332 circa 800 auf die Besatzung, folglich circa 1800 auf die Bürgerschaft, d. h. es starben nicht weniger als 18 % der Einwohner, dagegen wurden nur 368 Kinder getauft, d. h. circa 4 % der Seelenzahl. II, 323: „Dadurch die inwoner dieser statt sehr gering und wenig sein worden".

[5] Fr. St.A. RSN. 1546 d. d. 27. Juli.

als Lamb über diese Dinge berichtete, ging ein kaiserliches Schreiben[5] an den Rath ab, worin Karl erklärte, damit ihre Messe wieder in Schwang komme, wolle er unter der Bedingung, dass die Stadt die nöthigen Gelder auf ein Jahr vorstrecke, 8 Fähnlein und alle Reisigen beurlauben. Vergeblich liess der Rath Lamb betheuern, es sei der Stadt unmöglich, solche Summen zu beschaffen, vergeblich bot er an, die Zinsen derselben während eines ganzen Jahres zu tragen, 40—50,000 Gulden vorzuschiessen. Granvella erklärte, unter der erwähnten Bedingung solle sogar die ganze Besatzung sofort nach der Ablöhnung entlassen werden, aber ehe der Rath die Stadtschlüssel wieder erhalte, müsse er Caution für seine künftige Haltung geben.[1] Ueber diesen Verhandlungen floss Woche um Woche dahin. Die Soldsumme lief immer höher auf. Bei der kaiserlichen Regierung liess sich keinerlei Nachgiebigkeit verspüren, je länger die Stadt sich gegen den schweren Schritt sträubte, um so schwerer wurde er. Diese Erwägungen veranlassten schliesslich die Gesandten selber, dem Rathe die Erfüllung der kaiserlichen Bedingungen anzuempfehlen.[2] Es blieb dem Rathe nichts übrig, als sich zu fügen. Nicht weniger als 104,926 Gulden musste die Stadt dem Kaiser vorstrecken. Selbstverständlich konnte diese Summe nur auswärts und mit den schwersten Verlusten beschafft werden. Grosse Summen lieferten die Juden, welchen man 1 Prozent Courtage gewährte. Die reichen Capitalisten in Nürnberg und Augsburg, auch Cöln, besonders die Geldbesitzer in Baden, im Elsass, in Basel wurden im Namen des Rathes um Darlehen angegangen.[3] Selbstverständlich mussten horrende Zinsen, d. h. meist zwölf Prozent, versprochen werden. Immerhin hatte man Anfang October den nöthigen Baarvorrath zur Stelle.

---

[1] Fichard u. Oiger v. Melem waren seit Ende August für Frankfurt am kaiserlichen Hofe thätig. Fichard, Oiger an Rath d. d. 9. Sept. Fr. St.A. RSN. 1546.

[2] Fr. St.A. RSN. 1546. Oiger, Fichard an den Rath d. d. 9. Sept.

[3] Der Rathsherr Uffständer bereiste zu diesem Zwecke ganz Südwestdeutschland.

Kaiserliche Pfennigmeister löhnten zuerst am 5. October acht und am 8. October die letzten vier Fähnlein ab.[1]

Erleichtert athmete Alles auf, als die letzten Landsknechte aus den Thoren zogen. Die ganz allgemein empfundene, drückendste Last war gehoben. Freudig nahm der Rath die Stadtschlüssel wieder in Empfang, freudig besetzten die Bürger Thore und Wälle und fühlten sich wieder Herren im Hause. Aber schwer lag die Sorge um die Zukunft auf den Seelen der Bürger, des Rathes. Wer konnte wissen, ob sich der Wohlstand der Bewohner wieder herstellen, der finanzielle Ruin des Gemeinwesens hindern lassen werde? Denn wie viel ein kaiserliches Rückzahlungsversprechen werth war, hatten schon zu viele Gläubiger Karls V. erfahren, als dass man nicht den schlimmsten Befürchtungen hätte Raum geben müssen. In der That wurde trotz der dringendsten Bitten, trotz der Vorstellung, dass die Stadt im Begriffe stehe, allen Credit einzubüssen, vor April 1550 gar nichts, dann aber nur 26,000 Gulden und im August desselben Jahres 4000 Gulden zurückbezahlt,[2] während der Kaiser sich verpflichtet hatte, bis October 48 schon die ganze Summe zu erstatten. Nach dem August 50 trat wieder eine grosse Pause in den Zahlungen ein. Die Stadt kam so in Bedrängniss, dass sie im Dezember 50 jedem, der ihr zu den ausstehenden 74,926 Gulden verhelfe, 6000 italienische Kronen versprach.[3] Schliesslich erwarb ein Finanzconsortium Fugger — von Kirchberg die städtische Schuldforderung und zahlte dafür Fastenmesse 52 und 53 je 30,000 Gulden.[4] Im Ganzen erhielt demnach die Stadt 90,000 Gulden zurück von 104,926. Die Summen, welche sie aber für die erste Beschaffung, für Verzinsung des Kapitals, für Trinkgelder an alle möglichen Personen[5]

[1] Quellen II, 321, 350.
[2] Rechenmeisterbuch 1549 u. 50.
[3] Fr. St.A. Kaiserschreiben IX.
[4] Rechenmeisterbuch 1551 u. 52.
[5] Z. B. erhielt Büren einen vergoldeten mit 1000 Goldgulden ge-

hatte ausgeben müssen, reichen sicher sehr nahe an die ganze Rückzahlung heran.

Hätten Frankfurt und andere Städte, denen es ähnlich erging, während des Sommers 46 im Aufbringen von Geldern nur einen Theil der Energie bewiesen, nur einen Theil der materiellen Opfer freiwillig während des Feldzuges dem Bunde gebracht, welche ihnen nachher die äusserste Noth abzwang, ein ganz anderer Ausgang des Krieges wäre wohl erfolgt; Städte und Bürger hätten gross und glänzend dagestanden, während jetzt mit der finanziellen Zerrüttung auch der stolze, kernhafte, selbstbewusste Sinn der Gemeinwesen dahinsiechte.

Der kräftige Impuls, welchen die reformatorischen Ideen auch Frankfurts politischem Leben mitgetheilt hatten, die Anfänge eines neuen politischen Daseins, wie sie sich in dem lebhaften Interesse und der wachsenden Theilnahme nichtrathsfähiger Bürger an politischen Ereignissen, in der selbständigen, vom Althergebrachten losgelösten Politik der Stadt bekundete, alle daran geknüpften Hoffnungen fanden in der Katastrophe des Jahres 1546 ihren Untergang. Der moralische Einfluss der erlittenen Niederlage, der Druck der materiellen tagtäglichen Noth erstickte in der Masse der Bürger das kaum erwachte politische Interesse und bewirkte, dass der Rath, statt selbständig durch grosse mannhafte Entschlüsse die Geschicke der Stadt zu bestimmen, wieder nach alter Weise seine Aufgabe darin suchte, charakterlos demüthig gegen die Autorität des Kaisers mit allerhand kleinen Mitteln und diplomatischen Kniffen das Schifflein des Staates unter dem vortheilhaftesten Winde zu erhalten.

füllten Becher, Altensteig 300 fl., der Bischof von Arras und Obernburger je einen Becher mit 200 fl., die beiden kaiserlichen Pfennigmeister je 200 fl. u. s. w.

ANLAGE I.

Bekanntmachung des Rathes an die Bürgerschaft beim Ausbruche des Krieges.

FR. St.A. RSN. 1546. Concept ohne Datum mit Correcturen von der Hand des Stadtschreibers, laut BB. am 26. Juni publiziert.

Lieben freund!

Es setzt ein erbar rat in keinen zweifel, ir werdet nunmehr wol vernomen haben, was grosser unversehenlicher kriegsrustungen sich allenthalben erzaigen. so komen aber ainem erbaren rat teglich je lenger je mehr solche warnungen und dermaßen glaubwurdige kundschaften zu, das nichts gewissers, dann das solche kriegsrustung anderst nit gepraucht will werden dann zu undertruckung und austilgung warer christlicher religion und lere, so got der Allmechtig unser himlischer vater in disen letsten zeiten gnediglich erscheinen lässt, und wir von seinen gnaden neben andern churfursten, fursten, graven und stetten die Augspurgische confession und christl. ainigung angenommen haben. nun wißt ir euch lieben freund zu erinnern, welcher gestalt sich ain erbar rat nit allain mit euerm und anderer von gesellschaften und zunften und handwerkern rat und willen, sonder auch auf euer und derselben vilfältig heftig begeren und anhalten eingelassen, die babstliche, abgottische greuel und mißbreuch abzuschaffen, was auch ain erbar rat damals euch und andere ire burger gewarnt und ermant, auch ir und dieselben gemainlich euch darauf vernemen lassen habt; welche furgenomen abschaffung und enderung ain erbarn rat noch nie gereuen, sonder gedenken bei ainmal angenomener worer, christlicher religion und lere, sovil der Allmechtig gnad und hilf verleihen will, vestiglich zu beharren. diweil sich aber die sachen dermaßen ernstlich anlassen, das umb des worts gottes willen verfolgung angeen und gefar leibs und guts zu besorgen, so will, wie ir erachten konnet, die notdurft erfordern, sich uf den vorsteenden notfall in die ban zu schicken und gefaßt zu machen. und wiewol nun ain erbar rat an der treue und gehorsam, die ir und gemein burgerschaft dem reich und einem

erbarn rat zu laisten schuldig seit, gar kainen zweifel noch mißtrauen tregt, so hat doch ein erbar rat der sachen wichtigkait halben nit underlassen konnen noch wollen, euch solichs alles guter, vaterlicher, getreuer mainung furhalten zu lassen und von euch zu begeren, dieweil an dieser sachen verlust leibs und guts, schmehung und schendung unser weib und kinder, ja auch ewigs verderben und seligkeit gelegen ist, von euch anzuhoren, auch euer gemut und mainung hierin zu vernemen, ob der zug hierher geen, die stadt uberzogen, da got gnediglich vor sei, und belegert werden und also die not angeen wollte, das nit allein ir und gemeine burgerschaft, was ir euch zu ainem erbarn rat, sonder auch ain erbar rat hinwider wissen möge, was er sich von euch und gemeiner burgerschaft getrosten und versehen solle; und also in dieser gemain not-sachen, die gottes und nit unser ist, getreulich zusammensetzen und bei einander bestendiglich sein und bleiben mogen. Begern demnach von ains erbarn rats wegen gutlich und freundlich, ir wollet die sachen der notdurft nach bedenken und uns daruf euer ainhellig gemut und mainung durch euer verordneten zum furderlichsten nit verhalten, an einen erbarn rat gelangen zu lassen.

ANLAGE II.

Rath von Nürnberg an den Rath von Frankfurt d. d. 1. Juli 1546:

Fr. St.A. RSN. 1546 ...„und hat niemand zu zweifeln, das sich die leuf im heiligen reich teutscher nation dermaßen und so geferlich anschen lassen, als inn ains ainigen menschen gedenken je bescheen, welches auch alle stende und glider pillich zu einem vleißigen nachgedenken und darinnen zu wachen verursachen soll. wie aber solchs zu furkommen und ainem so mercklichen gewalt vorzusteen, konnen wir kain ander mittel bedenken, dann das allein in der allmechtig hand gottes, der ein laiter der herzen ist, und in desselben allmechtigkeit solchs durch ernstlich anrufen und seufzen der beengstigten und betrübten herzen abgewendet werden, der auch die seinen in mitten der hochsten trubsal und quals erreten kann, E. W. und iren befolenen unterthanen on allen zweifel in iren besorgenden beschwerungen nit verlassen wurdet. Und will uns in dem, dannoch der K. Mat. gegen uns und etlichen furnembsten erbarn stetten und, wie wir hievor verstendigt, E. W. selbst auch gethone schriftliche erklerung, darinnen sich ir Mat. etwas hoch benimbt, das solchs anderst nit dann wider etliche irer Mat. ungehorsame, wiewol es ungewis wider wene gemaint, verhoffenlich und nit zu zweifeln sein, ir Kay. Mat. werde des ungeachtet,

obwol die widerwertigen des wort gottes nit ruen, ein bedencken haben, ainiche stend der religion halben zu beschweren; wiewol wir nun E. W. halben bisher nichts vernommen, so wissen wir doch E. W. und anderen stenden nit zu verweisen, ire sachen nach entlichem vertrauen auf gott in zeitlicher guter acht und fursorg zu haben und nichts zu verachten. tragen wol ab E. W. angezeigter und gewarnter sorgfeltigkeit ain getreues herzliches mitleiden; wollten auch, das wir inen in dem mer, dann wir nach gelegenhait dieser sorglichen und geferlichen leuf, do wir auch nit gar on sorg sitzen und uns nit wenig von noten sein will gefaßt zu sitzen, darzu wir aber bisher, wie E. W. jungst vernommen, zu bewarung unserer statt und flecken zu der plössigen notdurft nit kommen mugen, und uns selbs noch vil mangels erscheint, mehr trosts thun konnten, sollt bei uns nit mangel erscheinen, uns altem stettvertrauen nach der gepur unverweißlich zu erzeigen. so haben wir bisher nit vernemen konnen, das es ainicher musterplatz im lande zu Francken gewießlichen sein soll, wo wir aber hernach desselben oder anders, das E. W. zu wissen von noten, in erfarung kommen, das seien wir, E. W. tags und nachts unverhalten zu lassen und daneben sonst allen freuntlichen vertrauen zu erzeigen, erputtig, den wir solchs nit haben verhalten wollen.

Dat. Donnerstags, 1. Juli 1546.

Burgermeister und Rathe zu Nurmberg.

ANLAGE III.

Bericht Oigers v. Melem über seine Audienz bei dem Landgrafen von Hessen.

R.Pr. 1546, fol. 99, 18. Juli:

Deputati.

Herr Oiger retulit: ... er sei „uf mitwoch zwischen 9 und 10 gen Cassel ankomen, sich angezaigt, sei der Landgrave von der stat uf der musterung etlicher pferd gewesen; hat der stathalter die credenz von ime empfangen. auf donnerstag sei er furkhomen, und hab ime der Landgrave angezeigt: es hab sich s. f. Gn. und Sachsen dermassen mitainander verglichen, onangesehen, das die oberländischen begert, das s. f. G. hinauf komen soll, sich nit in die oberland zu thun; sonder er welle seine befestigungen zum statlichsten besetzen, desgleichen der churfurst Gota und Witemberg auch, und sich volgends zusamenfügen und den 20 des monats zu Mainingen sein und sehen, was der Bischove von Wirzburg gekocht, und volgends den nechsten hinauf zu

dem haufen und sehen, wo die ungehorsamen sein. volgends hab s. f. Gn. ine des Schertlins schreiben lesen lassen, darin vermeldt, wie Füsssen und die Ernberger claus eingenomen, und Haidegks schreiben mit ziffern: dweil das haupt des kriegs und unser veind im oberland, so sei das oberland nit zu verlassen, umb der lobl. stat Augspurg willen, da vil schatz zu finden; wollen demnoch erwarten, bis Hessen zu inen stosse und gedenken, ir leger zu Tillingen zu slagen und des veinds erwarten: wollen Thonauwerd und Neuburg an der Thonau besetzen und den veind understeen ufzuhalten bis uf Hessens zukunft; ob schon die veind durch den stift Aistat ziehen wolten, so konden diese stend umb Schweinfurt doch zusamen komen und sprach halten. volgends hab er, Herr Oiger, seiner f. Gn. das kaiserlich schreiben angezaigt. Danach hat der Landgrave nach essens nach ime geschickt und gesagt, er soll dem rat sagen, getrost zu sein und gefragt, wie starck der rat sei, und als herr Oiger geantwordt, man hab ein starck fenlein, geantwort, es sei nit genug, man soll mehr annemen und soll gut kundschaft machen, daran nichts sparen. NB. Hessen hat dem Bischof von Wirzburg sein lehen ufgekundt durch schriften Dat. 15. Julii. NB. Frankreich hat vertrostung gethan, mit diesen stenden zu sein; und wan man ain wenig halten konne, wolle Frankreich den kaiser an ainem andern ort angreifen. NB. Die sachsischen stett sampt Demnargk sollen schon etliche schiff nidergeworfen.

ANLAGE IV.

Der Ausschuss des Frankfurter Rathes an die 43 von Strassburg d. d. 25. August 1546.

Str. St.A. AA. 544.

„So ist es doch in summa die worheit, das sich Reiffenberger zusampt den hassischen raten uf zusage und vertrostung des vitzthumbs im Ringau und anderer mentzischer räte, das sie dem Niderlendischen kriegsvolk den pass heruber nit gestatten wollten, zuvil verlassen, der sachen destoweniger acht gehapt und also das spill entweders ubersehen (oder aber aus andern ursachen, die uns zu bedeuten nit gepuren) versaumbt haben, dergestalt das einmal die veind den paß erobert, dises tails volk in abzug komen und sich ferrer verlaufen hat, wie wir euch am jungsten zugeschrieben; man hat sich auch damals anders nichts versehen, dan die veind, die man vermeint mehrertails heruber komen sein, wurden irem vorteil nachrucken. so befindt sich nun, das an berurtem sambstag, als der abzug beschehen, der weniger tail heruber gewest, und was darnach heruber komen, weiter nit dann bis gen Castell

und vorgesterigs tags wider hinab gen Walluff geruckt ist, auch noch uf disen tag, wie man sagt, der ganz hauf nit aller heruber komen sein soll. aber wie dem, so hat sich Reifenberger auch graue Huprecht von Beuchlingen mit iren knechten hierauf bei unser stat gethan. desgleichen ist auch graf Christof von Oldenburg bei uns ankomen; ligt Beuchlingen mit den seinen jenseit Mains zu Nidderrade und die andern bede disseit Mains in der landwere, und haben ninderther kain profand, dan was uß unser stat inen taglich zugefurt wird. welches aber under ain soliche menig volks, dweil unsere becker, denen ir gesind davon und in krieg gezogen, nit genugsam backen mogen, nit ausraicht; veröβen, darneben zereissen, verwusten, und verderben alles, was im veld ist, nemen den unsern das ir mit gewalt, und treiben solichen mutwillen, das uns von den veinden, von denen wir uns der belegerung nun alle tag zu befaren haben, nit viel ublers beschehen mochte; welches alles wir so hoch nit schetzen noch anziehen, wan es bei demselben bleiben wolte und sonst andere beschwerliche unrichtigkeiten nit vor augen weren. dan wir konnen euch als unsern, besonder lieben und guten freunden (doch in ganz vertreulicher gehaim) nit verhalten, das nit allein dem von Beuchlingen von unserm gnedigsten herrn dem churfursten zu Sachsen, aus des befehl er seine knecht aufpracht, noch bisher kain gelt zukomen, ja auch wenig vertrostung und schlechte antwurt gefallen, sonder es wollen auch, wie es sich anleβt, die andern bede, der von Oldenburg und Reiffenberger, mit irer bezalung allain uf uns gewieβen werden. nun haben wir aber die ersten unsere sechs dopele monat mit grosser muhe und unstatten, auch nit on interesse und schaden und itzund das halb teil der andern sechs dopeln monat, durch zusamentragung, darstreckung und verpfendung des unsern, gemainlich und sonderlich, auch ersuchung aller stifft und closter, Christen und Juden bei uns, und wo wir gelt zu finden gemeint, dannoch schwerlich zu wegen pracht. und werden viel weniger das uberig halb teil derselben sechs andern doppelmonat erschwingen und uber dieselben schlechtlich weiter garnichts erlegen konnen oder mogen. aus ursachen, das in diesen geferlichen leufden und zeiten bei frembden leuten nichts ufzupringen, auch unser gelegenheit nit ist, solich unser notturft und unstathaftigkeit gegen ainen jeden zu entdecken. derwegen uns nit allein der ungleichheit halben beschwerlich, sonder auch aus gehorten ursachen unmuglich, solichen last, das dieses kriegsvolk allein uf uns vertrost und verwiβen werden solte. und zu besorgen wo nit E. L. und andere stend mehr mit irer erlegung hieher beschaiden, wir wurden von disem kriegsvolk als freunden nit pessers als von den veinden selbst zu gewarten haben. ist demnach an euch unser ganz freundlich vleissig pitt, ir wollet die sachen dahin helfen richten und furdern, damit von unserm gnädigsten und gnädigen herrn den oberhauptleuten sambt den verordneten kriegsräten diese ding der notturft nach gnediglich und mit ernst bedacht und uf dies kriegsvolk aus beden kraisen

ein soliche summa gelts verordent und zum furderlichsten herabgefertiget, damit das kriegsvolk underhalten, auch wo von noten wider den veind mit mehrer frucht, dan dismal beschehen, moge geprauchet werden.

und nachdem zum tail davon geredt werden will, als solten sich die berurten drei obristen mit den hässischen räten und sie under ainander nit wol vergleichen, so stellen wir euch als den mehrverstendigen heim zu bedenken, ob nit ratsamer und pesser, das etwan ein ansehenlicher erfarner und der mit dem mentzischen adel nit sonders befreundt und in kundschaft were als ein haupt, daruf die andern obristen und räte ir aufsehen haben mußten, alher verordent wurde. und was nun ir hierin fur gut und nutz bedenken, das wollet doch in allwege unvermerkt und unvermeldt, das solich anregen von uns herkome, dahin es gehort, gelangen lassen. dann wo nit ain mehrer richtigkait und bessere ordnung bei diesem kriegsvolk verschafft und gehalten wird, dan bisher beschehen, so hat ain jeder verstendiger zu erachten, was unrats und unwiderpringlichen nachteils und schadens gemainer verstentnus darus ervolgen mochte . . .

Zettel. Der von Oldenburg hat 800 pferd und bis in 18 fenlin knecht und sollen noch etlich hundert pferd auch etlich fenlin darzukomen.

ANLAGE V.

Frankfurt an Braunschweig d. d. 23. August 1546.

Fr. St.A. RSN. 1546. Concept.

Am 21. August ist ein guter Theil des Niederländischen Heeres bei Bingen „von dem kriegsvolk, so Fridrich Reiffenberg gen Mentz uber zu Kastel ligend gehabt, unvermerkt hinuber den Rein und demselben Reiffenbergischen kriegsvolk unversehenlich under augen komen und haben sich die unsern on allen widerstand, wie das zugangen, laßt sich nit schreiben, in den abzug [hier stand urspr: flucht] begeben, also das nunmehr das Niderlendisch kriegsvolk seins gefallens gemeinlich hinuberkomen mag, wie es auch schon vermutlich alles oder mehrentails heruber ist. gleich als uns dise beschwerliche jämerliche zeitung komen, ist auch der v. Oldenburg mit seinen reutern und knechten alhie ankomen und hat sein leger in unser landwehr geslagen, da sich dann das ander Reiffenbergs [hier stand ursprünglich: zerstreuet] kriegsvolk zum teil auch gelegert hat. so hat sich heut der von Beuchlingen mit seinem kriegsvolk auch nit weit von unser stadt nidergetan, in meinung, daselbst zu warten, ob das Niderlendisch kriegsvolk sich zu unser stadt nähern, oder wohin es sonst den zug nemen wolle, welches die zeit in

gar wenig tagen zu erkennen geben wird. aus dißem allen haben E. L. wol zu erachten, furnemlich, wie hoch schädlich und nachteilig auch schimpflich und spottlich diesem tail ain solicher ongenotigter abzug gemainen stenden unser christlich ainigung und dem ganzen kriegshandel ist, und dann auch in was gefar und ängsten wir und unser stadt, darzu auch unsers gnedigen fursten und herrn des landgraven land und leut dadurch gefurt und gesetzt sint . . .